



Stenografischer Bericht

65. Sitzung

Freitag, 28. März 2014,

Magdeburg, Johanniskirche

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 5461

Tagesordnungspunkt 13

Aktuelle Debatte

a) Betriebsratswahlen in Sachsen-Anhalt als Chance zur Stärkung der Demokratie in den Unternehmen nutzen

Aktuelle Debatte Fraktion SPD
- Drs. 6/2936

Frau Budde (SPD) 5461
Minister Herr Bischoff 5463
Frau Thiel-Rogée (DIE LINKE) 5464
Herr Rotter (CDU) 5466
Frau Latta (GRÜNE) 5467

b) Unterrichtsversorgung sicherstellen

Aktuelle Debatte Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 6/2937

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE) 5469
Minister Herr Dorgerloh 5470
Herr Güssau (CDU) 5474
Herr Höhn (DIE LINKE) 5476
Frau Reinecke (SPD) 5478

c) Linksextremismus nicht verharmlosen

Aktuelle Debatte Fraktion CDU
- Drs. 6/2951

Herr Schröder (CDU) 5480, 5498
Herr Hoffmann (DIE LINKE) 5485
Minister Herr Stahlknecht 5486, 5490
Herr Gallert (DIE LINKE) 5490, 5498
Frau Bull (DIE LINKE) 5491
Herr Miesterfeldt (SPD) 5493
Herr Striegel (GRÜNE) 5494
Frau Budde (SPD) 5497

Tagesordnungspunkt 14

Erste Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Versorgungswerk der Steuerberaterinnen und Steuerberater und zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes Sachsen-AnhaltGesetzentwurf Landesregierung
- **Drs. 6/2922**

Minister Herr Bullerjahn 5507

Ausschussüberweisung 5508

Tagesordnungspunkt 15

Beratung

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2011Antrag Ministerium der Finanzen
- **Drs. 6/1732****Jahresbericht 2012 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2011 - Teil 1**Unterrichtung Landesrechnungshof
- **Drs. 6/1691****Jahresbericht 2012 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2011 - Teil 2**Unterrichtung Landesrechnungshof
- **Drs. 6/2249**Beschlussempfehlung Ausschuss für Finanzen - **Drs. 6/2915**

Frau Feußner (Berichterstatte(r)) 5508

Frau Dr. Klein (DIE LINKE) 5509

Herr Graner (SPD) 5510

Herr Meister (GRÜNE) 5511

Minister Herr Bullerjahn 5511

Beschluss 5512

Tagesordnungspunkt 23

Erste Beratung

Auf dem Weg zu mehr inklusiver Bildung in den Schulen Sachsen-Anhalts**Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 6/2912**

Frau Bull (DIE LINKE) 5499

Minister Herr Dorgerloh 5502

Frau Koch-Kupfer (CDU) 5503

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE) 5504

Frau Reinecke (SPD) 5506

Ausschussüberweisung 5507

Tagesordnungspunkt 24

Beratung

Geheimhaltung beenden - Freihandelsabkommen (TTIP) stoppen**Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 6/2920**Alternativantrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/2954**Alternativantrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/2961**

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE) 5512, 5520

Minister Herr Möllring 5515

Herr Tögel (SPD) 5517

Herr Meister (GRÜNE) 5518

Herr Geisthardt (CDU) 5519

Beschluss 5521

Tagesordnungspunkt 26

Beratung

Weiterentwicklung des „Übergangssystems Schule/Ausbildung/Beruf“Antrag Fraktionen CDU und SPD
- **Drs. 6/2928**

Herr Keindorf (CDU) 5522

Minister Herr Dorgerloh 5524

Frau Thiel-Rogée (DIE LINKE) 5524

Herr Wanzek (SPD) 5526

Frau Latta (GRÜNE) 5527

Beschluss 5527

Beginn: 9.01 Uhr.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 65. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt. Ich begrüße alle Anwesenden recht herzlich und stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wir setzen die 32. Sitzungsperiode des Landtages der sechsten Wahlperiode fort. Wir beginnen mit der Beratung zu Tagesordnungspunkt 13 - Aktuelle Debatte. Dazu haben die Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU jeweils ein Thema eingereicht. Hiernach folgt die Behandlung des Tagesordnungspunktes 23.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Aktuelle Debatte

Es liegen drei Beratungsgegenstände vor. Von der Fraktion der SPD wurde das Thema „Betriebsratswahlen in Sachsen-Anhalt als Chance zur Stärkung der Demokratie in den Unternehmen nutzen“, von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde das Thema „Unterrichtsversorgung sicherstellen“ und von der Fraktion der CDU wurde das Thema „Linksextremismus nicht verharmlosen“ eingereicht. In der Aktuellen Debatte beträgt die Redezeit zehn Minuten je Fraktion.

Ich rufe das erste Thema der Aktuellen Debatte auf:

Betriebsratswahlen in Sachsen-Anhalt als Chance zur Stärkung der Demokratie in den Unternehmen nutzen

Aktuelle Debatte Fraktion SPD - **Drs. 6/2936**

Für die Debatte ist die folgende Reihenfolge vereinbart worden: SPD, DIE LINKE, CDU und Grüne. Zunächst erhält die Antragstellerin das Wort. Frau Kollegin Budde, bitte sehr.

Frau Budde (SPD):

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das 25-jährige Jubiläum der friedlichen Revolution und der Maueröffnung begehen wir in diesem Jahr, im nächsten Jahr das 25-jährige Jubiläum der Wiedervereinigung.

Die meisten von Ihnen wissen, dass ich seit Oktober 1989 politisch aktiv bin. Viele wissen vielleicht nicht, dass ich im Jahr 1990 eine der ersten freien Betriebsratswahlen in dem Betrieb, in dem ich damals gearbeitet habe, mit geleitet habe. Es war im FER - Forschung, Entwicklung, Rationalisie-

rung. Der Chef war der spätere Chef der Industrie- und Handelskammer Herr Dr. Hieckmann.

Das war eine besondere Situation damals in diesem Betrieb. Die ersten freien Betriebsräte wurden 1990 gewählt. Es war klar, dass die Aufgaben für die Betriebsräte und für die Gewerkschaften in einem starken Wandel begriffen waren und dass sich alles verändern würde, die ganze Arbeitswelt. Aber davon, wie sehr sich alles verändern würde, hatten wir damals noch keine Vorstellung.

Die etwas Älteren unter uns - das sage ich einmal etwas despektierlich -, zu denen ich auch gehöre, kennen sicherlich noch den Spruch, den man vorbrachte, wenn man zu DDR-Zeiten zu Hause etwas entscheiden wollte, das noch nicht entschieden war: Da frage ich erst einmal meine BGL. Damit waren meistens wir Frauen gemeint. Die Betriebsgewerkschaftsleitung hatte nämlich bei allem etwas mitzureden. Das umschreibt als DDR-Synonym sehr gut, was die Aufgabe der BGL, der Betriebsgewerkschaftsleitung in den Betrieben, war.

Es war auch selbstverständlich, dass in dem Umstrukturierungsprozess, der durch die Treuhand begleitet wurde, und bei den Privatisierungen - da war es unumgänglich - Betriebsräte und Gewerkschaften dabei waren. Das war noch eine Art von Normalität. Damals waren flächendeckend Betriebsräte vorhanden, die in der Regel auch gewerkschaftlich organisiert waren.

Nach der Privatisierung, mit der Privatisierung und im Zuge der Neugründungen verschwand dieses flächendeckende Vorhandensein von Betriebsräten. Man lebte in einer Umgebung, in der gesagt wurde, dass das nicht mehr nötig sei und dass man sich schon einigen werde: Wir werden uns schon einig; irgendwie kriegen wir das hin. Wir alle wollen doch nur das Beste. Ich will doch für euch alle nur das Gute.

Aber, meine Damen und Herren, dadurch, dass diese flächendeckend vorhandenen Betriebsräte verschwanden, dass die Bindung an Arbeitgeberverbände verschwand und dass die Bindung an die Gewerkschaften verschwand, verschwand auch ein großes Stück an Demokratie. Das war ein sehr schleichender Prozess. Damit verschwand auch ein Stück Mitbestimmung und ein Stück Chance auf Unternehmensentwicklung.

Denn eines ist klar: Unternehmen, die über eine organisierte Mitbestimmung verfügen, gehen besser an die Lösung von Problemen heran, weil sie die Probleme, die durch Markt- und andere Gegebenheiten entstehen, gemeinsam lösen können. Sie sind erfolgreicher. Sie haben oft ein besseres Betriebsklima. Sie haben oft die engagierteren Mitarbeiter. Sie haben ein gutes Verhältnis zum Nachwuchs; in der Regel bilden sie auch aus. Sie finden in der Regel auch gemeinsam gute Lösungen in Krisensituationen, selbst bei kritischen The-

men, die wir in der Vergangenheit oft hatten, beispielsweise bei dem Thema Lohnverzicht.

Deshalb lassen Sie mich Folgendes kurz zusammenfassen: Betriebsräte sind unverzichtbar für eine gute und gesunde Unternehmensentwicklung und vor allem für eine gesunde Unternehmenskultur. Dass das unumstritten ist auch unter uns im Parlament, zeigen das Bekenntnis, das ich zumindest von der CDU, von der LINKEN und von uns kenne, und Aufrufe, die Gründung von Betriebsräten zu unterstützen. Das findet sich auf den diversen Homepages, in Erklärungen oder in Vereinbarungen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN umarme ich einmal mit. Ich gehe davon aus, dass ich das bei diesem Thema darf. Ich habe dazu nichts gefunden, aber ich gehe davon aus, dass Sie der gleichen Auffassung sind.

Auch die Landesregierung wirbt dafür. In einer gemeinsamen Erklärung des Sozialministers Norbert Bischoff und des DGB wird dazu aufgerufen, in dem Zeitraum, der jetzt ansteht, nämlich vom 1. März bis Ende Mai, Betriebsräte zu wählen.

Ich finde es wichtig, dass dieses Signal heute auch vom Landtag ausgeht. Deshalb haben wir diese Aktuelle Debatte beantragt. Wählt in unseren Unternehmen in Sachsen-Anhalt Betriebsräte. Macht auch in den Betrieben Gebrauch von eurem demokratischen Recht. Holt euch aber auch die Unterstützung von Gewerkschaften. Macht die Unternehmen damit auch etwas krisenfester.

Übrigens findet in Krisenzeiten oft ein Umdenken in den Unternehmen statt. Ich möchte einmal etwas unverdächtig mit einem Unternehmen außerhalb Sachsen-Anhalts anfangen, mit A.T.U. Wer kennt den großen Namenszug des Unternehmens am Straßenrand nicht? - Im Januar 2013 wollte die IG Metall im Logistikzentrum Werl einen Betriebsrat gründen. Es fand eine Versammlung statt, die durch Zwischenrufe und anderes gestört wurde. Letztlich wurde alles daran gesetzt, dass kein Betriebsrat gewählt wurde. Es wurde verhindert.

Heute, nachdem, wie wir den Überschriften in den Zeitungen entnehmen können, A.T.U. in Schwierigkeiten war und ist, gibt es einen neuen Chef und einen neuen Investor und es gibt Verhandlungen mit der IG Metall über das Einsetzen eines Betriebsrates, übrigens auf Initiative der Arbeitgeberseite hin.

Die neuen Chefs und die neuen Eigentümer von A.T.U. haben erkannt, dass es ohne einen funktionsfähigen Betriebsrat nicht funktionieren wird und das Unternehmen selber auch nicht zu retten sein wird. Ich drücke die Daumen, dass es gemeinsam klappt und dass man das Unternehmen nach vorn ausgerichtet entwickeln kann. Ich hoffe, dass es nicht zu spät ist.

Ein Schelm, der dabei Parallelen in Sachsen-Anhalt erkennt. Wir haben hier zum Beispiel einen

großen Windkraftanlagenhersteller, der es seit Jahren verhindert, dass die IG Metall dort einen Betriebsrat wählen lässt, weil er die Gewerkschaft nicht leiden kann. Ich glaube, dort ist man inzwischen ein gutes Stück weiter gekommen. Das hat einen Kampf von drei, vier, fünf Jahren gekostet. Das ist schwierig, finde ich.

Nun will ich nicht per se differenzieren in gute und schlechte Betriebsräte und sagen, dass nur diejenigen Betriebsräte, die mit einem gewerkschaftlichen Hintergrund gewählt worden sind und die Gewerkschaft in Rücken haben, gute Betriebsräte sind. Es gibt sicherlich auch gute andere Betriebsräte. Aber jeder Betriebsrat, der mit gewerkschaftlichem Hintergrund gewählt wird, der eine Gewerkschaft im Rücken hat, kann auf die Unterstützung dieser Organisation bauen. Das ist ein völlig anderer Rückhalt, als wenn man allein im Unternehmen steht. Deshalb finde ich genau dies wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Wir Parlamentarier wissen das. Wir haben auch starke Organisationen im Rücken, nämlich unsere Parteien. Es wäre auch hier nicht so einfach, als Alleinkämpfer oder Alleinkämpferin zu stehen. Deshalb finde ich es richtig, dass wir insbesondere darauf setzen, Betriebsratswahlen mit gewerkschaftlicher Initiative und Unterstützung in Sachsen-Anhalt zu haben.

Ich persönlich halte es auch für eine extrem fatale Entwicklung, dass zum Beispiel durch gezielte Firmenaufspaltungen Betriebsräte quasi außer Kraft gesetzt und zerstört werden. Ich halte das für eine fatale Fehlentscheidung von Unternehmen, für einen falschen Weg.

Auch da - es ist vielleicht nicht ganz ungefährlich, das hier anzusprechen, weil wir immer wieder mit den Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeiten, die in diesen Strukturen tätig sind - muss man den Finger insbesondere auf die Medienwelt und auf die Verlagswelt richten. Das, was dort gegenwärtig passiert, ist sehr ungesund, und es ist das Gegenteil von Mitbestimmung.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Die Kolleginnen und Kollegen in der Verlagswelt müssen sehr oft zu nicht gerade lustigen Arbeitsbedingungen arbeiten. Das tut nicht gut. Demokratie darf nirgendwo am Werkstor aufhören. Deshalb ist es richtig, dass wir dieses Thema heute im Landtag debattieren.

Demokratie darf nicht am Werkstor enden, nicht in der Chemieindustrie, nicht im Maschinenbau, nicht im Handwerk und im Bergbau, in der Gesundheitswirtschaft, im öffentlichen Dienst, wo es einen guten Organisationsgrad gibt und das selbstverständlich ist, aber auch nicht im Handel, im Gaststätten-gewerbe, in Callcentern, nicht bei Zeitungsver-

lagen und, meine Damen und Herren, auch nicht bei Parteien und Gewerkschaften selbst.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt auch völlig andere Beispiele, positive Beispiele, wie zum Beispiel die Handwerkskammer Magdeburg, die schon zum zweiten Mal mit den Gewerkschaften verhandelt. Gestern haben sie wieder über der Frage zusammengesessen, dass man gemeinsam dazu aufruft, Betriebsräte in den Unternehmen des Handwerks zu wählen. Herr Keindorf, ich nehme an, das macht Halle auch. Oder?

(Herr Keindorf, CDU: Wir sind schon viel weiter!)

- Sie sind schon viel weiter, Sie haben schon überall Betriebsräte. Aber es kommen immer neue Unternehmen dazu. Insgesamt ist es im mitbestimmten Handwerk, das eine Tradition von Arbeitnehmervertretungen hat, selbstverständlich, dass dort zu Betriebsratswahlen aufgerufen wird.

Fazit: Betriebsräte sind wichtig in guten und in schlechten Zeiten. Betriebsräte stärken unser demokratisches System insgesamt. Betriebsräte helfen in der Arbeitswelt in Zeiten, in denen die globalen Wirtschaftsstrukturen immer stärker werden, diese zu gestalten. Betriebsräte verhandeln mit über Arbeitszeiten, über Löhne, achten auf Arbeitsschutz, bringen die Gleichstellung voran, sichern den Wirtschaftsstandort Deutschland mit, sind Produktivitäts- und Innovationstreiber in den Unternehmen, also rundum eine gute Sache.

Ich finde, es tut uns gut, als Landtag gemeinsam dazu aufzurufen, dass es mehr - in Klammern - gewerkschaftlich organisierte, aber auch andere Betriebsräte in Sachsen-Anhalt gibt und dass Sachsen-Anhalt zu einem komplett mitbestimmten Land wird. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Kollegin Budde. - Für die Landesregierung spricht Minister Bischoff. Bitte sehr.

Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis Ende Mai dauern die Betriebsratswahlen noch an. Von daher ist das Thema aktuell. Ich finde es auch wichtig und freue mich darüber, dass es im Landtag debattiert wird, dass darauf aufmerksam gemacht wird und dass - hoffe ich jedenfalls - alle Fraktionen ihren Beitrag dazu leisten werden.

Man denkt manchmal, Betriebsräte sind selbstverständlich. Man kennt Personalvertretungen, man kennt ein paar Betriebsräte. Man hat manchmal nicht den genauen Überblick, wo es diese nicht

mehr gibt, wenn man die kleinen und mittelständischen Unternehmen anschaut, die wir im Land haben.

Was Frau Budde eben gesagt hat, dass wir im Jahr 1990 tatsächlich einen Aufschwung zu verzeichnen hatte, hatte ich fast vergessen. Es gab viele Gewerkschaften, es gab neue Möglichkeiten mitzumachen. Da war - das merkte man bei den Wahlen - noch Euphorie vorhanden. Diese ist relativ schnell verschwunden.

Dann stand der Kampf um Arbeitsplätze im Vordergrund, Arbeitslosigkeit, Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Ich glaube, es hat die Zeit geprägt, dass Menschen eher mit sich zu tun hatten und die Bindung an Gewerkschaften, an Vertretungen an die zweite Stelle getreten ist.

Heute kämpfen wir darum - deshalb finde ich es wichtig, dass das Thema im Landtag beraten wird - nicht nur mit Appellen, sondern unterstützen es, dass sich Menschen bereit finden, in Personalvertretungen, in Betriebsräten mitzuarbeiten. Heute ist es umso notwendiger, weil es wieder neue Möglichkeiten gibt, weil der Arbeitsmarkt sich verändert.

Zum Thema Arbeitskräftemangel/Arbeitskräftesicherung. Ich habe diesbezüglich noch nie so viel erlebt wie in den letzten Monaten. Ich bin von Betrieben angesprochen worden - das Fraunhofer-Institut in Halle hat mich eingeladen zum Bereich Kunststoffindustrie -, dass Qualifizierungsmöglichkeiten gesucht werden, weil dort ein großer Mangel an Arbeitskräften herrscht.

Ich habe vor zwei Jahren noch gedacht - damals haben wir über Arbeitskräftemangel gesprochen -, dass das nur den Pflegebereich und manche MINT-Berufe betrifft. Heute merkt man, dass das Problem sehr schnell flächendeckend wird.

Das heißt, die Suche nach guten Fachkräften ist wichtig. Die Betriebe und Unternehmen sind gefordert, Arbeitsbedingungen zu schaffen, unter denen sich Menschen nicht nur wohlfühlen, sondern unter denen sie auch Aufstiegschancen bekommen, unter denen das Klima familienfreundlich ist, unter denen die Löhne entsprechend sind. Dieser Kampf wird beginnen. Dafür sind starke Personalvertretungen und starke Betriebsräte unwahrscheinlich wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Die Personalvertretung - das merkt man selbst in einem Ministerium, wenn man dort den Hut auf hat -, ist schon deshalb wichtig, weil der Einzelne sich oft gar nicht traut, seine Interessen zu vertreten. Damit fühlt er sich überfordert. Er weiß auch nicht, wie er das machen kann, ob er allein dasteht. Die Verbindung zwischen den Betriebsräten und der Belegschaft schafft das Klima, das man braucht, um gut wirtschaften zu können. Betriebs-

räte tragen dazu bei, dass es einen fairen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gibt.

Die Hans-Böckler-Stiftung hat im Rahmen eines Forschungsprojekts herausgefunden, dass Betriebe mit Betriebsrat weitaus produktiver und innovativer sind als andere. Sie haben eine geringere Fluktuation, eine familienfreundliche Personalpolitik und sie können dafür sorgen, dass es ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Belegschaft und Management gibt.

Betriebsräte können auch besser auf die besonderen Probleme der Betriebe eingehen, auch in schwierigen Situationen. Sie sind oft der Partner bei neuen Verhandlungen oder Betriebsübergängen, wo sie in der Mitte stehen und den Ausgleich bringen können.

Sie können auch Vorschläge in die Richtung der Belegschaft und der Unternehmerschaft unterbreiten, wenn es um neue Arbeitszeitmodelle geht, die immer wichtiger werden, gerade in Zeiten, in denen die Fachkräftesicherung im Vordergrund steht. Auch die Besetzung offener Stellen - das zeigt die Untersuchung auch - wird erleichtert, wenn Betriebsräte vor Ort sind.

Das Thema Arbeitszeitprobleme wird von den Betriebsräten immer häufiger aufgenommen. Ich habe erst kürzlich auf einer Veranstaltung mitbekommen, dass es weit mehr Modelle gibt als Heimarbeit und Telearbeit, die ich so kannte. Ich habe auch mitbekommen, dass es hierbei um Präferenzen für einzelne Mitglieder einer Belegschaft für das persönliche Umfeld und für Arbeitsorganisation geht.

Es geht also darum, wie man es auf beiden Seiten, auf der Arbeitgeberseite und auf der Arbeitnehmerseite, hinkommt, dass der Betrieb gesichert wird, dass die Zielstellungen des Unternehmers erreicht werden, dass der Betrieb gut läuft, dass der Betriebsrat die Produktivität, die wirtschaftliche Ausrichtung und das Arbeitsklima, in dem Menschen dort arbeiten, gut miteinander in Einklang bringen kann.

Ich sage dann immer: Wir verbringen die meiste Zeit unseres Lebens am Arbeitsplatz. Das stimmt nicht ganz; die meiste Zeit verbringen wir im Bett. Dort sind wir nicht immer produktiv. Der drittgrößte Zeitanteil ist der, den wir mit unseren Familien und mit unseren Liebsten verbringen.

Deshalb ist es ganz wichtig, dass die meiste Zeit, die wir bewusst erleben, so gestaltet ist, dass sie Lebensqualität und Erfüllung bietet und sinnerfüllend ist. Betriebsräte sorgen auch dafür, dass unser Leben in einem Betrieb, in dem wir die meiste Zeit verbringen, so angereichert ist, dass Lebensqualität und Lebensfrohsinn dabei sind und dass hoffentlich auch ein gesundes Klima besteht.

Deshalb ausdrücklich der Appell von mir: Engagiert euch und engagieren Sie sich dafür, dass wir starke Betriebsräte bekommen, dass die Betriebsratswahlen möglichst in einer großen Breite stattfinden können, dass viele daran teilnehmen, dass wir eine starke Interessensvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Minister. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abgeordnete Frau Thiel-Rogée. Bitte schön.

Frau Thiel-Rogée (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es sehr gut, dass die SPD-Fraktion dieses Thema aufgegriffen hat, weil ich glaube, dass wir gegenwärtig doch noch eine Menge zu leisten haben, um wirklich Betriebsräte und Arbeitnehmer zu unterstützen.

Wir befinden uns mitten in den Betriebsratswahlen; denn sie sind sehr aufwendig und bedürfen wie andere Wahlen auch einer gewissen Vorlaufzeit. Demokratie ist auch in Unternehmen keine Ad-hoc-Entscheidung. In § 2 Abs. 1 des Betriebsverfassungsgesetzes heißt es - ich zitiere -:

„Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten unter Beachtung der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll“

- das betone ich extra -

„und im Zusammenhang mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebes zusammen.“

Ja, meine Damen und Herren, es geht vor allem um die vertrauensvolle Zusammenarbeit im Sinne eines gut florierenden Unternehmens mit guten Einkommen und ausgezeichneten Arbeitsbedingungen.

Ein gutes Arbeitsklima, das sich auf Vertrauen und Respekt begründet, erhöht systematisch die Unternehmensleistung. Ein würdeloser Umgang mit den Beschäftigten, ein hoher Leistungsdruck bei wenig Einkommen und viele Überstunden bzw. Mehrarbeit, die weniger Zeit für Familie und Freunde lässt, macht krank.

Da wir dieses Thema nicht das erste Mal beraten, weiß ich auch, dass in diesem Hohen Hause die Positionen zu Betriebsrats- und Personalratswahlen sehr differenziert sind. Viel zu oft werden sie als Teufelszeug angesehen. Arbeitgeber beklagen die hohen Kosten und meinen damit eigentlich, dass sie nicht wollen, dass Arbeitnehmer in dem

Unternehmen mitreden, in dem sie, die Arbeitgeber, eigentlich das Sagen haben.

Arbeitnehmer sollen keiner Willkür ausgesetzt sein. Deshalb gibt es in Deutschland einschlägige Arbeitsschutzgesetze, unter anderem das Urlaubsgesetz und das Arbeitszeitgesetz, den Kranken- und den Behindertenschutz, den Schwangerenschutz, den Mutterschaftsurlaub und eben das Betriebsverfassungsgesetz.

Obwohl das Betriebsverfassungsgesetz seit den 50er-Jahren in Anwendung ist, ist die Wahl zum Betriebsrat in den meisten Unternehmen ein regelrechter Klassenkampf. Sie wird durch viele Arbeitgeber und Führungskräfte verhindert, wo es nur möglich ist. Es werden die notwendigen Unterlagen zum Personal nicht bereitgestellt. Es werden Führungskräfte, die der Geschäftsführung nahestehen, als Kandidaten zur Wahl aufgestellt. Es werden gerichtlich rechtliche bzw. Terminentscheidungen angezweifelt. Wahlvorstände werden behindert oder gar entlassen.

Das Beispiel in der „Volksstimme“ hat Frau Budde schon angesprochen. Es gibt weitere Fälle. Ein Beispiel dazu habe ich in der Callcenter-Debatte vorgestern schon geliefert.

Bei Neueinstellungen werden die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gefragt, ob sie Gewerkschaftsmitglied seien. Damit will man von vornherein verhindern, dass die Belegschaft auf die Idee kommt, eine Vertretung zu wählen. Selbst vor strukturellen Betriebsveränderungen wird nicht Halt gemacht.

Es kommt vor, dass die Unternehmensleitung, wie das Beispiel in der „Volksstimme“ zeigt - ich sage das hier, weil ich da sowieso nicht beachtet werde -, die Beseitigung des Betriebsrates durch Strukturveränderungen und durch die Ausgliederung einzelner Betriebsbereiche erreicht und neue preiswerte Arbeitnehmer einstellt. Alle sehen zu, obwohl klassische Rechtsbrüche zu verzeichnen sind. Langjährig Beschäftigte verlieren ihre Arbeit oder mussten sich selbständig machen. So wird Demokratie in Unternehmen beseitigt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Dieser Klassenkampf zwischen Arbeitnehmer und Unternehmensvertreter hat natürlich auch Auswirkungen auf die Entwicklung der Betriebsräte. Nach einer statistischen Erhebung der Hans-Böckler-Stiftung ist die Zahl der Betriebsräte in Unternehmen mit und ohne Tarifverträge bundesweit rückläufig.

Ich beschränke mich im Folgenden nur auf Ostdeutschland. Nur 15 % der Beschäftigten arbeiteten im Jahr 2012 noch in privatwirtschaftlichen Betrieben mit Branchentarifverträgen und Betriebsräten. Im Jahr 2008 waren es noch 18 %. 31 % der Beschäftigten arbeiteten im Jahr 2012 in Betrieben

mit Branchentarifverträgen. Im Jahr 2008 waren es noch 36 %, also auch hier sind es 5 % weniger. In Betrieben mit Betriebsräten arbeiteten im Jahr 2012 36 % der Beschäftigten, im Jahr 2008 waren noch 37 %.

Meine Damen und Herren! Bei aller Euphorie, die in den beiden Redebeiträgen soeben zum Ausdruck gekommen ist, ist darauf hinzuweisen, dass nur 9 % der Privatbetriebe einen Betriebsrat haben. Das ist doch höllisch wenig. Bei großen Unternehmen ist der Anteil der Betriebe mit Betriebsrat höher. Das Vorhandensein eines Betriebsrates ist selbstverständlicher, er ist erfolgreicher und auch von der Geschäftsleitung akzeptiert.

Anhand dieser Zahlen, die sehr bedenklich stimmen, wird deutlich, dass die Beschäftigten bei der Betriebsratswahl Unterstützung brauchen. Sie benötigen diese Unterstützung auch von uns in diesem Hohen Hause. Hier muss die Entscheidung getroffen werden, ob wir die Arbeitnehmer mit dem geringsten Einfluss auf ihre Arbeits- und Einkommensbedingungen unterstützen wollen

(Zustimmung bei der LINKEN)

oder ob sich dieses Parlament endlich dafür stark macht, auf die Umsetzung des Betriebsverfassungsgesetzes zu dringen. Denn wir haben auch die Aufgabe, uns um die Umsetzung von Gesetzen zu kümmern, und nicht nur die, bei Neuansiedlungen Ratschläge dahin gehend zu erteilen, dass Arbeitnehmer hier willig und bescheiden seien. Ich beziehe das Wort „bescheiden“ auf das Einkommen.

Deshalb erwarten wir von der Landesregierung, dass bei Neuansiedlungen von Unternehmen die Arbeitnehmerrechte Beachtung finden und die Wahlen von Betriebsräten selbstverständlich werden.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Minister Herrn Bischoff)

Wissenschaftler denken dabei auch an eine Verpflichtung zur Gründung von Betriebsräten. Dabei fällt mir ein, dass die Landesregierung vor einiger Zeit mit den Gewerkschaften und mit den Arbeitgebern eine Vereinbarung getroffen hat. Das geschah allerdings in der letzten Legislaturperiode. Da aber immer noch die gleichen Akteure die Verantwortung tragen, würde ich gern wissen, was gemeinsam erreicht wurde. Es geht um die gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Tarifpartnerschaft im Land Sachsen-Anhalt. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Minister Herrn Bischoff)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Kollegin Thiel-Rogée. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Rotter. Bitte sehr.

Herr Rotter (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass das Jahr 2014 in vielen Bereichen und auch in Sachsen-Anhalt ein ganz besonderes Jahr werden wird, haben viele Menschen sicherlich schon bemerkt, und zwar ganz speziell unter dem Bezug auf anstehende Wahlen.

Überall werden eifrig Kandidatenlisten aufgestellt. Wahlprogramme werden verabschiedet. Wir können jetzt schon feststellen, dass in manchen Regionen die Anzahl der Wahlzettel eine stattliche Größe erreichen wird.

Es wird zunehmend in den örtlichen, aber auch in den überörtlichen Medien auf die anstehenden Wahlen zu den Kommunalparlamenten, auf die Europawahl und mancherorts auch auf die Landratswahlen hingewiesen, über sie berichtet und zu aktiver und reger Teilnahme aufgerufen. Das ist gut und richtig.

Doch dabei findet fast unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit eine ganz besondere, aber nicht weniger wichtige Wahl statt. Seit dem 1. März und noch bis zum 31. Mai werden in vielen Betrieben bundesweit und auch in unserem Bundesland die Wahlen zu den Betriebsräten durchgeführt.

Diese Wahlen, die unter dem Motto „Deine Wahl. Mitdenken. Mitbestimmen. Mitmachen.“ stehen, sind aus unserer Sicht nicht weniger wichtig als Europa- oder Kommunalwahlen. Auch sie sind Ausdruck einer gelebten Demokratie. Deshalb war es mir als Landesvorsitzendem der CDA Sachsen-Anhalt ein besonderes Anliegen, zur Teilnahme an dieser Wahl aufzurufen. Ich bin froh, dass dieser Aufruf zahlreiche prominente Unterstützer aus meiner Partei gefunden hat.

Mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, möchte ich aus diesem Aufruf zitieren.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Sie dürfen es auch ohne meine Erlaubnis.

Herr Rotter (CDU):

Danke. Ich wollte nur höflich fragen.

„Wir möchten Sie hiermit einladen, an dieser auch für unser Bundesland so wichtigen Wahl teilzunehmen und so die betriebliche Mitbestimmung, eines der wesentlichsten Fundamente der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität unseres Landes, zu stärken.

Die betriebliche Mitbestimmung war, ist und bleibt fester Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft und sichert zugleich den Betriebsfrieden und die Teilhabe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an der Gestaltung

ihrer Arbeit. Der Vergleich mit vielen anderen Industriestaaten zeigt, wie hoch die produktive Kraft des sozialen Friedens einzuschätzen ist.

Das Miteinander von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden war neben dem Ideenreichtum und der Einsatzbereitschaft der Menschen in unserem Land einer der Grundpfeiler für die wirtschaftlichen Erfolge in den vergangenen Jahren.

Wie bei jeder Wahl, so kommt es auch jetzt auf die Wahlbeteiligung an. Nur eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Akzeptanz der Mitbestimmung in den Betrieben, sowohl bei den Belegschaften als auch bei den Unternehmensleitungen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir würden uns freuen, wenn dieser Aufruf ein bisschen dazu beitragen würde, eine hohe Wahlbeteiligung unter den wahlberechtigten Kolleginnen und Kollegen bei den Betriebsratswahlen zu erreichen.

Unter diesem Aspekt bin ich auch den Kolleginnen und Kollegen unseres Koalitionspartners besonders dankbar, dass sie mit dieser Aktuellen Debatte die Wichtigkeit dieser Wahlen hervorgehoben haben und dieses so wichtige Thema hier zu uns in den Landtag von Sachsen-Anhalt getragen haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie wichtig funktionierende betriebliche Mitbestimmung ist und wie störend sie oft empfunden wurde und wird, lässt sich ganz deutlich an der geschichtlichen Entwicklung der Betriebsräte in Deutschland aufzeigen. Während in demokratisch legitimierten Staatsgebilden die Betriebsräte und ihr Einfluss stets an Bedeutung gewannen, wurden sie in totalitären Gesellschaftssystemen verboten oder in ihrer Bedeutung faktisch auf null reduziert. So wurden Betriebsräte während der Herrschaft des Nationalsozialismus durch das Arbeitsordnungsgesetz von 1934 faktisch verboten und durch sogenannte Vertrauensräte ersetzt.

Auch in der früheren sowjetisch besetzten Zone gab es starke Bestrebungen, die nach dem Ende des Nationalsozialismus wieder entstehenden Betriebsräte in ihrer Bedeutung zu beschneiden. Endgültig gelang das durch die Schaffung der von der SED kontrollierten Gewerkschaftsleitungen des FDGB. Die letzte Betriebsratswahl gab es deshalb in der damaligen sowjetisch besetzten Zone im Jahr 1947. Im Herbst 1948 wurden die Betriebsräte auf der sogenannten Bitterfelder Konferenz de facto aufgelöst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Womit die nachfolgenden Betriebsgewerkschaftsleitungen hauptsächlich befasst waren, brauche ich hier eigentlich

nicht zu erwähnen - die Kollegin Budde hat dazu schon leichte Andeutungen gemacht -, ich möchte es dennoch tun, um deren „Bedeutung“ für die betriebliche Mitbestimmung zu damaliger Zeit zu erläutern. Haupttätigkeitsfelder waren zum Beispiel die Kantinenversorgung, die Vergabe von Ferienplätzen, Krankenbesuche, Ehrungen und Auszeichnungen und natürlich die ideologische Tätigkeit, die wir hierbei nicht vergessen sollten.

Dann kam die Wende und nach dem 30. September 1990 löste sich der FDGB auf. Die Betriebsgewerkschaftsleitungen verschwanden. In vielen Betrieben wurden Betriebsräte frei gewählt und erlangten ihre Bedeutung wieder. Es ist zu bedauern - darin stimme ich Ihnen, liebe Kollegin Budde, ausdrücklich zu -, dass der damalige Organisationsgrad heute nicht mehr besteht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf die vielfachen Aufgaben der Betriebsräte, die sie mittlerweile erledigen, möchte ich hier nicht näher eingehen. Wie ich sehe, fehlt mir dazu auch die Zeit. Das ist heute zum Teil auch schon hinreichend getan worden. Gestatten Sie mir jedoch, am Beispiel einer Firma, die in meinem Heimatort tätig ist, die bedeutend kleiner ist als A.T.U., aber für die Region nicht weniger wichtig ist, die Bedeutung und Wirkungsweise von Betriebsräten in einem ihrer Betätigungsfelder kurz darzustellen.

Diese Firma war durch betriebswirtschaftliche Fehlentscheidungen der Betriebsleitung - ob bewusst oder unbewusst, sei einmal dahingestellt - in die Insolvenz geraten. Von der Leitung des Konzerns, dem die Firma damals angehörte, bereits abgeschrieben, sollte die planmäßige Abwicklung des Betriebes erfolgen und die Produktion samt Produktionsmitteln verlagert werden. Der Verlust sämtlicher Arbeitsplätze drohte.

Durch intensive Bemühungen, unter aktiver Beteiligung des - Gott sei dank - vorhandenen Betriebsrates gelang es, einen Investor zu finden, der die Produktion am Standort weiterführt, und zwar mit einem neuen Konzept, das auch unter maßgeblicher Beteiligung des Betriebsrates erstellt wurde. Viele der für die Region und ihre Menschen sehr wichtigen Arbeitsplätze konnten erhalten werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte noch weitere Beispiele aufführen, aber dazu fehlt mir leider die Zeit. Ich möchte zum Schluss meiner Rede nochmals betonen, wie wichtig es ist, in Zukunft die Vorteile und Chancen der betrieblichen Mitbestimmung bewusster und kreativer zu nutzen; denn nur so kann es den Unternehmen in unserem Land gelingen, sich weiterhin erfolgreich im internationalen Wettbewerb zu behaupten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn der Goinger Kreis, ein Zusammenschluss von führenden Personalverantwortlichen deutscher Unternehmen, den Nutzen von Betriebsräten als Korrektiv und

Sparringspartner ausdrücklich betont und deren Rolle als betrieblicher Partner hervorhebt, so kann ich nur dazu aufrufen, durch die Schaffung und Stärkung von Betriebsräten in möglichst vielen Unternehmen diesen Nutzen zu bewahren und zu mehren. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Kollege Rotter. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Frau Latta.

Frau Latta (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die kommenden Wahlen zu den Betriebsräten durch eine Aktuelle Debatte verstärkt in die öffentliche Aufmerksamkeit zu bringen, ist ein sinnvolles Anliegen - dafür Dank an die SPD. Denn auch Betriebsräte - wie könnte es anders sein? - haben in Sachsen-Anhalt ein Nachwuchsproblem. So konnte man es vor einiger Zeit in der „MZ“ nachlesen. Dabei wurde speziell auf Halle und den Salzlandkreis verwiesen.

Ich bin mir jedoch sicher, ein hohes Durchschnittsalter und Probleme damit, Kandidaten für die Betriebsräte zu finden, gibt es auch in anderen Teilen Sachsens-Anhalts. Daher ist es gut, wenn wir hier als Politik und - das setze ich einfach einmal voraus - fraktionsübergreifend die Wichtigkeit betonen und zusammen alle Beschäftigten ermutigen, sich in diesem Bereich zu engagieren. Denn ein Anteil von lediglich 9 % der Betriebe mit Betriebsrat kann sicherlich nicht zufriedenstellend sein.

Nicht zufriedenstellend sind auch die Ergebnisse der aktuellen Studie der Hans-Böckler-Stiftung „Arbeitgebermaßnahmen gegen Betriebsräte: Angriffe auf die betriebliche Mitbestimmung“. Widerstände gegen die Gründung von Betriebsräten sind keine Seltenheit. Einschüchterungen von potenziellen Kandidaten finden immer wieder statt. So stellt es die Studie, verkürzt gesagt, dar. Gerade in kleinen und mittleren Betrieben ist dies zu beobachten. Auch finden sich einige Beispiele aus der letzten Zeit, die zeigen, inwieweit eskalierte Konflikte zwischen Unternehmen und Betriebsräten bestehen.

Demokratie findet nicht nur im Parlament statt, sie sollte als Grundprinzip in möglichst allen gesellschaftlichen Bereichen wirken, von der Kita über die Schule bis in die Familien und natürlich auch in den Unternehmen.

Beim Gang zur Arbeit hört man nicht plötzlich auf, Bürger oder Bürgerin zu sein. Gerade das ist das Verdienst der Arbeitnehmerinnenbewegung: die damalige Klasse der Arbeitnehmerinnen vollumfänglich zu einem Teil der Bürgergesellschaft gemacht

zu haben. Das ist im grünen Sinne gelebte Demokratie. Mitmachen möglich machen, das gilt auch für die Unternehmen, Betriebe und den öffentlichen Dienst und, ja, das gilt auch für die Fraktion.

Meine Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat fast von Beginn an einen aktiven Betriebsrat, und das für den Gesamtbetrieb, also auch für die im Wahlkreis Mitarbeitenden.

Prekäre Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, Werkverträge, befristete Verträge schwächen die betriebliche Mitbestimmung. Diese Entwicklung schwächt die Betriebsräte. Sich organisieren, eigene Interessen vertreten, das findet sich doch hauptsächlich bei der sogenannten Stammebelegschaft wieder.

Um dem entgegenzuwirken, braucht es zum Beispiel für die Betriebsräte in den Entleihbetrieben eine verbesserte Mitbestimmung. Es ist auch in folgende Richtung zu denken: Die Zahl der Leiharbeitskräfte ist bei der Größe des Betriebsrats im Einsatzbetrieb zu berücksichtigen.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, der aus grüner Sicht wichtig und vor allen Dingen für Sachsen-Anhalt von Bedeutung ist: die Zuständigkeit der Betriebsräte für die Ausbildung in einem Betrieb. Wie wir alle wissen, ist die Quote der gelösten Ausbildungsverträge in Sachsen-Anhalt sehr hoch, die dritthöchste bundesweit.

Im Jahr 2001 wurde fast jeder dritte Vertrag gekündigt. Von 2005 bis 2011 stieg diese Quote von 22,8 % auf 31 %. Als Gründe hierfür werden unter anderem Konflikte mit dem Ausbilder oder der Ausbilderin genannt, so zu lesen im aktuellen Berufsbildungsbericht. Ich denke, für dieses Problem sind Betriebsräte zu sensibilisieren.

Im Präventionsprogramm des Landes zur Verringerung von Ausbildungsabbrüchen ist zu lesen: Bei Problemen wenden sich Jugendliche zumeist an Eltern, Freunde und andere Auszubildende. Der direkte Weg zum Ausbilder oder Berufsschullehrer wird selten gesucht. Es muss künftig gelingen, eine Brücke zu bauen, die eine vermittelnde und beratende Funktion ausübt. Ich denke, diese Brücke könnten auch Betriebsräte sein.

Vielerorts werden Betriebsräte das sicherlich gut im Blick haben, anderenorts vielleicht auch nicht. Politik kann und sollte dazu beitragen, dass sie es tun, dass sich Betriebsräte ausdrücklich auch für die Azubis verantwortlich und offen zeigen. Ich denke, gerade für junge Menschen muss der Zugang zum Betriebsrat sehr niedrigschwellig gefasst sein.

Grundsätzlich fordern wir Bündnisgrünen bei dieser Thematik die Möglichkeit für Betriebsräte, bei zweifelhafter Ausbildungsqualität eines Betriebes ein Verfahren einzuleiten.

Doch so wichtig die Debatte um die Betriebsratswahlen auch ist, frage ich mich bei dem Thema doch: Wo bleibt die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes? Dieses Gesetz regelt nämlich die Pflichten und Befugnisse der Personalvertretungen im öffentlichen Dienst.

Im Koalitionsvertrag heißt es dazu - ich zitiere -:

„Die Koalitionspartner bekennen sich zu einer Modernisierung des Personalvertretungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt auch unter Betrachtung der Leiharbeiter im öffentlichen Dienst.“

Im Frühjahr 2012 fanden dazu erste Gespräche zwischen dem Land und dem Deutschen Beamtenbund statt. Soweit ich weiß, ist die Novellierung seinerzeit auch von Ver.di und dem DGB mit Nachdruck gefordert worden. Eine der diskutierten Forderungen, eine stärkere Beteiligung der Personalräte an Umstrukturierungen, ist beispielsweise ein Punkt, den wir GRÜNE dabei wichtig finden, und das nicht nur im Rahmen des öffentlichen Dienstes, sondern generell auch für die Betriebsräte.

Es wäre gut, wenn den Worten heute auch bald Taten im Hinblick auf das Personalvertretungsgesetz folgen würden. Ich denke, dabei ist die SPD wahrlich gefordert, wenn sie die zitierte Aussage aus dem Koalitionsvertrag noch in dieser Legislaturperiode umsetzen will.

Allgemein wäre es auch schön, wenn wir nach dem 31. Mai 2014 zahlreiche aktive und starke Betriebsräte in Sachsen-Anhalt hätten. Ich kann nur jeden ermutigen, sich in diesem Rahmen zu engagieren. - Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Kollegin Latta. - Damit ist die Aussprache beendet. Es werden keine Beschlüsse gefasst.

Ich rufe das zweite Thema der Aktuellen Debatte auf:

Unterrichtsversorgung sicherstellen

Aktuelle Debatte Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/2937**

Es ist folgende Reihenfolge vereinbart worden: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, DIE LINKE und SPD. Zunächst wird der Antragstellerin das Wort erteilt. Es spricht Frau Professor Dr. Dalbert. Bitte sehr.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Die Schulen sind bedarfsgerecht mit Lehrkräften zu versorgen. Dabei geht es sowohl um die Absicherung der Unterrichtsversorgung, als auch um grundlegende Aufgaben zur Aufrechterhaltung von Schulqualität und Betreuung.“

Dieser Aussage im Koalitionsvertrag von CDU und SPD ist zuzustimmen.

Ein zweites Zitat, und zwar aus der Rede des Kultusministers im Juli 2013 hier im Hohen Hause:

„Ich bin mir sicher, dass wir die Unterrichtsversorgung auch in den kommenden Jahren sachgerecht, flächendeckend und vernünftig absichern können.“

Ich frage Sie heute: Wie sieht es nun im März 2014 tatsächlich in den Schulen in unserem Lande aus?

Die Unterrichtsversorgung in unseren Schulen ist keinesfalls gesichert und immer mehr Menschen in unserem Land, Eltern, Lehrer, Schulleitungen, machen sich große Sorgen. Wir lesen am 8. März 2014, dass ein Gymnasium in Weferlingen wegen Lehrermangels ganze Schultage hat ausfallen lassen müssen. Eine Vertretung war nicht möglich, selbst die bloße Beaufsichtigung in der Schule konnte nicht sichergestellt werden. Davon waren alle Klassen ab der siebenten Klassenstufe betroffen, die 11. Klasse sogar an zwei Tagen.

Die Direktorin des Gymnasiums wird in der „Volksstimme“ wie folgt zitiert:

„In so einer Lage waren wir noch nie. Wir haben alle Kollegen mobilisiert, aber wir konnten es einfach nicht leisten.“

Sie kritisiert zudem, dass das Land zu wenige Lehrerinnen und Lehrer einstellt und warnt: Im nächsten Jahr wird es noch dramatischer.

Das ist kein absoluter Sonderfall, Herr Minister, wie Sie Ihren Sprecher verharmlosend mitteilen lassen. Das ist ein Offenbarungseid Ihrer Politik.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, von Herrn Gallert, DIE LINKE, und von Herrn Dr. Köck, DIE LINKE)

Bereits am 29. Januar 2014 konnten wir von einer Ganztagsschule in Salzwedel lesen, in der beklagt wird, dass seit nunmehr drei Jahren krasser Lehrkräftemangel herrscht, der zu herben Abstrichen beim Unterricht führt. Am 18. März 2014 schließlich erreicht mich ein frustrierter Brief des Schulleiternrats eines Gymnasiums in Salzwedel, der beklagt, dass die derzeitige Situation im Lehrerkollegium zur Nichteinhaltung der amtlichen Stundentafel führt.

Was wir derzeit im Land erleben, ist eine Kettenreaktion auf die Politik der Landesregierung von Ministerpräsident Haseloff. Diese Vorkommnisse sind Symptome einer Entwicklung, die sich in den nächsten Jahren zuspitzen wird, wenn die Landesregierung weiter an ihrer starren und realitätsblinden Personalpolitik festhält.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, von Herrn Höhn, DIE LINKE, und von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Die GEW hat alarmierende Zahlen zum Unterrichtsausfall und zum Vertretungsunterricht für die letzten acht Schuljahre zusammengetragen. Den Zahlen ist eines gemeinsam: Die Entwicklung geht bergab. Unterrichtsausfall hat an allen Schulformen einen Höchststand erreicht.

Wegen Krankheit fällt der Unterricht an Gymnasien zu 6 % aus, an Grundschulen zu 6,5 %. Bei den Grundschulen ist das eine Steigerung des Unterrichtsausfalls wegen Krankheit in den letzten acht Jahren um 60 %. An den Sekundarschulen fällt der Unterricht zu 6,5 %, an den Berufsbildenden Schulen zu 8 % und an den Förderschulen zu 9 % aus.

Was passiert nun, wenn ein Lehrer oder eine Lehrerin krank ist? - Im besten Fall übernimmt eine andere Lehrkraft vertretungsweise diesen Unterricht. Das ist leider nicht immer und immer seltener der Fall. Auch hierbei gibt es gravierende Unterschiede zwischen den Schulformen. Während es an den Gymnasien noch gelingt, etwa zwei Drittel des ausfallenden Unterrichts durch Vertretung auszugleichen, ist dies an den Förder- und Grundschulen nurmehr ein Drittel des ausfallenden Unterrichts.

Wenn der Unterricht nicht mehr vertreten werden kann, dann fällt er komplett aus oder wird durch reine Beaufsichtigung und Beschäftigung kompensiert.

Auch dieser Anteil hat an den Schulformen einen Höchststand erreicht: 3 % an den Gymnasien, bis zu 9 % an den Förderschulen. Oder lassen Sie es mich anders ausdrücken: Der nicht regulär vertretene Unterrichtsausfall, bezogen auf ein Schuljahr, beträgt im Durchschnitt an den Gymnasien eine Woche, an den Grundschulen inzwischen zwei Wochen, an berufsbildenden Schulen zweieinhalb Wochen; an den Förderschulen sind es inzwischen ganze drei Wochen ohne jeden Unterricht.

Unsere Schulen leiden unter drastischer Lehrkräfteauszehrung, und das ist dem Personalentwicklungskonzept der Landesregierung geschuldet.

Nun lesen wir, dass der Ministerpräsident ein Machtwort gesprochen hat und dass zum neuen Schuljahr zusätzliche 150 Lehrer und Lehrerinnen eingestellt werden sollen, also statt der geplanten 220 Lehrer und Lehrerinnen werden 370 eingestellt. Ein Schelm, der sich etwas dabei denkt,

dass diese Vereinbarung kurz vor unserer Aktuellen Debatte zustande gekommen ist und wenige Tage, nachdem der Sprecher des Kultusministeriums das Problem noch offiziell gelehnet hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, ich bin froh um jeden Lehrer und jede Lehrerin, die wir zusätzlich einstellen. Aber das löst doch das Problem nicht, das wir an den Schulen haben. Das Problem, das wir an den Schulen haben, ist das Personalentwicklungskonzept. Die Landesregierung sagt nach wie vor, sie wolle bis 2019 2 000 Lehrerinnen- und Lehrerstellen einsparen. Sie sagt uns nicht, wie sie denn die Schulentwicklungsplanung mit diesem Personal untersetzen kann. Sie sagt es uns nicht, weil sie es uns gar nicht sagen kann.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich denke, es reicht eben nicht, die Schulplanung auf Sicht zu fahren, wie es der Kultusminister an einer ähnlichen Stelle einmal gesagt hat, und dann immer wieder die Löcher, die auftauchen, zu stopfen. Ich denke vielmehr, es ist höchste Zeit, dass die Landesregierung einräumt, dass das Personalentwicklungskonzept gescheitert ist und dass wir endlich anfangen müssen, auf realistischen Grundlagen Personalplanung und seriöse Schulentwicklungsplanung zu betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Alles andere ist ein Spiel mit der Zukunft unserer Kinder.

Hinzu kommt, dass unsere Lehrerschaft überaltert ist. Im Durchschnitt sind unsere Lehrer 50 Jahre alt. Oder anders gesagt: Knapp 56 % aller Lehrerinnen und Lehrer sind bereits heute älter als 50 Jahre.

Durch beides gemeinsam, durch den Personalabbau, also die zunehmende Personalauszahlung an den Schulen, und die Überalterung, kommt es zu immer mehr krankheitsbedingtem Unterrichtsausfall. Das heißt, die Leistungen an den Schulen werden schlechter werden. Denn eines ist völlig klar: Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen Lernzeit und Lernerfolg. Je weniger Unterrichtsstunden einem jungen Menschen geboten werden, desto schwieriger wird es für ihn, gute Lernergebnisse zu erreichen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Mehr noch: Die aktuelle Bildungsforschung belegt sehr klar die Bedeutung der Lehrkraft und zeigt eindrücklich auf: Bildungserfolg hängt in entscheidender Weise von dem einzelnen Lehrer und der einzelnen Lehrerin ab.

Deswegen kann ich es nicht oft genug betonen: Gute Lehrer und gute Lehrerinnen machen gute Schule aus.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Aber die Mindestvoraussetzung ist doch, dass es überhaupt Lehrer und Lehrerinnen gibt, sonst ist der Bildungserfolg unserer Kinder gefährdet.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Frau Tiedge, DIE LINKE)

Unsere Schulen brauchen nicht „Auf-Sicht-fahren“. Unsere Schulen brauchen Sicherheit und Verlässlichkeit, damit sie die Unterrichtsversorgung gewährleisten können. Schule kann nur erfolgreich sein, wenn der vorgesehene Unterricht tatsächlich erteilt wird. Eine gute Unterrichtsversorgung ist nicht alles. Aber ohne eine gute Unterrichtsversorgung ist alles nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Deswegen frage ich abschließend die Landesregierung von Ministerpräsident Haseloff: Was tun Sie, um die Unterrichtsversorgung an allen Schulen langfristig zu gewährleisten? Was tun Sie, um Überalterung und Personalauszahlung entgegenzuwirken? Was tun Sie, um dem zu hohen und steigenden Krankenstand unserer Lehrerschaft entgegenzuwirken? Was tun Sie, um unseren Kindern eine exzellente schulische Bildung und damit den besten Start in eine gute Zukunft zu gewährleisten?

Ich sage es zum Abschluss gern noch einmal: Auf Sicht zu fahren reicht nicht aus; denn dann besteht eine Gefahr: Sie könnten die Zukunft unserer Kinder gegen die Wand fahren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Kollegin Dalbert. - Für die Landesregierung spricht Minister Dorgerloh.

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einige wenige grundsätzliche Worte an den Beginn der Debatte stellen, weil ich glaube, dass das ganz wichtig ist. Wir sollten die Frage der Unterrichtsversorgung nicht zur billigen parteipolitischen Profilierung nutzen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Dr. Aeikens)

Ich glaube, wir tun in diesem Haus gut daran, uns alle darum zu sorgen, dass die Unterrichtsversorgung im Land, und zwar überall im Land, sichergestellt ist. Ich glaube, dass das ein wichtiges An-

liegen sowohl der Opposition als auch der Koalition und der Landesregierung ist.

Wir haben im letzten Jahr zusätzlich 120 Lehrkräfte in den Schuldienst eingestellt. Wir haben gerade beschlossen, in diesem Jahr zusätzlich 150 Lehrkräfte einzustellen, um den Unterricht im kommenden Schuljahr abzusichern. Wir haben dann also 370 Stellen in diesem Jahr neu zu besetzen.

Ich finde, das ist doch zunächst ein gutes Signal an die Lehramtsanwärter, nämlich an die, die Lehrerinnen und Lehrer werden wollen. Denn wir können damit fast allen, die in diesem Land diesen wunderbaren Beruf ergreifen wollen, auch eine Perspektive bieten. Das war viele Jahre lang nicht so.

Deswegen sage ich ganz ausdrücklich: Wir sollten viel dafür tun, für diesen sinnvollen und wirklich großartigen Beruf zu werben; denn wir werden es in den nächsten Jahren erleben, dass wir gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land brauchen. Lassen Sie uns gemeinsam Lust machen auf einen wirklich phantastischen Beruf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unterrichtsausfall lässt sich nicht eindimensional, wie es mitunter geschieht, erklären. Denn wenn wir uns einmal die Unterrichtsversorgung zu Beginn dieses Schuljahres anschauen, dann können wir feststellen: Über alle Landkreise, über alle Schulformen hinweg haben wir im Durchschnitt eine Unterrichtsversorgung von 103 %.

Wenn man sich einmal die Berichterstattungen auch in den letzten Jahren anschaut: Was hat sich Hessen feiern lassen, als man dort endlich auf eine Unterrichtsversorgung von 102 % gekommen ist. Wir haben 103 % und das ist in Deutschland ein durchaus akzeptabler Wert.

Parallel zu dieser Unterrichtsversorgung haben wir eine Schüler-Lehrer-Relation von ungefähr 11,8 : 1. Das heißt, ein Lehrer unterrichtet im Durchschnitt 11,8 Kinder. Das ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, die zweitbeste Schüler-Lehrer-Relation in Deutschland. In den alten Bundesländern liegt sie bei ungefähr 14 : 1 - und dennoch schützen solche Werte nicht vor Unterrichtsausfall.

Natürlich haben wir in der Praxis immer wieder einen Widerspruch zwischen formalen Zahlen und schulischer Wirklichkeit. Ich möchte vier wesentliche Faktoren nennen, warum das so ist und warum das auch in den kommenden Schuljahren so sein wird.

Punkt 1. Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland mit vergleichsweise geringer Schülerzahl. Es verfügt über ein sehr kleinteiliges Schulnetz mit vielen Kleinstschulen, insbesondere im Grundschulbereich. Wir haben gestern darüber diskutiert.

Der zweite Punkt ist der bereits angesprochene Altersdurchschnitt. Ja, wir haben eine Lehrerschaft,

die im Durchschnitt 50 Jahre alt ist. Das hat auch damit zu tun, dass Anfang der 90er-Jahre eben nicht ein einziger Lehrer entlassen worden ist. Das war ein solidarischer Vorgang, der aber Langzeitfolgen hat. Diesen Langzeitfolgen haben wir uns jetzt zu stellen.

Das hat natürlich auch zur Folge, dass eine Lehrerschaft, die im Durchschnitt älter als 50 Jahre ist, einen höheren Krankenstand hat. Auch dieser Realität müssen wir uns stellen.

Natürlich haben wir mit dem Lehrerhauptpersonalrat längst über Gesundheitsmanagement und viele andere Dinge gesprochen und werden diesbezüglich entsprechend tätig; denn wir werden uns mit diesen Folgen auseinanderzusetzen haben: Lehrerinnen und Lehrern sind nicht nur häufiger, sondern auch länger krank. Das macht sich bemerkbar.

Drittens. Wir haben in unserem Land die Situation, dass in den letzten Jahren viele Kolleginnen und Kollegen an den Schulen einen Altersteilzeitanspruch gestellt bzw. ein Altersteilzeitmodell gewählt haben. Das heißt, sie sind für lange Zeit im Unterricht, aber irgendwann kommt der Punkt, an dem sie in die Freistellungsphase eintreten. Während der Freistellungsphase steht die Stelle nicht mehr zur Verfügung und die Lehrerinnen und Lehrern stehen nicht mehr vor der Klasse.

Deswegen habe ich mich mit dem Finanzminister darauf verständigt, dass wir für die Statistik, für die Berechnung unseres Lehrerberarfs in Zukunft nur noch die aktiven Lehrerinnen und Lehrern zählen und nicht mehr all jene, die auf der Gehaltsliste stehen und schon nicht mehr vor der Klasse stehen. Ich finde, das ist ein richtiger Ansatz, den wir weiter verfolgen werden.

Viertens. Wir haben in unserem Bundesland - auch das gehört dazu - eine hohe Zahl von Schülerinnen und Schülern an Förderschulen. Der Unterricht an Förderschulen ist sehr betreuungsintensiv, sehr aufwendig und sehr teuer.

Es ist gut, dass wir Förderschulen haben, aber wir werden schauen müssen - darüber werden wir nachher beim Thema Inklusion auch noch diskutieren -, dass wir unsere Hausaufgaben machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Dalbert, wenn an einer Schule - dann noch an einem solch kleinen Gymnasium wie in Weferlingen - gleichzeitig acht von 34 Kollegen erkranken, dann entstehen tatsächlich kurzfristig Engpässe, die jede Einrichtung vor entsprechende Probleme stellen würden. Einen Ausfall von 25 % des Kollegiums - und das zum Teil kurzfristig - kann niemand so ohne Weiteres ausgleichen und ihm schon gar nicht vorbeugen.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD, und von Frau Niestädt, SPD)

Selbst wenn wir eine Unterrichtsversorgung von 105 % gehabt hätten, hätte die Kollegin dort diese Extremsituation nicht kompensieren können. Deswegen ist es völlig richtig, wenn wir sagen: Hierbei handelt es sich nicht um einen flächendeckenden Fall, sondern um einen Sonderfall, der in der Tat passieren kann, wenn wir uns eine relativ kleinteilige Schulstruktur leisten.

Wir haben natürlich eine Reihe von üblichen Instrumentarien, die dann greifen:

Erstens. Zunächst ist die Schule in der Lage und auch in der Pflicht, für die Unterrichtsvertretung zu sorgen. Das heißt, sie muss schauen, wie sie das hinbekommt; dazu hat sie Instrumentarien an der Hand.

Zweitens. Wenn das nicht möglich ist, dann wird gemeinsam mit den schulfachlichen Referenten im Landesschulamt nach einer Lösung gesucht. Wir reden hierbei über kurzfristige Abordnungen und über kurzfristige Versetzungen von Lehrkräften.

Wenn tatsächlich mehrere Lehrerinnen und Lehrer langzeiterkrankt sind und sich die Lage zuspitzt, dann greift bereits dieses Instrumentarium, damit es nicht dazu kommt, dass die Lage, wenn kurzfristig noch ein oder zwei weitere Kollegen ausfallen - durch kranke Kinder oder durch eigene Krankheit -, nicht mehr beherrschbar ist.

Wie gesagt, in Weferlingen hatten wir einige Langzeiterkrankungen, aber auch eine größere Zahl von neu hinzukommenden kurzfristigen Erkrankungen. Deshalb war eine Lösung in dieser Form nicht möglich.

Drittens. Dann gibt es noch ein Instrumentarium, das wir in diesem Jahr und in den vergangenen Jahren schon gut einsetzen konnten, nämlich befristet eine Vertretungskraft einzukaufen. Dafür haben wir in den Landeshaushalt Mittel in Höhe von mehr als einer halben Million Euro eingestellt. Auch dieses Instrumentarium wird gut genutzt und von den Schulleiterinnen und Schulleitern entsprechend angewendet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will hier nichts beschönigen. Es ist aber auch nicht hilfreich, ein Horrorszenario an die Wand zu malen.

(Zustimmung bei der SPD, von Herrn Borgwardt, CDU, von Herrn Kurze, CDU, und von Herrn Schröder, CDU)

Wenn ich höre, Frau Dalbert, dass an den Schulen Sachsen-Anhalts mittlerweile zwischen 6 und 9 % des Unterrichts ausfallen, dann sage ich: Das entspricht in keiner Weise den Zahlen, die uns vorliegen.

Wir führen seit Jahren die gleiche Statistik über ausgefallenen Unterricht, das heißt über Stunden, die etwa wegen Krankheit einer Lehrkraft oder Weiterbildung nicht planmäßig erteilt werden konn-

ten und für die keine Vertretung möglich war. Um es ganz klar zu sagen: Vertretene Stunden sind kein Unterrichtsausfall.

(Zuruf von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE)

Ich will es an einem Beispiel deutlich machen: Wenn eine Mathelehrerin krankheitsbedingt fehlt und der Deutschlehrer die Vertretung übernimmt und in der Woche darauf Mathe für Deutsch nachgeholt wird, dann ist das kein Unterrichtsausfall. Das Gleiche gilt für Vertretungen im Weiterbildungsfall.

Das alles sollten wir uns noch einmal sehr genau anschauen. Hierbei sollte man Zahlen nicht einfach ungeprüft übernehmen, sondern sich wirklich anschauen, was die Statistik aussagt.

Wir haben im vergangenen Schuljahr einen Unterrichtsausfall von 2 % im Land zu verzeichnen gehabt, und das ohne Hochwasser und Lehrerstreiks, ohne dass diese Sondersituationen mitzählen.

Ich will das noch einmal explizit sagen: Die Zahlen, die Sie hier nennen, können wir in keiner Weise - auch nicht beim größten Entgegenkommen - nachvollziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Wort zum Thema Lehrkräftebedarf. Wir haben im Jahr 2013 unter unserer Federführung eine Interministerielle Arbeitsgruppe aus Finanzministerium, Kultusministerium und Staatskanzlei eingerichtet, um uns genau das anzuschauen, was wir immer wieder zu hören bekommen und was gefordert wird, nämlich: Wie sieht die mittel- und langfristige Perspektive aus? Wie ist unser Bestand? Wie ist der Altersdurchschnitt? Wann gehen welche Alterskohorten in den Ruhestand? Wie ist das mit der Freistellungsphase der Altersteilzeit usw.?

Natürlich macht es uns Sorgen, in welchen Größenordnungen Lehrkräfte in den kommenden Jahren in den Ruhestand und in die Freistellungsphase der Altersteilzeit eintreten.

Wenn man das mit der Situation in früheren Jahren vergleicht, in denen wir einen echten Lehrerüberhang und zum Teil in Regionen und Schulformen eine Unterrichtsversorgung von mehr als 110 % zu verzeichnen hatten, dann wissen wir, dass diese Zeiten absolut vorbei sind. Die Situation hat sich grundlegend gewandelt.

Wir müssen jetzt schauen, wie wir unter den Rahmenbedingungen einer Schuldenbremse und einer Unterrichtsversorgung von ungefähr 102 % sicherstellen, dass der Unterricht in allen Landesteilen, an allen Schulformen gewährleistet ist.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD, und von Frau Grimm-Benne, SPD)

Ja, wir brauchen auch eine Vertretungsreserve, aber sie ist eben in diesen 102 % enthalten.

In unserer Debatte um Zahlen, Prozente und Durchschnitte kommt mir gelegentlich zu kurz, dass über den Erfolg von Schule maßgeblich die Unterrichtsqualität entscheidet. Das betrifft übrigens eine interessante Diskussion, die ich gern noch einmal führen würde.

Frau Dalbert, Sie haben es im Schlussteil Ihrer Rede gesagt: Es kommt auf die Menge des Unterrichts an. Ich sage Ihnen ganz klar: Es kommt auf die Qualität des Unterrichts an.

(Zustimmung bei der SPD, von Herrn Borgwardt, CDU, und von Herrn Thomas, CDU)

Das ist der Befund der vielen internationalen Studien seit Pisa 2000. Wir haben nicht in Größenordnungen die Unterrichtsmenge erhöht, sondern wir haben an der Unterrichtsqualität gearbeitet. Deswegen hat sich Deutschland - insbesondere Sachsen-Anhalt - in allen Studien signifikant verbessert. Wenn Sie allein die letzten beiden IQB-Studien ansehen, stellen Sie fest, dass darin von Sachsen-Anhalt als Aufsteigerland gesprochen wird,

(Zuruf von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE)

und das nicht, weil wir in erheblichen Größenordnungen Stundenzahlen erhöht haben, sondern weil wir die Unterrichtsqualität deutlich verbessern konnten. Das ist es, worauf es maßgeblich ankommt. Daran werden wir auch weiter arbeiten.

In Zeiten der Haushaltskonsolidierung müssen wir natürlich auch schauen, dass wir alle Reserven im System ausschöpfen, dass wir unser System effizient und wirtschaftlich gestalten. Aber ich werde als Kultusminister ganz klar meine Stimme erheben und mich mit allen Möglichkeiten, die mir zur Verfügung stehen, engagieren, wenn ich Qualität und Leistungsfähigkeit unseres Schulsystems gefährdet sehe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend will ich noch drei wesentliche Handlungsfelder nennen.

Was ist zu tun? - Wir werden nicht umhinkommen, durch Schulentwicklungsplanungsmaßnahmen und schulorganisatorische Maßnahmen den Personalbedarf in den kommenden Jahren zu optimieren. Es wird aber auch unumgänglich sein, den Gesamtbestand der Lehrerinnen und Lehrer in den kommenden Jahren weiter deutlich zu verjüngen. Wir sollten daran weiter arbeiten. Wir müssen den Altersdurchschnitt senken. Das heißt auch, dass wir - der Finanzminister und ich haben das miteinander verabredet - in den Beratungen über den Doppelhaushalt 2015/2016 über zusätzliche Einstellungsbedarfe in den kommenden Jahren reden werden.

Wir werden uns - darin bin ich mir sicher -, wie wir das für das kommende Schuljahr gemacht haben

und auch für die folgenden Schuljahre machen werden, erfolgreich darüber verständigen und zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Wir werden sehr genau schauen, welche Maßnahmen wann welchen Erfolg haben und wie die Situation im Land aussieht, und nicht pauschal darüber reden.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

An der im Kabinett verabredeten Anpassung der Schüler-Lehrer-Relation von 1 : 13,5 an allgemeinbildenden Schulen und von 1 : 23 an berufsbildenden Schulen bis zum Jahr 2019 halten wir fest. Wenn man daran festhält, dann muss man auch vorausschauen. Das heißt, wir werden eine Analyse vorlegen, aus der hervorgeht, wie sich das auf die Folgejahre von 2020 bis 2025 auswirkt.

Daran kann man schon jetzt erkennen, dass wir deutlich höhere Bedarfe an Einstellungen haben werden. Es sind zum Teil mehr als 1 000 Lehrkräfte jährlich. Das heißt, wir müssen frühzeitig Instrumentarien entwickeln und langfristig planen, indem wir Einstellungskorridore vorziehen, damit wir die Lehrkräftebedarfe in diesen Jahren gemeinsam decken können.

Last, but not least werden wir nicht umhinkommen, uns ressortübergreifend Gedanken darüber zu machen, wie wir junge Lehrkräfte dazu bewegen können, auch in Regionen unseres Landes eine Stelle anzunehmen, die nicht Oberzentrum sind. Das heißt also: Wie bekommen wir Lehrkräfte in die Altmark, nach Mansfeld-Südharz, nach Jessen-Wittenberg?

Das sind Diskussionen, die sowohl in Sachsen als auch Thüringen, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern laufen. Auch wir werden diese Diskussion stärker führen müssen, wenn wir sehen, dass wir unsere Bedarfe in diesen Regionen nicht mehr ohne Weiteres decken können.

Wir haben erste Anzeichen dafür schon gesehen. Es gibt in diesen Regionen zwar Stellen, aber kaum Bewerber, die sich darauf bewerben. Auch wir in der Landesregierung werden uns darüber Gedanken machen, welche Instrumentarien wir an dieser Stelle einsetzen können.

Mehr sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen an dieser Stelle versichern: Wir werden die Unterrichtsversorgung für das kommende Schuljahr und auch für die kommenden Schuljahre sicherstellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Minister, es gibt eine Nachfrage des Abgeordneten Herrn Harms. - Herr Harms, bitte sehr.

Herr Harms (CDU):

Herr Minister, Sie sprachen davon, dass Förderschulen gut und teuer arbeiten. Sie verwiesen dann in einem Halbsatz auf die Inklusion. Inwiefern sehen Sie in der Inklusion eine Maßnahme zur Kostensenkung?

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Oh, oh!)

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Sehr geehrter Herr Harms, ich glaube, dass wir Inklusion nicht unter der großen Überschrift „Kostensenkung“ betreiben; vielmehr betreiben wir Inklusion unter der Überschrift „Chancengleichheit für Kinder“.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Wir werden das heute noch in einem gesonderten Tagesordnungspunkt ausführen. Wenn Sie sich solange noch gedulden, dann kann ich Ihnen nachher deutlich sagen, wie wir Inklusion sehen und was diesbezüglich nötig und zu tun ist.

Klar ist schon jetzt, dass wir die Ressourcen, die in dem Förderschulsystem frei werden, im Verhältnis 1 : 1 auf den allgemeinbildenden Schulbereich übertragen, weil dort die Kinder die Betreuung brauchen. Aber wir können es in der Tat, damit es fachgebietsübergreifend funktioniert, besser organisieren.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Minister. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Güssau.

Herr Güssau (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Mehr sehr geehrten Damen und Herren! Lehrer stehen ständig im Rampenlicht, und zwar nicht nur im Klassenzimmer, nein, Lehrer stehen auch immer mehr im Mittelpunkt medialer Berichterstattung, öffentlicher Diskussionen und politischer Entscheidungen. Allein das sollte ein Fingerzeig darauf sein, dass es sich bei dem Beruf des Lehrers um einen überaus wichtigen Job handelt. In der Vergangenheit schien das nicht immer so zu sein.

Professor Müller-Limmroth äußerte sich in der „Züricher Weltwoche“ vom 2. Juni 1988 über die vielfältigen Ansprüche, denen sich ein Lehrer und in ähnlicher Weise sicherlich auch oft Erzieher ausgesetzt sehen. Ich zitiere:

„Wahrscheinlich gibt es nicht viele Berufe, an die die Gesellschaft so widersprüchliche Anforderungen stellt: Gerecht soll er sein, der Lehrer, und zugleich menschlich und nachsichtig, straff soll er führen, doch takt-

voll auf jedes Kind eingehen, Begabungen wecken, pädagogische Defizite ausgleichen, Suchtprophylaxe und Aids-Aufklärung betreiben, auf jeden Fall den Lehrplan einhalten, wobei hochbegabte Schüler gleichermaßen zu berücksichtigen sind wie begriffstutzige.

Mit einem Wort: Der Lehrer hat die Aufgabe, eine Wandergruppe mit Spitzensportlern und Behinderten bei Nebel durch unwegsames Gelände in nordsüdlicher Richtung zu führen, und zwar so, dass alle bei bester Laune und möglichst gleichzeitig an drei verschiedenen Zielorten ankommen.“

(Beifall bei der CDU)

Das schrieb Müller-Limmroth im Jahr 1988.

Die bislang größte durchgeführte Bildungsstudie des neuseeländischen Erziehungswissenschaftlers John Hattie kommt zu einem simplen Fazit, das da heißt:

„Im Zentrum steht der Lehrer. Mit ihm und seiner Arbeit kommt und geht der Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler.“

Von der Qualität des Lehrenden hängt für junge Menschen also unmittelbar ihre persönliche Zukunft ab. Bis zu einem Schuljahr - weist eine Studie nach - kann der Leistungsvorsprung betragen, den ein Top-Pädagoge im Gegensatz zu einem schwächeren Kollegen bei seinen Schülern generiert.

Hat ein Kind aus einkommensschwachen Verhältnissen für fünf Jahre einen sehr guten Lehrer, so gleichen sich seine Bildungschancen im Vergleich zu einem Kind aus einer wohlhabenden Familie mit durchschnittlich gutem Lehrer aus.

Ein Lehrer - das ist Teil des Problems - soll heute allerdings vielmehr sein als ein reiner Wissensvermittler. Er soll - um es einmal drastisch zu sagen - gleichzeitig Sanitäter, Vater, Richter, Mutter, Psychologe, Polizist und Lehrer sein. Er soll auch noch soziale Kompetenzen und das Wertesystem stärken, je nach aktueller Nachrichtenlage Wirtschafts- und Medienkompetenz vermitteln, individuelle Tipps für den späteren Berufsweg geben und - jetzt ganz neu und on top; wir haben es gerade gehört - auch erfolgreich die Inklusion einführen, und das fast zum Nulltarif.

(Beifall bei der CDU)

Einmal ernsthaft, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wer das alles von einer Person erwartet, der kann nur enttäuscht werden.

(Beifall bei der CDU)

Der eierlegende Wollmilch-Lehrer muss erst noch erfunden werden.

Traurige Realität ist aber auch, dass ein beträchtlicher Teil der Lehrer nicht einmal den normalen Anforderungen des Schulalltags gewachsen ist. Unterschiedlichen Studien zufolge klagen zwischen 30 und 60 % des Lehrpersonals über psychische und physische Überlastung und stehen eigenen Einschätzungen nach kurz vor Ausbruch eines Burnout-Syndroms. Die Statistiken über zunehmende Krankenstände sind erschreckend.

Mehr sehr geehrten Damen und Herren! Aber auch das Image des Lehrerberufs ist stark ramponiert.

(Zustimmung von Herrn Weigelt, CDU)

Einst genossen Lehrer ein ähnliches Ansehen wie Ärzte. Heute eilt ihnen ein schlechter Ruf voraus als Halbtagsarbeiter oder Sechs-Wochen-Sommerurlauber oder faule Säcke, wie einst Gerhard Schröder Lehrer betitelte.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist für Lehrer zunehmend demotivierend. Für gute Schulabsolventen ist der Lehrerberuf mittlerweile weniger attraktiv geworden. Der fehlende Rückhalt durch die Eltern erschwert das Arbeiten in der Klasse.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

Immer öfter müssen Lehrer für Versäumnisse im Elternhaus geradestehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Das Berufsbild des Lehrers wird von breiten Kreisen in der Bevölkerung völlig verdreht eingeschätzt. Sowohl der Arbeitsaufwand als auch die körperlichen und seelischen Belastungen liegen bei Lehrern weit höher als üblicherweise angenommen wird.

(Zustimmung von Frau Take, CDU, und von Frau Weiß, CDU)

Untersuchungen zeigen, dass bei keinem anderen Beruf so einseitige Beurteilungen praktiziert werden wie bei den Lehrern. Deshalb muss die Politik alles tun, damit in der Öffentlichkeit endlich eine seriöse Einschätzung der Belastungen in diesem Beruf stattfindet.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Gestern und vorgestern haben wir in diesem Landtag stundenlang über Biber und Wölfe geredet.

Wir haben diesen Exkurs zum Lehrerberuf im Rahmen der Aktuellen Debatte genutzt, um auf diese Themenfelder hinzuweisen.

(Beifall bei der CDU - Herr Scheurell, CDU: Das ist richtig!)

Wir müssen uns bei weiterer Betrachtung des Schulwesens die vorhandenen Potenziale in Sach-

sen-Anhalt noch einmal klar vor Augen führen: Wir haben eine besondere Ressource, nämlich die pädagogischen Mitarbeiter. Sie sollen Lehrer bei ihrer Arbeit entlasten. So etwas gibt es nur noch in Thüringen.

(Frau Bull, DIE LINKE: Sie sollen Auslaufmodell sein!)

Sachsen-Anhalt hat eines der dichtesten Schulnetze Deutschlands; die Debatte dazu hatten wir gestern. Wir sind das Land der zweitwenigsten Schüler je Lehrer. Das Kollegium der Lehrer ist bundesweit am zweitältesten. Die Lehrkräfte leisten die zweitwenigsten Unterrichtsstunden vor der Klasse. Wir verfügen über die zweitteuerste Schüler-Lehrer-Relation an allgemeinbildenden Schulen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Mit 7 400 € Pro-Kopf-Ausgaben liegen wir bundesweit an zweiter Stelle, gerechnet für Schüler an allgemeinbildenden Schulen. Wir geben sehr viel Geld für Bildung in diesem Land aus.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Wir brauchen eine Landesregierung, die mit einer Sprache spricht und uns zum Doppelhaushalt abgestimmte Datensätze und Konzeptionen dafür vorlegt,

(Zustimmung bei der CDU)

wie es mit der Sicherstellung der Unterrichtsversorgung weiter vorangeht, wie die Einstellungspolitik in diesem Land organisiert wird.

Ich denke, meine Damen und Herren, diese Landesregierung kann das.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Scheurell, CDU: Sie muss das!)

Mit Freude registrieren wir den vorgestern durch die Landesregierung angekündigten um 150 zusätzliche Neueinstellungen erweiterten Einstellungskorridor auf insgesamt 370 Neueinstellungen im Lehrerbereich. Das ist die richtige Antwort auf den zunehmenden Unterrichtsausfall. Endlich wurde der Stau aufgelöst und eine konstruktive Lösung gefunden. Das war ein guter Tag für Sachsen-Anhalt.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Born, SPD)

Doch wir sollten uns nicht darauf ausruhen. Die Probleme, die ich zuvor bereits skizziert hatte, sind nicht aus der Welt, sie sind allenfalls vertagt. Die realistische Sichtweise ist weiterhin erforderlich, wenn wir die Unterrichtsversorgung und alle Aspekte des modernen Lehrerberufs würdigen wollen.

Lassen Sie uns gemeinsam die Probleme, die noch auf uns zukommen werden, anpacken und einer Lösung zuführen! - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Herr Höhn.

Herr Höhn (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben davor gewarnt, Parteipolitik beim Thema Unterrichtsausfall oder Lehrkräfteversorgung zu betreiben. Ich bin nicht ganz sicher, was Sie mit einem solchen Satz meinen. Wenn Sie damit meinen, dass wir über die Probleme, die wir in Sachsen-Anhalt haben, nicht laut reden, dann haben Sie ein falsches Verständnis von der Rolle der Opposition in diesem Haus.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Zweite Bemerkung zu dem bisher Gesagten, zu dem, was Sie über Qualität und Quantität gesagt haben, Herr Minister. Ich gestehe, das war ein guter Versuch, von der Quantitätsfrage abzulenken.

(Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE, lacht)

Nur: Wenn die Qualität, die ohne Frage notwendig ist - darin sind wir uns einig -, einfach mal ausfällt, dann ist sie auch nicht hinreichend.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Eine letzte Bemerkung vorab. Wir haben heute Morgen wieder den Zeitungen entnommen, es gibt etwas Streit innerhalb der Koalition oder unter den Ministern darüber, wer nun für diese Initiative, auf die Herr Güssau eben schon hingewiesen hat, verantwortlich ist, wer sie initiiert hat, wer sich das Lob dafür abholen möchte.

Ich kann den Streit innerhalb der Landesregierung schlichten zwischen den Ministerinnen - nein, es sind nur Minister.

(Zuruf von Frau Grimm-Benne, SPD)

Es war die Opposition, meiner sehr verehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der SPD
- Zuruf: Wer hätte das gedacht!)

- Es freut mich, dass ich Ihnen eine Freude machen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema Unterrichtsausfall fällt nun wahrlich nicht vom Himmel. Es ist - darauf hat Frau Dalbert hin-

gewiesen - Ergebnis der politischen Entscheidungen, die hier in den letzten Jahren mit Mehrheit getroffen worden sind.

Deswegen kommt diese Situation mit Ansage. Die Gewerkschaft hat seit Langem darauf hingewiesen. Ja, und die Opposition - auch wenn Sie es nicht hören mögen - hat seit Jahren auf diese Situation hingewiesen.

Das macht die Situation weder schlechter noch besser. Es macht es nur noch ärgerlicher, weil wir zu einem früheren Zeitpunkt mit anderen Entscheidungen eine solche Situation hätten vermeiden können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Seit 2006 reden wir in den Ausschüssen, im Plenum und in der öffentlichen Debatte regelmäßig über das Personalentwicklungskonzept. Es ist seitdem regelmäßig fortgeschrieben worden. Die politischen Ziele dort werden fast ausschließlich an Benchmarkings und statistischen Daten festgemacht.

Bis heute - das betrifft nicht nur den Bereich Schule - fehlt es an einer inhaltlichen Untersetzung und einer inhaltlichen Bedarfsbeschreibung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Der Minister hat auf das Thema Schüler-Lehrer-Relation abgehoben. Sie sind seit Jahren bemüht, diese Zahlen anhand der Zielzahlen, die die Landesregierung für den Lehrerbereich beschlossen hat, hin und her zu rechnen.

Wir stellen jedoch immer wieder fest: Es funktioniert nicht, auf die dort dargestellten Werte zu kommen. Sie haben den IMAK-Bericht erwähnt, Herr Minister. Das ist schon einmal mutig, weil Sie das Ergebnis des IMAK-Berichts kennen.

Für die Kolleginnen und Kollegen, die ihn nicht gelesen haben: Das Ergebnis dieses Berichtes am Ende ist: Es gibt keines. Das Ergebnis ist offen gelassen worden, weil das Kultusministerium und das Finanzministerium nicht in der Lage waren, ihre unterschiedlichen Berechnungen übereinander zu legen und zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. Das ist das Ergebnis des IMAK-Berichts, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Ist auch ein Ergebnis!)

Sie sagen, wir bleiben bei dem Ziel einer Schüler-Lehrer-Relation von 1 : 13,5. Ich bleibe bei der Aussage, die Sie mir im Grunde mit diesem Bericht bestätigen. Sie werden diese Zahl nicht erreichen und Sie kennen die Gründe dafür.

Deswegen wiederhole ich das, was ich gestern schon gesagt habe: Es ist für das Fortkommen, für eine konstruktive Debatte in den nächsten Jahren einfach sinnvoll, wenn wir miteinander den Mut haben, von dem Personalentwicklungskonzept,

von diesem toten Pferd abzustiegen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE)

Ja - das bestreitet niemand in diesem Haus -, verantwortungsbewusste Haushaltspolitik ist wichtig. Ja, bei jedem ausgegebenen Euro sollte und muss hinterfragt werden, ob er Sinn macht und ob er zukunftsfähig ist.

Aber ich sage Ihnen auch, meiner sehr verehrten Damen und Herren: Bei jedem nicht ausgegebenen Euro muss in gleicher Weise hinterfragt werden, was das für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes bedeutet.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Jetzt lassen Sie mich noch einmal etwas zu den Zahlen und zu der Unterrichtsversorgung sagen.

Der Minister hat sehr energisch darauf hingewiesen, dass wir bei 103 % lägen. Nun will ich die Zahlen, die Frau Dalbert vorgetragen hat, nicht wiederholen. Das hat Sie sehr überzeugend getan. Ich nehme für einen Moment an, wir sind bei 103 %, Herr Minister, auch wenn ich Ihnen das nicht komplett abnehme. Sie haben gemeinsam vereinbart - das wiederholen Sie auch jetzt, trotz des erhöhten Einstellungskorridors -, dass Sie am Ende bei der gleichen Zielzahl landen wollen. Das wiederholen Sie immer wieder.

Am Ende des Jahres 2013 hatten wir im Landesdienst laut Personalentwicklungskonzept 14 100 Vollzeitlehrerstellen. Für das Jahr 2019 planen Sie 12 558 Vollzeitlehrerstellen. Das ist ein Minus von 10,94 %. Im gleichen Zeitraum steigt die Schülerzahl um 1,78 %. Bis heute und auch heute wieder haben Sie keine Antwort auf die Frage, wie Sie den Abbau von 10,94 % der Vollzeitstellen kompensieren wollen. Solange Sie diese Antwort nicht überzeugend geben, Herr Minister, hilft es wenig, einfach zu behaupten, dass die Unterrichtsversorgung gesichert sei; das ist sie nicht, Herr Minister.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Wir haben gestern während der Diskussion über die kleinen Grundschulen sehr viel über Qualität geredet, vor allem Sie.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE, lacht)

Ich vermisste, dass wir miteinander hinterfragen, was diese Abbauzahlen für die Qualität an den Schulen bedeuten. Herr Minister, genau an dieser Stelle tun Sie es nicht.

Ich habe der Zeitung ebenfalls entnommen, dass jetzt wieder über die Lehrerarbeitszeit diskutiert werden soll. Bis zum Juni soll Dorgerloh einen Masterplan zur Kostendämpfung vorlegen - das

habe ich der „Volksstimme“ entnommen. Ich habe schon auf den IMAK-Bericht hingewiesen. Darin befindet sich ein ziemlich langer Katalog des Finanzministers. Er enthält Vorschläge, wie man Lehrpersonal einsparen könnte, um auf die Quote von 13,5 zu kommen.

Zur Frage nach der Arbeitszeit habe ich Sie während der letzten Sitzung des Fachausschusses noch anders verstanden, nämlich dass diese Option nicht zur Verfügung steht. Danke, dass Sie das noch einmal bestätigen; die Arbeitszeit wird nicht angehoben.

Welche anderen Kriterien ziehen Sie denn dann in Erwägung? - Wir haben gestern beim Thema Schulnetz lange darüber geredet, wie viele Stellen wir mit der Schließung der kleinen Grundschulen - in Anführungszeichen - sparen. Selbst wenn dieses Vorhaben im Maßstab 1 : 1 realisiert würde, wäre es kleiner Bruchteil der 1 542 Vollzeitstellen, die Sie einsparen wollen.

Sie reden über die Qualität. Ich gehe davon, dass wir die Bildungsinhalte an den Schulen nicht weiter reduzieren wollen. Deswegen bleibt meine Frage bestehen, Herr Minister, auch wenn es Sie nervt. Ich erwarte eine Antwort auf diese Frage.

(Zustimmung von Frau Tiedge, DIE LINKE)

Solange Sie diese Antwort nicht geben, hilft es wenig, die Situation gesund zu beten.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Eines will ich wiederholen - darüber haben wir gestern auch schon geredet -: Ich halte es für keinen nachhaltigen politischen Ansatz, im Vorfeld jeder Haushaltsaufstellung die gleiche Situation zu haben, wie wir sie jetzt zum wiederholten Male haben. Das ist keine seriöse Haushaltsplanung.

Sie als Koalition betonen doch immer wieder, dass wir durch die mittelfristige Finanzplanung, die Haushaltsplanung und das Personalentwicklungskonzept mittelfristig wissen müssen, wo die Reise hingeht, worauf wir uns einzurichten haben und welche Zahlen wir erreichen wollen. Aber beim Thema Personal erleben wir das komplette Gegenteil. Sie machen keine zukunftsfähige Personalpolitik in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich komme zur letzten Bemerkung. Eine nachhaltige Haushaltspolitik beginnt, bevor in diesem Land Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Sie beginnt nicht erst, aber auch bei der Frage der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Die Ausbildung von Lehrkräften in Sachsen-Anhalt ist in den letzten Jahren und schon von der Vorvorgängerregierung sehr stiefmütterlich behandelt worden. Nichtsdestotrotz haben wir in Sachsen-Anhalt bei

allem, was noch verbessert werden kann, eine gute Lehrerinnen- und Lehrerausbildung.

(Zustimmung von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE)

Ich will deutlich infrage stellen, dass es im Sinne des Haushalts und im Sinne der Qualität des Unterrichts an unseren Schulen verantwortungsbewusst ist, dass wir Jahr für Jahr in diesem Land Lehrerinnen und Lehrer ausbilden und sie dann in andere Bundesländer schicken. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Nachhaltigkeit sieht anders aus. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Kollege Höhn. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Reinecke. Bitte sehr.

Frau Reinecke (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sicherung der Unterrichtsversorgung ist für uns als SPD-Fraktion eine wichtige Aufgabe. Wir wissen, dass sie die Voraussetzung dafür ist, dass Kinder eine gute Schulbildung erhalten. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass genügend Lehrkräfte vor der Klasse stehen.

Die Regierungsparteien haben dafür gemeinsam eine gute und konstruktive Lösung für das nächste Schuljahr gefunden. Einmal abgesehen von diesen Nickligkeiten hinsichtlich der Frage, wer es erfunden hat, denke ich, am Ende sollten wir uns einfach einmal über dieses Ergebnis freuen

(Zustimmung von Frau Budde, SPD)

und auch Wertschätzung zum Ausdruck bringen.

(Zustimmung bei der SPD)

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle auch bei dem Finanzminister und vor allem auch bei der Fachebene, die diese Arbeit in den letzten 14 Tagen mit vorangebracht haben.

(Zustimmung bei der SPD und von Minister Herrn Bischoff)

Mit der Erhöhung der Zahl der Neueinstellungen auf nunmehr 370 Lehrkräfte sind allerdings noch nicht alle Probleme gelöst. Das wurde angesprochen und das gehört auch in diese Diskussion mit hinein. Dennoch ist es wirklich ein gutes Ergebnis, um den Spagat zwischen einer guten Unterrichtsversorgung und der notwendigen Haushaltskonsolidierung hinzubekommen; denn wir wissen, für eine gesicherte Zukunft unserer Kinder brauchen wir beides.

Neben den nun geplanten 370 Neueinstellungen sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um eine vollständige Unterrichtsversorgung für das kommende Schuljahr sicherzustellen und so die ausscheidenden Lehrer zu ersetzen. Nach der Einschätzung des Fachministeriums sind durch Abordnungen, durch die Maßnahmen der Schulentwicklungsplanung und durch Veränderungen in der Lehrer-Schüler-Relation in allen Schulformen Stellen einzusparen.

Dort stecken aber noch weitere Unsicherheiten dahinter, sodass immer noch ein kleines Stellendefizit für das Schuljahr 2014/2015 droht. Deshalb ist es notwendig, die neu zu besetzenden Stellen für das Schuljahr 2014/2015 sofort auszuschreiben, da wir, wie wir wissen, in Konkurrenz zu anderen Bundesländern stehen, die ihre Werbeaktionen längst gestartet haben.

So hat unser Nachbarland Brandenburg in der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ bereits am 11. März eine Anzeige geschaltet, in der verkündet wird, dass 900 bis 1 000 Lehrkräfte zum nächsten Schuljahr eingestellt werden. Man lockt mit der Möglichkeit einer Verbeamtung. Auf der gleichen Seite wirbt weiterhin Mecklenburg-Vorpommern mit sofortiger Verbeamtung, überdurchschnittlichem Gehalt, kleinen Klassen und Meer - hier ist das Meer mit dem Strand gemeint.

Wir wissen also, dass die Konkurrenz nicht schläft und wir schon relativ spät dran sind. Das Ministerium, die Schulverwaltung und die örtlichen Schulträger müssen jetzt also Tempo machen.

Meine Damen und Herren! Für die Vorbereitung der nächsten Schuljahre müssen wir die Lehre ziehen, dass die genaue Schülerzahlentwicklung aus verschiedenen Gründen nicht exakt berechenbar ist. Einen starren Neueinstellungskorridor halte ich deshalb nicht für praktikabel.

Ich bin dafür, den jährlichen Einstellungsbedarf an Lehrkräften als Differenz zwischen dem Bedarf und dem Bestand für jedes Schuljahr neu zu ermitteln. Ich bin mir natürlich auch der latenten Gefahr bewusst, dass jedes einzubeziehende Ministerium und die Lehrervertretungen alle Jahre wieder mit eigenen Zahlen operieren werden und diese natürlich unterschiedlich sind. Aber dieses Problem müssen wir konstruktiv und auch schnell lösen.

Aus welchen Gründen kann die Entwicklung der Schülerzahlen nicht exakt berechnet werden? - Bisher gehen die meisten Prognosen insbesondere von der Entwicklung der Geburtenzahlen aus. Das ist zwar die wichtigste und auch sicherste Planungsgröße, aber sie reicht bei Weitem nicht mehr aus.

Warum? - Es gibt mehrere Gründe. So erhöht sich die durchschnittliche Gesamtschulzeit der Schüle-

rinnen und Schüler durch eine längere durchschnittliche Verweildauer im System der allgemeinbildenden Schulen.

Wir haben zum einen die Schülerinnen und Schüler, die ein drittes Schuljahr in der flexiblen Schuleingangsphase absolvieren. Dieser Anteil stieg an von 9,8 % im Schuljahr 2008/2009 auf 15,3 % im Schuljahr 2013/2014.

Weiterhin ist der Wegfall der Verbindlichkeit der Schullaufbahnempfehlung in Klasse 4 der Grundschule zu nennen. Im Vorfeld des Schuljahres 2012/2013 erhöhte sich Quote des Übergangs an die Gymnasien signifikant. Dadurch sank die Anzahl der Schülerinnen und Schülern in den Sekundarschulen. Die Übergangsquote in die Gymnasien stieg von 42,9 % im Schuljahr 2008/2009 auf 46,5 % im Schuljahr 2012/2013 und soll sich im aktuellen Schuljahr noch einmal erhöhen.

In der Tendenz steigt diese Quote weiter an. Das bedeutet, für immer mehr Schüler erhöht sich die Regelschulzeit von zehn auf zwölf oder gar auf 13 Schuljahre. Inwieweit sich die Einführung der Gemeinschaftsschule auf diese Tendenz auswirkt, wird sich erst im Zeitverlauf zeigen.

Ausgehend von den Erwartungen und Erfahrungen in den schon länger bestehenden Gesamtschulen ist zu erwarten, dass sich die Übergangsquote in Klasse 11 insgesamt weiter erhöhen wird. Auch so steigt die jährliche Jahrgangsschülerzahl, ohne dass mehr Kinder geboren wurden bzw. geboren werden müssen.

Eine weitere Ursache besteht darin, dass durch die Zunahme der Übergangsquoten im zehnten Schuljahrgang der Sekundarschulen die Anzahl der Schüler sinkt, die das System bereits nach neun Schuljahren, also mit dem Hauptschulabschluss verlassen. Während im Schuljahr 2008/2009 noch ein Anteil von 25,8 % der Sekundarschülerinnen und -schüler die Schule nach der neunten Klasse verließ, waren es im Schuljahr 2013/2014 nur noch 13,6 %. Auch so entsteht Schüleraufwuchs.

Nicht ausgewertet wurde dabei die Entwicklung der Quote der Sitzenbleiber, die ebenfalls Einfluss auf die durchschnittliche Gesamtschulzeit der Schülerinnen und Schüler und damit auf die erforderliche Unterrichtsversorgung hat.

Was ist darüber hinaus zu beachten? - Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunft wächst. Auch das erhöht die Gesamtschülerzahl. Auch diesbezüglich ist keine seriöse Prognose zu erstellen, weil wir nämlich nicht voraussagen können, welche geopolitischen Ereignisse Einfluss auf die EU-Binnenwanderung haben werden und wie viele Kinder von Flüchtlingen in Sachsen-Anhalt zukünftig zu beschulen sind.

Die gegenwärtigen außenpolitischen Ereignisse lassen aber erwarten, dass Sachsen-Anhalt mit zu-

sätzlichen Bildungsaufgaben zu rechnen hat, die in eine nachträgliche Analyse auch dringend eingebunden werden müssen.

Unter Berücksichtigung der von mir beschriebenen Entwicklungen sind also jährlich neu Schlussfolgerungen für die Planungen des Personalbedarfs für eine gesicherte Unterrichtsversorgung zu ziehen. Dafür sind entsprechende Routinen zur Datensammlung und -auswertung vom Fachministerium im Zusammenwirken mit dem Finanzministerium weiterzuentwickeln. Insbesondere müssen Unterschiede bei der Bewertung der Daten konstruktiv überwunden werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Trotz einer Unterrichtsversorgung, die wir als gut einschätzen, sind Unterrichtsausfälle und nicht fachgerechte Vertretungen nicht vollständig zu vermeiden. So ist der durchschnittliche Krankenstand höher als die Vertretungsreserve. Er wird sich aufgrund des hohen Durchschnittsalters der aktiven Lehrkräfte auch kaum senken lassen. Das wurde bereits von mehreren Vorrednern angesprochen. Deshalb wünsche ich mir, dass im Land das Vertretungsmanagement zukünftig weiterhin verbessert wird.

Folgende Fragen sind aus meiner Sicht zu klären: Sollten bereits angesammelte Überstunden nach dem Teilzeittarifvertrag statt abgebummelt auf Antrag ausgezahlt werden? Sollten auf Antrag der Schulen befristet freiwillige Mehrstunden einzelner Lehrkräfte gegen Bezahlung fest eingeplant werden können? Sollte ein Fonds für die Schulen geschaffen werden, damit sich diese selbst Vertretungen organisieren können?

Sollten neben der Möglichkeit von Abordnungen und zeitlich begrenzten Neueinstellungen weitere Varianten zur Schaffung eines Pools von Vertretungslehrern - ich denke dabei an Honorarkräfte oder an die Reaktivierung von Ruheständlern - in Sachsen-Anhalt entwickelt werden? Über diese Fragen müssen wir nachdenken und darauf müssen wir Antworten finden.

Meine Damen und Herren! Neben der Sicherstellung der Unterrichtsversorgung für das Schuljahr 2014/2015 muss es uns auch darum gehen, den mittelfristig noch steigenden Lehrbedarf genauer zu identifizieren und die Nachwuchsgewinnung zu sichern. Auch das wurde bereits angesprochen.

Deshalb rege ich an, neue Vereinbarungen mit den Unis mit dem Ziel der Erhöhung der Anzahl der Studierenden in Lehramtsstudiengängen abzuschließen. Die alten Zielvereinbarungen sind, wie wir wissen, im Jahr 2013 ausgelaufen. Bis zum Ende des Übergangsjahrs müssen neue Vereinbarungen abgeschlossen werden. Diese Chance sollte genutzt werden, um die Absolventenzahlen für Lehrämter in Sachsen-Anhalt mittelfristig und weitgehend bedarfsgerecht zu erhöhen.

Fragen der Schulentwicklungsplanung und der Sicherung der Unterrichtsversorgung im Land führen oft zu hochemotionalen und nicht immer ganz sachlichen Diskussionen. Das haben wir gerade in den vergangenen Tagen erlebt. Mit Elterninitiativen und Kommunalpolitikern ins Gespräch zu kommen, ist in solchen Zeiten nicht ganz so einfach. Aber diesbezüglich kann ich empfehlen, die Maxime des amerikanischen Lyrikers Robert Lee Frost anzunehmen, der Folgendes feststellte:

„Bildung ist die Fähigkeit, fast alles anhören zu können, ohne die Ruhe zu verlieren oder das Selbstvertrauen.“

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Kollegin Reinecke, es gibt eine Nachfrage von Frau Professor Dr. Dalbert. Möchten Sie diese beantworten?

Frau Reinecke (SPD):

Nein.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Möchten Sie Ihre Frage stellen?

(Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE: Ich verzichte dann darauf!)

Mit diesem letzten Debattenbeitrag ist das zweite Thema der Aktuellen Debatte beendet. Mein Kollege Herr Präsident Gürth übernimmt die Sitzungsleitung.

Präsident Herr Gürth:

Wir rufen das nächste Thema der Aktuellen Debatte auf:

Linksextremismus nicht verharmlosen

Aktuelle Debatte Fraktion CDU - **Drs. 6/2951**

Folgende Rednerreihenfolge wurde vereinbart: CDU, DIE LINKE, SPD und GRÜNE. Zunächst hat die Antragstellerin das Wort. Für die Fraktion der CDU spricht der Abgeordnete Herr Schröder.

Herr Schröder (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Anfang des Monats wurde auf die CDU-Landesgeschäftsstelle ein Farbanschlag verübt. Der Sachbeschädigung folgte ein Bekenner schreiben auf einer linksextremistischen Plattform. Bezugnehmend auf die Verurteilung eines linken Demonstranten meinten darin die anonymen Verfas-

ser, selbst mit einer kriminellen Aktion gegen die Kriminalisierung linker Strukturen demonstrieren zu können. - Welch eigenwillige Logik.

Auf dem Fußweg ist noch heute die Parole zu lesen: „Mit Feuer und Farbe gegen die Repression.“ - Die Farbe hatten wir. Kommt - das frage ich mich - auch das Feuer, ein Feuer, wie wir es beispielsweise im Juli 2013 hatten, als auf dem Gelände der Elbe-Havel-Kaserne 16 Fahrzeuge der Bundeswehr in Flammen aufgingen? Dabei ist ein Schaden in zweistelliger Millionenhöhe entstanden.

Dieser Vorgang, den die linksextremistische Szene im Übrigen als „Störmanöver an der Heimatfront“ betitelte, ist besonders schäbig, und zwar nicht nur deshalb, weil es nach Medienberichten seit 2010 mittlerweile der 30. Anschlag auf die Bundeswehr in Deutschland war, sondern weil die Soldaten mit ihrem Einsatz und vor allem mit genau dieser Technik die Menschen vor der Flut in Sachsen-Anhalt geschützt haben.

In dieses Raster passt auch die Anschlagsdrohung der germanophoben Flutbrigade - ich zitiere -:

„Wir, die germaphobe Flut-Brigade, haben es uns zum Ziel gesetzt, Deutschland (oder Teile davon) unter den Wassermassen leiden zu lassen. Für uns ist der Slogan ‚Deutschland in den Rücken fallen‘ mehr als nur ein Lippenbekenntnis, wir lassen Taten folgen.“

Aus diesem Grund haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, die von der scheidenden deutschen Volksgemeinschaft errichteten Dämme und Deiche so weit zu beschädigen, dass das Wasser endlich die Städte fluten kann. In der vergangenen Nacht haben wir an drei verschiedenen Orten zur Verbesserung der Lage beitragen, um das ‚Freibad Deutschland‘ zu vergrößern.“

(Herr Borgwardt, CDU: So ist es! - Herr Dr. Köck, DIE LINKE: Dann müssen Sie die Täter finden!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Linksextremisten sind sehr zersplittert und breit gefächert. Neben dem Antimilitarismus spielen viele Strömungen eine Rolle. Das gewaltextreme Potenzial wird nach dem Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt auf 520 Personen geschätzt.

Deutschlandweit sind es immerhin 30 000 Menschen. Allein im letzten Jahr erfasste die Polizei im Land 323 Fälle politisch motivierter Kriminalität von links. Die Zahl der Straftaten Linksextremer gegen Staat und Polizei nimmt seit Jahren zu.

Der Verfassungsschutz des Landes beobachtet zahlreiche Gruppierungen. Nur eine kurze Aufstellung:

„Zusammen kämpfen“, „Arbeitskreis Antifa“, „Antifaschistische Aktion Burg“, „Antideutsches Spektrum“, „Jugend-Antifa Halle“, „No Tears for Krauts“ usw. usf.

Es gibt auch andere Gruppierungen, die ausdrücklich im Verfassungsschutzbericht - in dem Fall des Bundes - erwähnt werden, unter anderem die knapp 2 000 Mitglieder zählende „Antikapitalistische Linke“, die dort als offen extremistischer Zusammenschluss der Partei DIE LINKE bezeichnet wird. Das ist keine Erfindung von mir. So steht es im Verfassungsschutzbericht des Bundes und so wird es auch vom Bundesinnenministerium vertreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit Ende des letzten Jahres existiert auch ein landesweiter Zusammenschluss der „Antikapitalistischen Linken“ in Sachsen-Anhalt. Die AKL will nach eigenem Bekunden dem parlamentsfixierten Pragmatismus - so steht es darin; also dem, was Sie machen, Herr Gallert - ein antikapitalistisches Programm mit sozialistischem Ziel entgegenstellen.

Sie fungiert als Brücke zu linken Gruppierungen, die - so wörtlich - das System infrage stellen, angreifen und letztlich überwinden wollen. Eine klare Absage an Gewalt sucht man natürlich vergeblich. Stattdessen werden die breite Zusammenarbeit und die Suche nach natürlichen Bündnissen mit allen antikapitalistischen Kräften betont. Zur Information: Die SPD ist ausdrücklich nicht genannt, sondern Bündnisse mit der „kapitalistischen SPD“ werden - so steht es geschrieben - glatt ausgeschlossen.

In Berlin hatten wir übrigens jüngst den Fall, wie zu lesen war, dass der dortige Landesvorsitzende Jan Stöß von der SPD, der sich erdreistet hat, im „Tagesspiegel“ zu sagen, dass Gewalt kein Mittel demokratischer Auseinandersetzung sein sollte, nunmehr auch als Rechtsabweichler und Hetzer diffamiert wird. Es gibt sogar ein „Nicht-Geh-Gebiet“ im Stadtteil Kreuzberg-Friedrichshain, wo Christdemokraten und Sozialdemokraten um ihr Leben fürchten müssen.

(Herr Born, CDU, lacht)

Linksextreme verteilen in der Bundeshauptstadt Platzverweise. So weit sind wir gekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der „Antikapitalistischen Linken“ sitzen keine Exoten, auch nicht in Sachsen-Anhalt. Es sind Landesvorstandsmitglieder der LINKEN und Mitarbeiter von Abgeordneten. Ein Viertel des Landesvorstandes der „Linksjugend Solid“ ist dabei. Das Parlament ist hier nur Mittel zum Zweck. Es soll quasi das Futter für die Proteste auf der Straße liefern. Denn es ist die gute alte Revolution, die letztlich die Quelle für die Veränderungen in der Gesellschaft ist.

Ich will auch die „Rote Hilfe“ nicht unerwähnt lassen - sie ist jetzt in vieler Munde -, in der nach eigenem Bekunden Jörg Schindler Mitglied ist. Die „Rote Hilfe“ unterstützt Straf- und Gewalttäter aus dem linken Spektrum mit einer für sich selbst sprechenden Begründung. Ich will gar nichts dazu sagen; ich will einfach die „Rote Hilfe“ für sich selbst sprechen lassen. Ich erlaube mir zu zitieren und schicke voraus, dass ich mich bei den Stenografen entschuldige. Zitat:

„Das bürgerlich-kapitalistische Akkumulationsregime kann nur durch die mit Verwertungslogik unterfütterte nationalstaatlich regulierte Ausbeutung der Arbeitskräfte und Rohstoffe bestehen. ... Dabei muss Repression letztendlich als ein mit aller Macht durchgesetztes Mittel des autoritären Polizeirechtsstaates zur Herrschafts- und Eigentumssicherung verstanden werden. ... Setzen wir den Angriffen des Systems auf unsere Genossinnen und Strukturen unseren entschlossenen Widerstand entgegen!“

So die „Rote Hilfe“ im Jahr 2012.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jörg Schindler ist Mitglied des Kreistages in Wittenberg. Er wurde im Jahr 2007 sogar stellvertretender Landesvorsitzender der LINKEN. Er war auch für parlamentarische Gremien des Landtages Ihre Wahl.

Sie haben sich in einer Pressemitteilung überzeugt gezeigt, dass Jörg Schindler alle Rechte und Pflichten in dieser parlamentarischen Arbeit tadellos erfüllt. So stand es in ihrer Pressemitteilung. Auf Facebook schrieb Jörg Schindler selbst vor einer Woche - ich zitiere -:

„Ich bin kürzlich in die für die Überwachung von staatlichen Telefonüberwachungsmaßnahmen zuständige G10-Kommission des Landtages gewählt worden. Einigen Überwachern gefällt jedoch das Überwachen ihrer Überwacher nicht. So findet also eben bis auf Weiteres keine Telefonüberwachung mehr statt. Alles zur Posse „Gau des Verfassungsschutzes“ lesen Sie hier.“

Dann folgt der Verweis auf andere Seiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verstehen wir das als tadellos? - Ich denke, wer parlamentarische Gremien und unliebsame Behörden zur Posse macht und damit kokettiert, die Aufgabenwahrnehmung zu behindern, der ist nicht tadellos, sondern er ist ein Risiko für unsere Arbeit.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Dr. Aeikens)

Es ist gut, dass die G 10 arbeitsfähig ist. Ich will auch sagen, dass ich keine Mehrheit hier im Haus

sehe, auch in der PKK nicht, Herrn Schindler in diese Kommission zu berufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir können die Debatte natürlich nutzen, um in Stereotype

(Herr Lange, DIE LINKE, lacht)

zu flüchten.

(Herr Lange, DIE LINKE: Ja!)

Ich habe auch Pressereaktionen gesehen. Da packt man wieder die alte Mottenkiste der kalten Krieger aus, spricht von roten Socken usw. usf. Natürlich ist das der Versuch abzulenken. Sie werden die Einzigen sein, die das sagen, von uns kommt da nichts.

(Zurufe von der LINKEN)

Aber Sie versuchen letztlich nur abzulenken. - Ja, ja, ich verstehe ja Ihre Betroffenheit. - Sie versuchen letztlich nur abzulenken. Wovon lenken Sie ab? - Sie lenken ab von Ihrer Doppelstrategie, einerseits Koalitionspartner zu sein, in Landesregierungen mitzuwirken, andererseits langfristig die Systemüberwindung voranzutreiben - ich erlaube mir, Sie ernst zu nehmen - mit demokratischen Mitteln und leider auch mit einer gewollten Unschärfe zu radikalen und autonomen Strukturen.

Ich will es einmal anders formulieren: Die LINKE sieht sich nicht als gestaltende Opposition zu den Koalitionären einer Regierung, sondern zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik insgesamt.

Ich bedanke mich dafür ausdrücklich, dass die Landesvorsitzende Birke Bull das in einem Medienbericht der „Mitteldeutschen Zeitung“ schon erwähnt hat. Unter der Überschrift „Die CDU wiederholt sich“ gab es kein Dementi, sondern eine Bestätigung. Das ist auch konsequent, Frau Bull; denn Sie waren ja Mitglied in der Programmkommission zum Erfurter Grundsatzprogramm 2011.

Auch dort spricht man bereits von Brüchen mit revolutionärer Tiefe, von einer Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus und von dem Ziel einer klassenlosen Gesellschaft. Eine klare Abgrenzung zu linken allgemeinen Kräften außerhalb des Parlaments ist nicht gewollt.

„Wir streben nach dem demokratischen Weg zum Sozialismus.“ Das ist ein Satz, den Sie noch heute unterschreiben können. Der Satz wurde das erste Mal auf dem SED-Vereinigungsparteitag vom April 1946 genannt. Was daraus geworden ist, wissen wir.

Lothar Bisky hat noch unter dem Applaus der Menge im Jahr 2007 auf dem Gründungsparteitag der LINKEN gerufen: „Wir stellen die Systemfrage.“

Für alle Geheimdienste zum Mitschreiben: Wir stellen die Systemfrage.“

(Zuruf von der LINKEN: Ja!)

Wir halten das Gerede von Wahlkampfnervosität aus und das Schimpfen auf die „konservativen Hetzer“. Das halten wir alles aus, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir werden uns so lange wiederholen, wie es nötig ist, damit klar wird, dass Toleranz gegenüber linken Extremisten ihren Preis hat.

Wir können heute das Brennglas dieser öffentlichen Debatte zur verbalen Überhitzung nutzen. Wir können aber auch einfach versuchen, uns von linker Gewalt zu distanzieren und sie zu verurteilen. Riskieren Sie das doch!

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Dr. Aeikens)

Eine wehrhafte Demokratie muss wachsam bleiben. Es sollte gute Sitte unter allen Demokraten sein, sich vom politischen Extremismus, gleich welcher Art, zu distanzieren.

Wenn Extremisten nur radikaler und unverhüllter aussprechen, was die Linkspartei in ihrer Gesamtheit denkt, und wenn, wo Linkspartei draufsteht, immer auch ein Stück kommunistischer Revolution drinsteckt, dann kann es eben die Normalität unter Demokraten nicht geben. Auch bestgemeinte Programmatik pervertiert sich durch Gewalt. Unter Demokraten sollte die ausgestreckte Hand zählen und nicht die Faust. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Kollege Schröder. Es gibt zwei Fragen, von der Abgeordneten Frau Quade und von dem Abgeordneten Herrn Gallert. Möchten Sie diese beantworten? - Frau Quade, bitte.

Frau Quade (DIE LINKE):

Herr Schröder, ich habe eine Frage, weil Sie sich auf die „Germanophobe Flutbrigade“ bezogen haben. Ich bemühe mich, es als Frage zu formulieren. Haben Sie mitbekommen, dass es, nachdem dieser sehr irritierende und tatsächlich nicht zu akzeptierende Aufruf der „Germanophoben Flutbrigade“ veröffentlicht worden ist, relativ schnell ein eindeutiges Bekenntnis der rechten Szene in dem Sinne gab, dass dies eine Inszenierung war, um - so wörtlich - „die Antifa ein wenig durch den Kakao zu ziehen“? Bekannt hat sich dazu der Neonazi Sascha Krolzig aus Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Herrn Striegel, GRÜNE)

Herr Schröder (CDU):

Frau Quade, die Frage war, ob mir das so bekannt war. Es war mir so nicht bekannt.

(Herr Krause, Salzwedel, DIE LINKE: Aha!)

Da es so viele

(Unruhe)

- hören Sie doch einmal zu - Zitate aus der links-extremen Szene gibt,

(Herr Lange, DIE LINKE: Ach!)

auch in diesem Bereich, ist es offensichtlich auch leichtgefallen, die Öffentlichkeit zu täuschen, so dass jeder ihm das abgenommen hat.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Lange, DIE LINKE: Ja, ja!)

Aber man kann diese Zitate - - Wissen Sie, ich habe so viele Zitate in den Ordnern. Ich könnte das jederzeit durch authentische Zitate der linksextremen Szene ersetzen; das ist kein Problem. Darin werden Brandanschläge als „Flambieren von Fahrzeugen“ bezeichnet. Es gibt genug solcher Zitate; das ist austauschbar.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Dr. Klein, DIE LINKE: In dem konkreten Fall aber nicht, Herr Schröder! Es ging um Hochwasser und Betroffenheit von Menschen!)

Herr Gallert (DIE LINKE):

Ich habe eine konkrete Frage an Sie, Herr Schröder. Sie haben vor dieser Aktuelle Debatte eine Presseerklärung und dazu eine Audiobotschaft veröffentlicht. In dieser Audiobotschaft haben Sie Folgendes gesagt - ich zitiere sinngemäß -: Wir haben in Sachsen-Anhalt eine konstant hohe Zahl von 520 Menschen, die linksextreme Straftaten verüben. Können Sie mir bitte sagen, woher Sie diese Zahl haben?

Herr Schröder (CDU):

Im Verfassungsschutzbericht des Landes wird die Formulierung „linksextremistisches Personenpotenzial“ verwendet, das ist der richtige Ausdruck. Im Verfassungsschutzbericht wird das linksextremistische Personenpotenzial mit 520 angegeben. Diese Zahl ist relativ stabil. Das kann man an den entsprechenden Angaben zu den Vorjahren ablesen.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Was allerdings nicht stabil ist, ist die Zahl der Übergriffe, die sogenannte Konfrontationskriminalität. Vor allen Dingen die Zahl der Übergriffe auf Staat und Polizei nimmt zu. Beim Linksextremismus sind diesbezüglich jährliche Zuwachsraten zu verzeichnen, sodass die reine Fallzahl bei Angriffen auf Staat und Polizei mittlerweile höher liegt als

die der genauso zu verurteilenden Übergriffe von Rechtsextremisten.

Präsident Herr Gürth:

Eine Nachfrage von Herrn Kollege Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Ja, Herr Schröder, das war aber nicht meine Frage. Dass der Verfassungsschutzbericht 520 Menschen dem linksextremistischen Personenpotenzial in Sachsen-Anhalt zuordnet, weiß ich auch. Aber woher haben Sie die Angabe, dass es bei uns konstant 520 linksextreme Straftäter gibt? - Das würde mich interessieren.

(Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Denn, wissen Sie, ich kenne eine Person persönlich, noch aus DDR-Zeiten. Sie ist inzwischen 75 Jahre alt und ist Mitglied der DKP. Damit ist sie eine vermeintliche Linksextremistin. Aber sie stand bisher noch nie vor einem Gericht und hatte noch nie ein Strafverfahren am Hals. Sie wird mit hoher Wahrscheinlichkeit bis zu ihrem hoffentlich späten Ableben auch nicht in einem Strafverfahren vor einem Gericht stehen. Warum ist sie in Ihren Augen, nach Ihrer Definition eine Straftäterin?

Herr Schröder (CDU):

Sehr geehrter Herr Kollege Gallert, ich habe gesagt, was ich dazu sagen kann. Ich unterstelle Ihrer betagten Dame selbstverständlich nicht, dass sie Straftäterin ist. Das linksextremistische Personenpotenzial war von mir so gemeint, wie es im Verfassungsschutzbericht steht.

Nichtsdestotrotz ist die Zahl der tatsächlichen Kriminalitätsfälle, die die dem linken Spektrum zugeordnet werden, ebenfalls unbefriedigend hoch. Im Jahr 2013 waren es die besagten 323 Fälle. Bei den Übergriffen auf Staat und Polizei ist sogar ein Anwachsen der Zahl dieser Fälle zu konstatieren.

Der Grund für die Besorgnis ist damit nicht in Abrede gestellt. Aber ich sage es an dieser Stelle noch einmal: Gemeint war das linksextremistische Personenpotenzial.

Präsident Herr Gürth:

Es gibt weitere Nachfragen von dem Kollegen Striegel und dem Kollegen Höhn. Möchten Sie diese beantworten?

Herr Schröder (CDU):

Ja, gern.

Präsident Herr Gürth:

Bitte sehr, Herr Striegel.

Herr Striegel (GRÜNE):

Herr Kollege Schröder, Sie haben hier ein Zitat zur klassenlosen Gesellschaft vorgetragen, haben auch die Quelle genannt. Ich habe eine erste Frage: Können Sie mir kurz erläutern, worin das Problem zwischen der verfassungsgemäßen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland und einer klassenlosen Gesellschaft besteht? Ich muss die klassenlose Gesellschaft nicht anstreben, aber wo wäre der Konflikt mit unserer Verfassung, wenn sie jemand anstrebt?

(Unruhe bei der CDU)

Zweite Frage: Ist Ihnen bekannt, dass auch die CDU in Ihren Anfängen für einen demokratischen Sozialismus christlicher Prägung eingetreten und eingestanden ist?

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Unruhe bei der CDU)

Herr Schröder (CDU):

Herr Striegel, zur Definition des Wortes Linksextremismus. Das ist kein Begriff, der in der Wissenschaft sonderlich stark anerkannt ist; doch es gibt natürlich Definitionen. „Linksextremismus“ ist ein Sammelbegriff für die politischen Strömungen innerhalb der politischen Linken, die die parlamentarische Demokratie und den Kapitalismus ablehnen und diese durch eine egalitäre Gesellschaft ersetzen wollen.

Das ist das, was man zahlreichen Wortmeldungen, Programmatiken und im Übrigen auch Urteilen von Gerichten entnehmen kann, nämlich dass das gleichzeitig mit Bestrebungen einhergeht, die freiheitlich-demokratische Grundordnung infrage zu stellen, das System abzulehnen, auf die Überwindung des Systems abzustellen. Das ist eindeutig nicht identisch mit dem, was Sie aus der christlichen Soziallehre und aus Diskussionsprozessen vor Jahrzehnten ableiten.

Ich halte dem entgegen, dass die CDU als Landespartei vor Kurzem ein Grundsatzprogramm verabschiedet hat, in dem sie klargemacht hat, dass politischer und religiöser Extremismus bei uns keinen Platz hat und dass er mit der Verfassung unvereinbar ist.

(Herr Lange, DIE LINKE: Das stimmt nicht!)

- Auf Seite 44 des Programms können Sie das gern nachlesen.

(Herr Lange, DIE LINKE: Aber es stimmt nicht!)

Deswegen können wir als Volkspartei auch nicht in unseren Reihen Strömungen oder landesweite Zusammenschlüsse zulassen, die genau diese Unschärfe in diesen extremistischen Bereich bringen.

Das tun wir nicht - im Gegensatz zu anderen Parteien hier, die für sich Normalität in Anspruch nehmen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das, was wir Ihnen nicht durchgehen lassen können. Sie mögen nun die Kalter-Krieger-Kiste auspacken, wie Sie wollen. Sie können davon nicht ablenken.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Ablenken?)

Präsident Herr Gürth:

Die nächste Frage wäre, wenn Sie diese beantworten möchten, eine Frage des Abgeordneten Höhn.

Herr Höhn (DIE LINKE):

Herr Schröder, ich habe zuerst gedacht, dass sich meine Frage mit der Frage von Herrn Striegel erledigen würde. Aber ich frage doch noch einmal: Sie haben auf das Erfurter Programm meiner Partei hingewiesen - das ist das aktuell gültige Grundsatzprogramm -

(Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

und haben uns in diesem Zusammenhang vorgeworfen, dass wir uns darin zum demokratischen Sozialismus bekennen. Sie haben das in den allgemeinen Kontext gestellt, dass sich dadurch eine Art Ablehnung des Parlamentarismus zeigt, dass das linksextrem sei - ich weiß jetzt nicht mehr, was noch alles dazu kam.

Deswegen möchte ich die Frage jetzt anders, in eine andere Richtung stellen: Ihnen ist hoffentlich bekannt, dass sich Ihr aktueller Koalitionspartner in seinem Programm - ich habe extra noch einmal nachgesehen - mit Stolz auf die Werte des demokratischen Sozialismus beruft.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und von Herrn Erben, SPD - Herr Gallert, DIE LINKE: Das ist nicht so schlimm, wenn es der eigene Koalitionspartner ist!)

Herr Schröder (CDU):

Wissen Sie,

(Zurufe von der LINKEN)

- ja, ja - da gibt es schon kräftige Unterschiede. Sie unterstellen durchaus zu Recht, dass es uns gelegen kommt, auf die Unterschiede im Hinblick auf das, was man unter Sozialismus verstehen kann, hinzuweisen. Kommunisten, die es nicht so eilig haben, als demokratische Sozialisten zu bezeichnen, ist Ihre Sache.

Es geht übrigens gar nicht um die Frage, was unter dem Begriff demokratischer Sozialismus dezi-

diert zu verstehen ist bzw. welche Unterschiede es da gibt. Ich habe mir nur erlaubt, darauf hinzuweisen, dass der Ursprung dieses Satzes aus dem April 1946 stammt, nämlich von dem SED-Vereinigungsparteitag im Jahr 1946; darauf habe ich hingewiesen. Da ging es um den demokratischen Weg zum Sozialismus durch die SED.

Die zweite Sache: Ablehnung des Parlamentarismus. Ich habe gar nicht behauptet, sondern ich habe zitiert, dass Sie in Ihrer Partei Zusammenschlüsse und Vereinigungen zulassen, die ausdrücklich sagen, dass sie den parlamentarischen Pragmatismus, den Sie hier üben, ablehnen. Das sei ein Korruptionsmechanismus des Systems; sie lehnen ihn ab. Wenn parlamentarische Arbeit überhaupt sinnvoll sei, dann nur deshalb, um für Protest und Widerstand gegen das System auf der Straße instrumentalisiert und missbraucht zu werden.

Das ist der Auftrag. Das Parlament soll das Futter für die Revolution draußen liefern. Das ist das, was in Ihren Zusammenschlüssen, in Ihrer Partei gefordert wird. Das ist genau die Brücke hin zu diesem Lager. Für diese ist Gewaltausschluss kein Thema. Dort steht absichtlich: breites Bündnis, gesellschaftliche Akzeptanz für tiefgreifende Veränderungen von revolutionärer Tiefe. Klassenlose Gesellschaft ist der Schlüsselbegriff für das Wort Kommunismus.

Das sind die Dinge, die Sie tun, damit Sie in diesem Bereich der Protestgesellschaft auch Ihre Stimmen und Wähler haben. Das ist der Punkt. Das ist der Spagat, den Sie machen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Es gab eine weitere Anfrage. Die würde ich noch zulassen, wenn Sie sie beantworten möchten.

Herr Schröder (CDU):

Gerne.

Präsident Herr Gürth:

Herr Abgeordneter Hoffmann, bitte.

Herr Hoffmann (DIE LINKE):

Herr Schröder, ich muss Ihnen leider sagen: Durch Ihre Ausführungen fühle ich mich persönlich in meinem politischen Handeln und in meinem Wirken ziemlich diskreditiert und diffamiert.

(Zustimmung bei der LINKEN - Oh! bei der CDU - Herr Lange, DIE LINKE: Das will er ja! Das will er doch nur!)

Ich möchte Ihnen versichern, dass ich für mich persönlich in Anspruch nehmen kann, jegliche

Form politisch motivierter Gewalt und jede Form von Radikalismus abzulehnen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Herr Lienau, CDU: Das ist schön!)

Herr Schröder (CDU):

Das begrüße ich.

Herr Hoffmann (DIE LINKE):

Ich glaube, das wird man mir auch abnehmen. So habe ich das zumindest akustisch vernommen.

Herr Schröder (CDU):

Ja.

Herr Hoffmann (DIE LINKE):

Ich möchte Ihnen eine kurze Textpassage vorlesen:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.“

Ich will Sie gar nicht fragen, ob Sie wissen, woher das ist. Ich sage es Ihnen: Es ist aus Ihrem eigenen Ahlener Programm, und zwar infolge auch des Zweiten Weltkriegs. Ich muss sagen: Die Systemfrage steckt auch hierin.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Herr Schröder (CDU):

Zunächst möchte ich Ihnen persönlich sagen, dass es nicht meine Absicht war und ist, Sie zu diskreditieren.

Herr Hoffmann (DIE LINKE):

Zu spät.

Herr Schröder (CDU):

Ich habe ausschließlich öffentlich zugängliche Zitate von Strömungen und Zusammenschlüssen in Ihrer Partei zitiert, bei denen ich davon ausgehe, dass Sie diesen Strömungen nicht angehören. Sonst hätten Sie das so nicht gesagt. Damit sind Sie auch nicht gemeint.

Der andere Punkt, den Sie vorgelesen haben, ist der, an einer besseren Gesellschaft zu arbeiten. Das hat nichts mit Linksextremismus zu tun.

Herr Hoffmann (DIE LINKE):

Ach so.

Herr Schröder (CDU):

Das CDU-Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft und nicht zum Manchester-Kapitalismus ist eine unserer grundlegenden Begründungen für die christlich-demokratische Politik in diesem Land. Das sind Veränderungsprozesse, die mit dieser Frage hier gar nichts zu tun haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön. Weitere Nachfragen gibt es nicht.
- Für die Landesregierung spricht nun Herr Innenminister Stahlknecht.

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In den frühen Morgenstunden des 28. September 2012 werden mehrere Farbbeutel gegen das Gebäude der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Berlin geworfen. Im Internet erscheint auf der einschlägigen Internetplattform „linksunten.indymedia.org“ nur wenige Stunden später ein Bekennerschreiben.

Als Begründung für die Tat wird Kriegstreiberei genannt. Das Land wird als Handlanger der zivil-militärischen Zusammenarbeit der Kriegsindustrie und der kriegstreibenden BRD bezeichnet. Ausdrücklich wird Bezug genommen auf das Gefechtsübungszentrum der Bundeswehr in der Altmark. Sachsen-Anhalt unterstütze und fördere damit als Komplize der Bundeswehr das Töten. Man werde wiederkommen, weiter markieren, blockieren und sabotieren. Die Aktion ist Teil der sogenannten „War starts here - let's stop it here!“-Kampagne - Krieg beginnt hier - lasst ihn uns hier stoppen! -, die seit Juni 2011 europaweit antimilitaristische Aktivitäten organisiert.

In diesen Rahmen eingebettet fand im Juli 2013 das zweite Camp in unmittelbarer Nähe des Gefechtsübungszentrums statt. Die überwiegende Zahl der Veranstaltungen verlief zweifelsohne friedlich. Allerdings drangen unbekannte Täter in die in der Nähe befindliche Elb-Havel-Kaserne ein und brachten an einer Reihe von Bundeswehrfahrzeugen Brandsätze an. Obwohl nicht alle zündeten, entstand letztlich ein Millionenschaden.

In einer auf der Internetseite des Camps veröffentlichten Pressemitteilung wurde diese Tat wie folgt kommentiert - ich zitiere -:

„Wir begrüßen Aktivitäten, die ein deutliches Zeichen gegen Militarisierung setzen und keine Menschenleben gefährden. Was in Havelberg passiert ist, bewerten wir als eine Aktion zur Abrüstung von Kriegsgerät.“

(Herr Schröder, CDU: Hört, hört!)

Am 10. März 2014 wurde die Landesgeschäftsstelle der CDU in Magdeburg angegriffen. Herr Gallert, falls Sie jetzt ausführen wollen, dass auch Ihre Büros angegriffen worden sind, dann sage ich: Das stimmt, aber es geht nicht darum, Unrecht gegeneinander abzuwägen, sondern die Gesamtheit des Unrechts ist entscheidend.

(Beifall bei der CDU)

Farbgläser wurden gegen die Fassade des auch von anderen Mietern genutzten Bürohauses geworfen. Auf dem Gehweg wurde der Schriftzug „Feuer und Farbe der Repression“ - Herr Schröder zitierte ihn bereits - aufgebracht.

Auch hierzu war nur wenige Tage später ein Bekennerschreiben im Internet zu finden. Dieses Mal war die Verurteilung eines Antifaschisten aus Burg zu zwei Jahren Haft auf Bewährung Motiv des Handelns. Das Urteil wurde als - ich zitiere - „nur eine von etlichen Repressionsmaßnahmen gegen AntifaschistInnen aus Burg“ dargestellt. Die CDU-Geschäftsstelle wurde gezielt ausgewählt, da die - ich zitiere - „Kriminalisierung und Zerschlagung linker Strukturen eine gezielte Kampagne des Innenministeriums zu sein scheint, allen voran Innenminister Stahlknecht“.

Das war der zweite Angriff auf das Gebäude innerhalb von nur zwei Monaten. So warfen am 18. Juni 2013 während der Versammlung anlässlich der Bombardierung der Stadt Magdeburg im Zweiten Weltkrieg etwa 20 schwarz gekleidete und verummte Personen rund 30 Pflastersteine gegen die Fassade.

Die bisherigen polizeilichen Ermittlungen kommen zu dem Resultat, dass es sich in beiden Fällen um gezielt vorbereitete Aktionen der linksextremistischen Szene gehandelt hat. Die Handlungen waren keine Spontanaktionen oder einfache Sachbeschädigungen, sondern das Tatobjekt wurde gezielt und bewusst ausgewählt und die verwendeten Tatmittel zudem aufwendig vorbereitet. In beiden Fällen sind die polizeilichen Ermittlungen noch nicht abgeschlossen.

Meine Damen und Herren! Das Phänomen links-extremistischer Straftaten ist bundesweit zu beobachten. Zumeist sind es Parteibüros, Jobcenter, Gerichtsgebäude, Firmenfahrzeuge, die mit Steinen oder Farbbeuteln beworfen oder sogar in Brand gesetzt werden. In einigen Fällen war es nur dem schnellen Handeln der Feuerwehr oder der Polizei zu verdanken, dass keine Personen zu Schaden gekommen sind.

Es geht in der heutigen Debatte ganz eindeutig um die Distanzierung von jeder - Herr Gallert, ich betone: jeder - Form von Gewalt zur Durchsetzung politischer Meinungen oder Ansichten. Steine, Farbbeutelwürfe oder Brandanschläge dürfen in einer Demokratie keine Mittel zur Durchset-

zung von Interessen- und Willensbekundungen sein.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der LINKEN)

Die Auseinandersetzung mit einem Thema bedeutet dabei nicht, dass man sich nicht auch mit anderen wichtigen Themen befassen kann.

Auf die heutige Debatte bezogen heißt das, dass es wichtig ist, auch andere Formen des politischen Extremismus sowie der politisch motivierten Kriminalität zu beleuchten. Das haben wir in diesem Hohen Hause, insbesondere was den Rechtsextremismus angeht, mehrfach gemeinsam getan. Das gemeinsame Wollen beim Bekämpfen dieser Extremismusform verbindet uns und das ist auch gut so.

Allerdings haben uns die Vorfälle der jüngsten Vergangenheit, bundesweit und leider auch in Sachsen-Anhalt, dazu veranlasst, heute einmal nicht den Rechtsextremismus, sondern den Linksextremismus in den Mittelpunkt zu rücken und darzulegen, dass auch dort schwere Straftaten begangen werden.

Hinzu kommt, dass das Niveau der linksextremistischen Gewalt in Deutschland über die letzten Jahre hinweg stetig angestiegen ist und in qualitativer wie in quantitativer Hinsicht eine besondere Herausforderung für die Sicherheitsbehörden darstellt. Besonders beunruhigend ist dabei die Feststellung, dass vor allem die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung gegenüber Personen und auch Polizistinnen und Polizisten nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern in der gesamten Bundesrepublik sinkt.

Dieser Entwicklung sehen wir mit großer Sorge im Hinblick auf eine Verharmlosung entgegen, weil es eben nicht darum gehen kann, Gewalt zu verharmlosen oder sie zu tabuisieren. Es muss im Selbstverständnis jeder demokratischen Partei liegen, sich ebenso klar und deutlich, wie wir das beim Rechtsextremismus gemeinsam tun, auch von linker Gewalt zu distanzieren.

Dabei geht es mir, der ich hier als Minister rede, nicht um die Frage von Parteiprogrammen, sondern es geht um das Bekenntnis, dass wir uns als Demokraten in einem demokratischen Staat von jeder Form von Gewalt, sei sie linksextrem oder rechtsextrem, distanzieren.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD, von Frau Bull, DIE LINKE, von Herrn Gallert, DIE LINKE, und von der Regierungsbank)

Linksextremisten zielen ganz eindeutig auf die Beilegung unserer demokratischen Grundordnung ab. Bedeutsame Aktionsfälle der linksextremistischen Szene sind insbesondere: Antirepression, Antimilitarismus, Antifaschismus, Antirassismus und Antikapitalismus.

Ende des Jahres 2012 lag das entsprechende Personenpotenzial - so will ich es einmal nennen - bundesweit bei ca. 30 000 Personen, in Sachsen-Anhalt bei ungefähr 520 Personen. Die Zahl wurde eben schon erörtert.

Gefährlich für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind im besonderen Maße die etwa 7 000 gewaltbereiten Linksextremisten. Diesen rechnen wir in Sachsen-Anhalt etwa 230 Personen zu.

Das gewaltbereite linksextremistische Spektrum wird in der öffentlichen Wahrnehmung vorwiegend durch die autonome Szene geprägt. Autonome lehnen im Kern jene Form gesellschaftlicher und staatlicher Normen ab. Sie beabsichtigen die Überwindung des herrschenden Systems und sehen Gewalt ganz selbstverständlich als ein legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen an.

Die Anwendung von Gewalt, auch gegen Personen, halten Autonome zum Erreichen ihrer Ziele für erforderlich. In Einzelfällen, insbesondere bei Konfrontationshandlungen, links, rechts und gegen Polizeibeamte, ist die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt deutlich herabgesetzt und bedauerlicherweise zum Teil überhaupt nicht mehr vorhanden.

Mit ihren Handlungen hoffen diese Personen auf eine öffentliche Wahrnehmung der eigenen politischen Vorstellungen, insbesondere in den Medien. Zunehmend richten sich die Aktionen gegen Vertreter des Staates, im eigenen Sprachgebrauch: gegen den Repressionsapparat. So hat es heute Morgen wieder einen Farbanschlag auf eine unserer Polizeidienststellen gegeben, auf der dann stand: „Repression“. Auch dieses ist wohl eindeutig diesem Spektrum zuzuordnen.

Genau hier - so habe ich es verstanden - setzt die heutige Aktuelle Debatte an: linksextremistische Bestrebungen und insbesondere gewaltbereite Linksextremisten eben nicht aus dem Auge zu verlieren oder sie zu verharmlosen, sondern diese genau wie alle anderen extremistischen Bestrebungen gesamtgesellschaftlich zu ächten.

(Zustimmung von Herrn Weigelt, CDU, von Herrn Wunschinski, CDU, und von Herrn Thomas, CDU)

Wir haben gemeinsam immer gesagt, wir wollen nicht auf dem rechten Auge blind werden, aber wir wollen es eben auch nicht auf dem linken Auge.

(Zustimmung bei der CDU)

Der Linksextremismus betrachtet den demokratischen Rechtsstaat als seinen Feind. Vor diesem Hintergrund sind dann auch seine bevorzugten Ziele zu verstehen. Ich sagte es bereits, aber man kann es nicht oft genug wiederholen: Einrichtungen des Staates, der Sicherheits- und Ordnungsbehörden.

Die Befassung mit diesem Thema bedeutet auch nicht, andere extremistische Bestrebungen in diesem Land - auch das will ich wiederholen - nicht mit der gleichen Intensität zu bekämpfen.

Die Notwendigkeit der Aktuellen Debatte wird aus meiner Sicht auch daran deutlich, dass in Deutschland mehr als die Hälfte aller politisch motivierten Gewaltstraftaten durch linke Straftäter verübt wird. In Sachsen-Anhalt betrug der Anteil linksmotivierter Gewaltdelikte an allen politisch motivierten Gewaltdelikten im Jahr 2013 45 %.

Damit bestätigt sich auch in Sachsen-Anhalt der Trend, dass sich diese Zahl über die vergangenen Jahre hinweg immer mehr der Zahl rechtsmotivierter Gewaltdelikte, die gerade einmal 6 % mehr darstellen, annähert. Im Jahr 2009 betrug das Verhältnis rechter zu linken Gewalttaten noch 55 % Rechtsextremismus und 39 % Linksextremismus. Wir sind jetzt auf einem Weg, wo sie sich das Feld nahezu teilen.

Auch bei den erwähnten Konfrontationsdelikten, Straftaten mit politischer Motivation gegen den direkten politischen Gegner oder Staat und/oder Polizei, sind Gewaltdelikte überproportional vertreten. Hier registrierte die Polizei im Jahr 2013 in jedem zweiten Fall von Straftaten bei solchen Tatdelikten eine linke Motivation - in jedem zweiten Fall.

An der Gesamtzahl der in unserem Land polizeilich registrierten Straftaten mit politischer Motivation hatten im Jahr 2013 die rechtsmotivierten Delikte einen Anteil von knapp 73 %. Hierbei muss man jedoch sehen, dass ca. 71 % davon so genannte Propagandadelikte, Zeigen des Hitlergrußes, Hakenkreuzschmierereien oder das Abspielen rechtsextremistischer Tonträger, sind. Linksextreme Propagandadelikte sind nicht strafbewehrt.

Betrachtet man daher die Gesamtzahl der Delikte ohne diese für den Phänomenbereich rechts typischen Propagandastraftaten, stellt sich ein fast ausgeglichenes Bild dar: 390 Straftaten politisch motiviert rechts stehen 320 Straftaten politisch motiviert links gegenüber. Das sind vergleichbare Zahlen; denn Propagandadelikte können eben nicht zum Vergleich herangezogen werden, weil es linke Propagandadelikte, die strafbewehrt sind, nicht gibt.

Auf der bundesweiten Gremienebene wird seit Jahren das Ansteigen der politisch motivierten Kriminalität links - und hierbei insbesondere der Gewaltdelikte - mit Sorge zur Kenntnis genommen. Seit dem Jahr 2010 gibt es eine zwischen den Polizeien der Länder und den Verfassungsschutzbehörden abgestimmte Gesamtkonzeption zur Bekämpfung der politisch motivierten Gewaltkriminalität links bzw. des gewaltorientierten Linksextremismus.

Zusammenfassend meine ich, dass die dargestellten Zahlen und insoweit eben auch die bundesweite Befassung mit dem Linksextremismus die Notwendigkeit zeigen, dass wir jetzt anfangen sollten, uns mit der gleichen Intensität, mit der wir uns gegen Rechtsextremismus gewendet haben, auch gegen diese Form von Extremismus zu wenden.
- Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU, von Frau Niestädt, SPD, und von Herrn Born, SPD)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Minister. Es gibt eine Reihe von Anfragen. - Als Erster fragt Herr Gallert.

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Bitte.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Herr Stahlknecht, ich war etwas irritiert, weil Sie ausdrücklich mich ansprachen, als Sie den Satz aussprachen, dass Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung ist. Jetzt weiß ich, dass der Kollege Schröder eine umfangreiche Zitatensammlung hat, möglicherweise auch Sie im Innenministerium.

(Zustimmung von Herrn Striegel, CDU)

Dazu würde mich interessieren, ob Sie irgendein Zitat oder eine Äußerung von mir finden, wo ich das in irgendeiner Art und Weise in Zweifel ziehe.

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Ich weiß gar nicht, wie Sie darauf kommen, Herr Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Sie sprachen mich mit dem Satz ausdrücklich an.

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Ich bin ein netter Mensch und da habe ich Sie einfach einmal angesprochen. Ich habe nur den Fragen sehr ausdrücklich zugehört, die Sie, Herr Gallert, in dem Dialog mit Herrn Schröder geführt haben.

Ich habe Ihnen eben nur gesagt, da ich Ihren Enthusiasmus gegen Rechtsextremismus kenne, dass es nicht darum geht, das eine gegen das andere aufzurechnen, sondern darum, beides zu adieren.

Ich habe mir erlaubt, das in Ihre Richtung anzusprechen. Das müssen Sie nicht persönlich nehmen in der Weise, dass Sie, Herr Gallert, glau-

ben, ich unterstelle Ihnen, Sie würden Straftaten begehen. Ich weiß gar nicht, wie Sie darauf kommen.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Nun ja. Danke.

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Dann seien Sie doch beruhigt.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Eine weitere Frage? - Kollegin Tiedge.

Frau Tiedge (DIE LINKE):

Herr Minister, eingedenk der verbrecherischen Geschichte von 1933 bis 1945 frage ich Sie, was am Antirassismus und am Antifaschismus gefährlich ist.

(Zustimmung und Beifall bei der LINKEN)

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Damit machen Sie ein ganz anderes Feld auf.

(Zuruf: Darum geht es doch gar nicht!)

- Nun lassen Sie mich doch einmal! - Wir haben uns und der Welt mit einer Wahl im Jahr 1933 unglaublich viel zugemutet. Eine schwache Demokratie in der Weimarer Republik hat am Ende die Demokratie auf einem Silbertablett denjenigen serviert, die sie abschaffen wollten.

Das System von 1933 bis 1945 ist eine Last für die Welt, in dessen Verantwortung wir als Deutsche auch zukünftig stehen werden. Ohne 1933 hätte es auch nicht ein geteiltes Deutschland gegeben.

Ich bin der Auffassung - ich will es einmal höflich formulieren, damit wir jetzt nicht eine andere Debatte bekommen -, dass es in diesem Teil Deutschlands im Jahr 1989 das erste Mal wieder Freiheit gegeben hat.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich ist es aufgrund dieser historischen Verantwortung gerecht, gegen Rassismus zu sein. Es ist richtig, gegen Faschismus zu sein. Aber die Frage ist, Frau Tiedge, was sich unter diesen Begriffen sammelt.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Wenn sich unter diesen Begriffen wieder Leute sammeln, die am Ende ein System schwächen wollen, um es wieder auf dem silbernen Tablett Leuten zu servieren, die einen anderen Staat wol-

len, der den Menschen Wohltaten verspricht und diese nur durchsetzen kann, wenn er ihnen die persönliche Freiheit nimmt, dann bin ich schon dafür, dass wir dagegen kämpfen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Es gibt eine weitere Frage. - Herr Abgeordneter Wagner.

Herr Wagner (DIE LINKE):

Danke schön, Herr Präsident. - Herr Stahlknecht, ich habe an Sie als Fachminister zwei Fragen.

Als Beispiel für Linksextremismus hat der CDU-Fraktionsvorsitzende Schröder vorhin ein Zitat verwendet, welches aus der Feder von Rechtsextremisten stammt. Von der Kollegin Quade daraufhin angesprochen, meinte er, dass dieses schließlich austauschbar sei.

Hierzu meine erste Frage, ob Sie als Fachminister diese formulierte Austauschbarkeit genauso sehen oder ob Sie durchaus Unterschiede zwischen der Propaganda des Rechtsextremismus und den linksextremistisch motivierten Propagandaten sehen.

Die zweite Frage ist auch fachlicher Art. Sie haben die vermeintliche gleiche Gefährdungslage von Linksextremismus und Rechtsextremismus im Wesentlichen mit der Statistik von Propagandadelikten begründet. Warum haben Sie in dem Punkt insbesondere jene Straftaten nicht erwähnt, die Gewalttaten waren und die sogar den Tod von Menschen zur Folge hatten, und zwar mehr als 150 Straftaten in Sachsen-Anhalt seit 1990 - Entschuldigung, in Deutschland, 13 in Sachsen-Anhalt.

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Wir haben Ihnen Zahlen genannt, die für politisch motivierte Kriminalität entscheidend sind. Das sind Statistiken, die im Bundesdurchschnitt überall gleich gehalten werden.

Wenn Sie hier die Frage stellen, was die Aufarbeitung angeht, dann bin ich Ihnen dafür richtig dankbar.

Was die Aufarbeitung von Todesfällen angeht, die möglicherweise einen politisch rechten Hintergrund gehabt haben könnten, gibt es den Journalisten Herrn Jansen von einer großen Berliner Tageszeitung.

(Frau Tiedge, DIE LINKE: „Tagesspiegel“!)

Ich habe als Minister veranlasst - Sachsen-Anhalt ist diesbezüglich das erste Bundesland -, dass

diese Fälle aufgearbeitet werden. Wir haben dann gemeinsam mit meiner Kollegin Frau Kolb diese Fälle untersucht. Wir haben es in drei Fällen korrigiert. Wir haben eine Expertise geschaffen, die Sie gern lesen können. Insofern habe ich bei Ihnen diesbezüglich keinen Nachholbedarf, den Sie mir anmelden müssten. - Erste Aussage.

Die zweite Aussage dazu, was austauschbar ist. Wissen Sie, Herr Wagner, das kann eigentlich völlig dahingestellt bleiben. Entscheidend ist, dass Linksextreme und Rechtsextreme in einem ganz bestimmten Duktus ein System haben wollen, welches nicht dem entspricht, das wir haben wollen. Denn wir wollen in einem freien Land leben. Wir wollen in einem Land leben, in dem jeder seine Glaubenszugehörigkeit haben kann. Wir wollen in einem Land leben, in dem Meinungsfreiheit gilt und nicht verordnete Zufriedenheit.

Wir wollen auch in einem Land leben, in dem nicht die Gleichmacherei dahin geht, dass Leistung sich am Ende nicht mehr lohnt. Dazu, wozu dies geführt hat, können Sie sich gern einmal die Annalen von 1989 ansehen. Die DDR ist auch deshalb zugrunde gegangen, weil sie wirtschaftlich kaputt war. Sie war wirtschaftlich auch deshalb kaputt, weil sich Leistungsanreize aus diesem System nicht ergaben.

(Beifall bei der CDU)

Das sind Erfahrungen aus einer historischen Verantwortung.

Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen: Ich finde es gut, dass Sie mir die Fragen stellen. Das macht ja auch Freude. Aber ich verstehe eigentlich überhaupt nicht, warum Sie diese Fragen stellen. Wir haben doch nicht über Ihre Partei geredet.

(Herr Gallert, DIE LINKE, lacht - Herr Höhn, DIE LINKE: Ach, komm!)

- Herr Gallert, ich weiß gar nicht, an welcher Stelle ich Ihre Partei genannt habe.

(Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Wir haben vielmehr über linksextreme oder rechtsextreme Straftaten und Ausführungen geredet. Es würde doch reichen, wenn dieses Hohe Haus, ähnlich wie beim Rechtsextremismus, sich klar gegen jede Form von Linksextremismus bekennen würde. Das wäre doch ganz einfach.

(Beifall bei der CDU)

Daher verstehe ich im Augenblick - ich sage es einmal so - Ihre Unruhe nicht. Aber Sie, Frau Bull, werden es uns erklären, warum bei Ihnen so ein bisschen Unruhe ist - durch meinen Redebeitrag bestimmt nicht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Eine Frage oder eine Zwischenintervention? - Herr Abgeordneter Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Das ist jetzt eine Servicegeschichte, und zwar will ich Ihnen erklären, warum ich gelacht habe.

Präsident Herr Gürth:

Ich werde die Erklärung zulassen.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Danke. Es ist eine Intervention, eine erklärende Intervention. - Sie haben sich gewundert, dass ich gelacht habe, als Sie gesagt haben: Wir haben doch gar nicht über Ihre Partei geredet.

Ich bin davon ausgegangen, dass Sie nicht für sich selbst den Pluralis Majestatis verwenden. Ich habe gedacht, mit „wir“ meinen Sie Ihren Vorredner, den Kollegen Schröder, und sich. Der Kollege Schröder hat mehr oder weniger pausenlos über meine Partei geredet.

(Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Wenn Sie allerdings mit „wir“ ausschließlich sich selbst gemeint haben, dann haben Sie Recht. Dann war mein Lachen überflüssig. - Danke.

(Herr Lange, DIE LINKE: Dann hätten wir an anderer Stelle gelacht! - Heiterkeit bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Das war lediglich eine Intervention.

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Nee, nee.

Präsident Herr Gürth:

Das Wort erteilt der Präsident!

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Wenn ich von mir selbst in der Wir-Form reden würde, dann dürften Sie sogar lachen.

(Zuruf)

- Ich habe Herrn Schröder genau zugehört.

(Herr Thomas, CDU: Ich auch!)

Er hat Ihnen doch gar nicht unterstellt, dass Sie in Ihrer Partei linksextreme Straftaten begehen. Herr Schröder hat sich einem einzigen Aspekt zugewendet, den ich nicht vorgetragen habe. Er hat sich damit auseinandergesetzt, ob die von Ihnen

getroffene Wahl, jemanden in ein Gremium zu berufen, das sich hochsensiblen Aufgaben aussetzen muss, die richtige war. An diesem Punkt hat er Ihre Partei berührt; denn Sie haben mit Ihrer Fraktion sozusagen jemanden berufen wollen, der möglicherweise nicht den Anforderungen entspricht. Das habe ich nicht näher zu kommentieren. Bei diesem Punkt hat Herr Schröder das einmal angesprochen.

Aber in der Schnittmenge, in der wir über links-extreme Gewalt gesprochen haben, hat mein Kollege Herr Schröder in keiner Weise gesagt, dass Ihre Partei offen zum Kampf und zur Gewalt aufruft. Das habe ich jedenfalls hier vorn nicht so gehört.

(Beifall bei der CDU)

Herr Gallert (DIE LINKE):

Dann haben Sie an mir vorbei geredet.

Präsident Herr Gürth:

Wir fahren in der Aussprache fort. Als Nächste spricht für die Fraktion DIE LINKE Frau Abgeordnete Bull.

Frau Bull (DIE LINKE):

Meine Damen und Herren von der CDU, da haben Sie ja einen ordentlichen Topf zusammengerrührt; das will ich einmal so sagen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Offensichtlich hat die Sorge um die Arbeitsgemeinschaft meiner Partei, der LINKEN, dem Fraktionsvorsitzenden der CDU die Kraft zur Differenzierung geraubt. Dabei hat das allermeiste so viel miteinander zu tun wie der Fisch mit dem Fahrrad. Aber ich will gern den Versuch unternehmen zu sortieren.

Zunächst, meine Damen und Herren: DIE LINKE ist sehr wohl eine pluralistische Partei. Sie ist eine Partei, die den kritischen Diskurs befördert, und sie ist eine Partei, die Einspruch erhebt, und zwar insbesondere dann, wenn Menschen in ihrer Teilhabe behindert werden oder es ungerecht zugeht.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Das ist nicht in jedem Fall ein Alleinstellungsmerkmal - manchmal jedoch schon.

Und ja: DIE LINKE hat eine dezidiert kritische Position zu einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft. Aber, meine Damen und Herren, das ist heutzutage doch nun wirklich kein Alleinstellungsmerkmal mehr.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ich empfehle Ihnen das „Evangelii gaudium“, die frohe Botschaft Jesu. Dann werden Sie feststellen:

Der Heilige Vater persönlich ist derjenige, der in Sachen Kapitalismuskritik noch ordentlich eine Schippe drauflegt.

(Herr Striegel, GRÜNE: Alles Extremisten!)

Meine Damen und Herren! Nun teile ich das nicht alles. Aber bei Ihnen muss man ja Sorge haben, dass Sie zukünftig noch anfangen, den Papst mobben.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE - Herr Schröder, CDU: Willkommen beim Thema! - Herr Gallert, DIE LINKE: Katholiken ausschließen!)

Ich finde, das geht zu weit. Das geht zu weit, meine Damen und Herren.

Aber mal im Ernst: Kapitalismuskritik ist ebenso Bestandteil des Grundsatzprogramms meiner Partei wie das Ziel, diese Verhältnisse demokratisch zu verändern. In der LINKEN ist es genau wie in anderen Parteien auch - das ist kein Alleinstellungsmerkmal -: Bei uns gibt es Menschen mit sehr unterschiedlichen Biografien und Erfahrungen, auch politische. Wir haben einen Grundvorrat an Gemeinsamkeiten. Wir haben aber auch sehr unterschiedliche Ansichten - auch das ist Ausdruck von Demokratie -, und wir pflegen den offenen, sachlich geführten Streit, und zwar einen Streit um das beste Argument.

(Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

Wenn Sie ganze Heerscharen für die Recherche beschäftigt haben, dann wird Ihnen nicht entgangen sein, dass wir in unserer Partei ordentliche Kontroversen haben, dass es in meiner Partei gewisse Klassiker gibt, die sehr emotional aufgeladen und munter diskutiert werden. Das ist nicht alles vergnügungssteuerpflichtig. In der Tat: Sie haben eines mit der Antikapitalistischen Linken gemeinsam: Die wollen eine Regierungsbeteiligung der LINKEN verhindern.

(Herr Henke, DIE LINKE, lacht)

Es wird Ihnen auch nicht entgangen sein, dass ich mich persönlich - und mein Landesverband als solcher - ganz gelegentlich auch auf der Dartscheibe der einen oder anderen politischen Plattform meiner Partei wiederfinde. Die Erklärungen - das wird Ihnen auch nicht entgangen sein - klingen nicht alle wie politische Liebeserklärungen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Aber egal, welches Gewicht die Antikapitalistische Linke meiner Partei hat, und egal, ob man ihre Position teilt oder nicht: Ihr Demokratiefreundlichkeit oder Extremismus zu unterstellen, das ist nicht nur unverschämte, meine Damen und Herren, das ist auch absurd.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ganz nebenbei gesagt: Sie können sich ja einmal - wie ich - einen Sonntagnachmittag hinsetzen und 15 Seiten Gründungsaufwurf der AKL - so heißen sie - zu Gemüte führen. Was Sie darin nicht finden, ist zum Beispiel das Wort „Revolution“. Da kann man enttäuscht sein. Da kann man sich auch denken: Mensch, Leute, ihr seid auch nicht mehr das, was ihr mal wart.

(Herr Gallert, DIE LINKE, lacht - Zuruf von Herrn Schröder, CDU)

Aber Ihre Angriffe auf meine Partei, Herr Schröder, sind nichts weiter als ein durchsichtiges und zugleich hilfloses Reload einer erfolglosen Rote-Socken-Kampagne.

(Beifall bei der LINKEN - Herr Schröder, CDU: Ja, ja!)

Sie ziegeln hier etwas hoch, was einer rationalen Betrachtung nicht mehr standhält. Ich sage es einmal so: Ihnen muss ja ordentlich die Halskrause auf Null stehen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ein kapitalismuskritischer Diskurs, meine Damen und Herren, findet sich nicht nur in allen programmatischen Aussagen meiner Partei, der findet sich mittlerweile in so vielen wissenschaftlichen und kirchlichen Diskursen - damit meine ich jetzt nicht nur den Papst -,

(Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

in politischen Zusammenhängen, in sozialen Zusammenhängen, selbst im Altersdenken von Menschen. Das zeigt, wie schräg Ihre Debatte ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Statt des Arguments bemühen Sie nun allerlei Beschimpfungen und wedeln mit dem Geheimdienst. Dazu will ich Ihnen Folgendes sagen:

Erstens. Als eine Instanz, die über die vermeintliche Gefährdung von Demokratie bzw. den Schutz von Menschenrechten wacht oder entscheidet, hat sich der Verfassungsschutz hierzulande allerspätstens seit den - ich sage es einmal so - Machenschaften und Pannen im Zusammenhang mit den Morden des NSU in der Öffentlichkeit vollständig diskreditiert.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Auch ihre Extremismustheorie, meine Damen und Herren, verfehlt das Problem. Sie konstruieren sich eine Gesellschaft, in der eine vermeintlich gute Mitte dem vermeintlich bösen rechten bzw. linken Rand gegenübersteht. Das ist eine Milchbubenrechnung, meine Damen und Herren; denn das macht blind für Rassismus und Fremdenfeindlich-

keit in der Mitte der Gesellschaft. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Was wir stattdessen brauchen, ist eine Stärkung von Demokratie und eine Stärkung des kritischen Diskurses. Den muss man aushalten.

(Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

Aber den muss man nicht nur aushalten, den muss man auch befördern. Wir brauchen die Stärkung der Zivilgesellschaft als Korrektiv zur repräsentativen Demokratie. Ich weiß, da erschrecken Sie sich immer. Trotzdem: Das hat beispielsweise mit Geld und verlässlicher Förderung zu tun.

(Herr Bommersbach, CDU: Scheiden tut weh!)

Zweitens. Nun haben Sie geschickt das Spielfeld gewechselt, das ist sehr schlau, aber schenken werden wir es Ihnen deshalb trotzdem nicht. Als ich am vorvergangenen Dienstag die „Mitteldeutsche Zeitung“ aufschlug und die Details aus der Sitzung der PKK lesen konnte, war - ehrlich gesagt - mein erster Impuls: Wer ist denn jetzt hier das eigentliche Sicherheitsrisiko, meine Damen und Herren? Wer ist denn hier derjenige, der Geheimnisse ausplaudert?

(Beifall bei der LINKEN)

Damit, meine Herren Mitglieder der PKK - in dem Fall sind es auch nur Männer aus einer nicht näher genannten Partei -, haben Sie sich diskreditiert und niemand anderen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Den Angriff auf den stellvertretenden Landesvorsitzenden Jörg Schindler weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Alle Menschen in diesem Land haben das Recht auf anwaltlichen Beistand, Rechtsbeistand; das gehört zu den rechtsstaatlichen Basics. Das insbesondere denjenigen anzubieten, die sich menschenfeindlichen Ideologien entgegenstellen und mit strafrechtlichen Ermittlungsbehörden konfrontiert sind,

(Herr Schröder, CDU: Repression!)

ist ein legitimes Anliegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Um gar nicht erst Zweifel aufkommen zu lassen: DIE LINKE wird nicht darin nachlassen, Menschen und Aktionen gegen Naziaufmärsche und anderen rassistischen Krams zu unterstützen.

Um jetzt ganz speziell Ihrem Aufklärungsbedarf nachzukommen: Einen Satz aus Ihrer Presse-

mitteilung unterstützen wir - unterstütze im Übrigen auch ich - ausnahmslos: Auch die bestgemeinte Programmatik pervertiert durch Gewalt.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Minister Herrn Bischoff)

Wir - damit meine ich meine Partei als solche - haben keinerlei Zweifel daran gelassen, dass es für uns eine Grundprämisse ist, dies gewaltfrei und mit zivilgesellschaftlichen Mittel zu tun.

(Zuruf von der CDU: Ja, ja!)

Zu diesen Mitteln - das will ich auch ausdrücklich sagen - gehört nicht, Farbbeutel auf CDU-Zentralen zu werfen. Was mich aber wirklich umtreibt, sind die Drohungen, die damit verbunden sind,

(Zustimmung bei der LINKEN)

wenngleich ich auch klar sagen würde: Ich würde Ihrer Partei nicht die Nähe zur Gewalt unterstellen, auch wenn ich mich nicht wirklich erinnern kann, dass es sehr viele Pressemitteilungen Ihrerseits angesichts der Angriffe auf Wahlkreisbüros gab. Das kann aber an meinem Erinnerungsvermögen liegen.

(Unruhe bei der CDU)

Dazu gehört ausdrücklich auch nicht Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Aber zu diesen zivilgesellschaftlichen Mitteln gehören für mich ausdrücklich auch friedliche Sitzblockaden gegen Naziaufmärsche, so wie sie in mehreren großen Städten bereits erfolgreich Naziaufmärsche verhindert haben - in Halle, Erfurt oder Dresden -, und zwar mit der Unterstützung anderer Parteien - der SPD, der Bündnisgrünen -, mit der Unterstützung von Gewerkschaften, Verbänden und Kirchen.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich bin mir sicher, irgendwann werden auch die ersten CDU-Mitglieder dort sitzen. Ich verspreche Ihnen: Wir werden dann nicht herumrörgeln, sondern wir werden dann sagen: Herzlich willkommen!

(Beifall bei der LINKEN)

Vorerst sage ich Ihnen aber: Gerade im 25. Jahr der friedlichen Revolution sollten die demokratischen Parteien unzweifelhaft dafür stehen, dass allein Argumente den demokratischen Diskurs bestimmen und nicht platte Verunglimpfungen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Räumen Sie auf mit Ihrem geheimdienstlichen Tunnelblick. Zivilgesellschaft und Demokratie sind in diesem Land nicht nur stark genug, sondern, ich denke, sie leben davon, sich mit allerlei unterschiedlichen, darunter auch kruden Auffassungen auseinanderzusetzen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Meinungsfreiheit und Transparenz sind kein Sicherheitsrisiko, sondern Ausdruck lebendiger Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Präsident Herr Gürth:

Wir fahren in der Aussprache fort. Anfragen gibt es nicht. - Für die Fraktion der SPD spricht Herr Abgeordneter Miesterfeldt.

Herr Miesterfeldt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fast genau einem Jahr habe ich meiner Frau zum Geburtstag ein von einer Künstlerin in meinem Wahlkreis gemaltes Bild geschenkt. Es hängt jetzt über der Couch im Wohn- und Fernsehzimmer.

Was zeigt es? - Es zeigt das Porträt einer Marxistin, einer intimen Freundin Leo Trotzki's, die außerdem noch mexikanische Nationalistin war: Frida Kahlo.

Warum erzähle ich Ihnen das? - Ich erzähle Ihnen das deshalb, weil ich damit zum Ausdruck bringen will, dass die politische Diskussion über die jeweiligen Ränder nicht eindimensional geführt werden darf. Das hilft weder der Demokratie, noch bekämpft es den Extremismus in jedweder Form.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Überschrift dieser Aktuellen Debatte provoziert natürlich zu der Frage: Welcher Extremismus darf denn verharmlost werden? Ich beginne ich mit dem religiösen

(Herr Henke, DIE LINKE, lacht)

und sage - besonders in diesem Gebäude und angesichts meines beruflichen Hintergrunds -: Na, der schon überhaupt nicht, genauso wenig wie der linke und der rechte.

An die Nichtverharmlosung jedweden Extremismus schließt sich natürlich auch die Frage an: Mit welchem Extremismus dürfte denn sympathisiert oder gar kooperiert werden?

Was lehrt uns der Blick in die Geschichte? - Das ist heute schon angesprochen worden. Der Versuch der parlamentarischen Demokratie in der Weimarer Republik scheiterte auch und insbesondere an den linken und rechten Rändern. Die linken und die rechten Feinde von Freiheit, Demokratie und rechtsstaatlicher Ordnung zerstörten diese damals so junge Pflanze.

Was noch viel schlimmer ist oder zumindest genauso schlimm wie die Stärke der Ränder, war die Schwäche der Demokratie und insbesondere der Demokraten. Sie waren zu schwach und viel zu wenig wehrhaft.

Dass schon damals - übrigens genauso wie heute - die politischen Extremisten von links und rechts sich oft sehr viel näher sind, als man glaubte, will ich mit einem Zitat belegen - ich betone ausdrücklich: ich zitiere -:

„Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laternen, zertrampelt sie.“

Das ist kein Zitat von Joseph Goebbels, sondern ein Zitat aus einer Rede von Ruth Fischer, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, im Jahr 1923.

Viele von uns - die Älteren in mehrfacher Form - haben erlebt, dass der Nationalsozialismus und der Kommunismus/Stalinismus in seinen verschiedenen Intensitäten und nationalen Spielarten am Ende zu extremen Staaten geführt hat, die auf ihren extremen Weltanschauungen beruhten, so wie wir es heute vielleicht in einer besonderen Ausprägung in Nordkorea erleben und die Menschen dort erleiden müssen.

Was lehrt uns die noch jüngere Geschichte? - Die Rote-Armee-Fraktion und der Nationalsozialistische Untergrund bewiesen und beweisen die menschenverachtende Weltsicht der linken und der rechten Extremisten.

Vor einigen Jahren geriet ich in Magdeburg im Zusammenhang mit der Meile der Demokratie unter die Angehörigen des sogenannten schwarzen Blocks linker Autonomer. Ich werde die staats- und menschenverachtenden Reden, die ich dort gehört habe, nicht vergessen; menschenverachtend insbesondere dann, wenn man sich auf das besinnt, worüber wir gestern hier diskutiert haben, dass auch Polizisten zu den Menschen gehören.

(Zustimmung bei der SPD)

Mir wurde erneut klar: Wer die freiheitliche, rechtsstaatliche Ordnung verachtet, der verachtet letztlich auch die Menschen in ihr.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Die unrealistischen Menschenbilder linker und rechter Extremisten, ihre lebensfernen Utopien von der Gleichheit oder irgendeiner Ungleichheit der Menschen werden immer wieder zu Umerziehungslagern, Gulags und Konzentrationslagern führen, um die Menschen so zu machen, wie sie vielleicht sein sollten, oder um die ganz falschen zu vernichten.

Sehr gut ist das am Umgang der Extremisten untereinander zu erkennen. Wie zerpfückt sich gegenwärtig die extreme Rechte in Deutschland und auch in Sachsen-Anhalt? Wie geht man dort miteinander um? - Das ist alles nachlesbar.

Sperren Sie einen Anarchisten, einen Troztkisten und eine Stalinisten in ein Zimmer.

(Zuruf von Herrn Born, SPD)

Alles andere überlasse ich Ihrer Fantasie.

Welchen Lehren sollte man daraus ziehen? - Gemeinsam gegen den Faschismus zu sein, reicht eben nicht. Man sollte auch gemeinsam für Meinungsppluralität, für ein Mehrparteiensystem und - das betone ich besonders - für das Recht auf Opposition sein.

(Zustimmung bei der SPD und von Frau Bull, DIE LINKE)

Mehr an das rechte Spektrum gewandt, sage ich: Es ist zu wenig, nur für Ordnung zu sein, sondern man muss auch für demokratische Mehrheitsentscheidungen, das staatliche Gewaltmonopol und insbesondere die körperliche Unversehrtheit aller Menschen eintreten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die Debatte mit - das ist sehr schwierig - und auch gegen die Extremisten darf, wie gesagt, nicht eindimensional geführt werden. Sie ist unter rechtlichen, soziologischen und politischen Gesichtspunkten zu führen.

Geordnete wirtschaftliche und soziale Verhältnisse sind der Nährboden für die Demokratie; auch das lehrt die Weimarer Republik. Es schließt sich der Kreis zu unserer ersten aktuellen Debatte heute zu den Betriebsratswahlen.

Die Würde des Menschen zu respektieren, die Würde des Menschen nicht anzutasten, heißt auch, die Verfassung zu schützen - unter anderem auch mit einem gegebenenfalls zu qualifizierenden Verfassungsschutz.

„Mehr Demokratie wagen!“, wie es Willy Brandt gesagt hat, bedeutet auch, die Demokratie mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen ihre Feinde zu verteidigen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Abgeordneter Miesterfeldt. - Als nächster Redner spricht in der Aktuelle Debatte der Abgeordnete Herr Striegel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gewalt kann und darf kein Mittel politischer Auseinandersetzungen sein.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Angriffe auf Wahlkreisbüros und dort laufende Veranstaltungen, Sachbeschädigungen an Gebäuden demokratischer Parteien, Drohungen mit Straftaten können und dürfen nicht zur politischen Auseinandersetzung genutzt werden. Solche Sach-

beschädigungen sind zurückzuweisen. Ich spreche allen von diesen Taten Betroffenen, und damit Vertreterinnen und Vertretern aller vier im Haus sitzenden Fraktionen, meine Solidarität aus.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Ich kann persönlich, und zwar nicht erst, seitdem auch mein Büro Opfer eines Angriffs von Neonazis geworden ist, nachvollziehen, dass Angriffe auf Orte demokratischer Betätigung auch und besonders als persönliche Bedrohung empfunden werden. Mir ist klar, dass nicht nur Angriffe, sondern bereits Sachbeschädigungen und Drohungen diesen Effekt auslösen können. Besonders für die dort arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind solche Ereignisse eine Belastung.

All diese Taten unterschiedlicher Intensität und Art sind deshalb zurückzuweisen. Gewalt kann und darf - ich wiederhole das - kein Mittel politischer und demokratischer Auseinandersetzungen sein.

Aber geht es mit der von Ihnen beantragten Debatte zum Thema Linksextremismus um diese Art von Gewalt? Ist das Ihr Thema? - Ich meine, nein. Sie, Herr Schröder, nutzen diese Aktuelle Debatte zu etwas anderem. Hinter der vorangestellten vorgeblichen Sorge Ihrer Fraktion um die Demokratie steht der Wunsch, andere Fraktionen im Landtag als Schmutzkinder auf dem Marktplatz der Demokratie zu brandmarken.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Sie wollen DIE LINKE hier vorführen und unterstellen ihr eine Nähe zu denen, die als mögliche Täter der Sachbeschädigung an Ihrer Geschäftsstelle infrage kommen. Sie wollen gleichzeitig der SPD und uns GRÜNEN klarmachen: Spielt nicht mit den Schmutzkindern; singt nicht ihre Lieder; lasst Euch nicht auf Zusammenarbeit ein.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die Vorwürfe gegen DIE LINKE sind infam.

(Zustimmung von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Die impliziten Warnungen an SPD und GRÜNE sind getragen von Schwäche und Ausdruck der Angst, dass sich neue Mehrheiten in diesem Hause zukünftig auch jenseits der CDU ergeben könnten.

(Zustimmung bei der LINKEN - Herr Borgwardt, CDU: Woher wissen Sie das!)

Das aber wäre normal. Diese neuen Mehrheiten sind kein Zeichen von Gefahr für die Demokratie, ganz im Gegenteil, der regelmäßige Machtwechsel ist Zeichen einer lebendigen demokratischen Gesellschaft. Das mag angesichts von inzwischen einem guten Dutzend Jahren CDU-Regierungsbeteiligung im Land in Ihren Ohren

ungewöhnlich klingen, aber gewöhnen Sie sich besser daran.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ihre laufende Kampagne zum Thema Linksextremismus leidet an fehlendem Gehalt und mangelnder Tiefenschärfe. Ihre Extremismusbrille führt zu eingeschränktem Sehvermögen.

(Zustimmung von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE, von Frau Frederking, GRÜNE, und bei der LINKEN)

Sie betreiben mit Ihrem weiten und letztlich überspannten Bogen, vom Umgang mit Stasi-Unterlagen über Mitgliedschaften von LINKEN-Mitgliedern in Vereinigungen wie der AKL oder der „Roten Hilfe“ bis hin zu einer Sachbeschädigung an Ihrer Parteizentrale und nachfolgender Drohung, eine mit dem Zitat des Sozialwissenschaftlers Michael Kohlstruck zu beschreibende „strategische Moralisierung“ der sachsen-anhaltischen Landespolitik.

Ob Sie mit dieser Politik dem Anliegen einer differenzieren Befassung mit DDR-Geschichte einen Dienst erweisen, bezweifle ich. Der Aufarbeitung persönlicher Verstrickungen, das notwendige Gespräch um Täterschaften und Mitläufertum wird so kaum vorankommen. Die Farbschmierereien an der CDU-Zentrale stehen in keinem tatsächlichen oder ideologischen Zusammenhang mit dem in der DDR begangenen Unrecht.

Auch der Hinweis auf DIE LINKE geht fehl. Ich habe aus keinem Winkel dieser Partei eine - und sei es eine klammheimliche - Freude über die Sachbeschädigung am Eigentum der CDU vernommen. Es gibt auch keine Notwendigkeit für DIE LINKE oder andere Parteien hier im Haus, sich auf Ihre Aufforderung hin von Gewalt gegen Polizisten zu distanzieren. Alle im Haus lehnen seit jeher solche Gewalt ab.

(Zustimmung von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE, bei der LINKEN und von Minister Herrn Bischoff)

Auch die Diffamierung der LINKEN über die AKL verfängt nicht. Als CDU berufen Sie sich selbst permanent darauf, dass in einer Volkspartei die ganze Breite des politischen Spektrums zu finden sein muss. Abgesehen davon, dass die Ablehnung des Kapitalismus als Wirtschaftssystem in keiner Weise gegen die verfassungsgemäße Ordnung verstößt, ist ein programmatischer Einfluss der AKL auf DIE LINKE in Sachsen-Anhalt ganz offenbar nicht nachweisbar. Ich verweise nur auf einen Parteitagsantrag dieser Strömung, der null Stimmen der Delegierten bekam. Sie bauen, meine Damen und Herren, einen Popanz auf.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Herr Schröder, Sie laufen Gefahr, dass bei einem kritischen Blick auf die Reihen Ihrer Parteimitglieder auch der eine oder andere Sektierer ohne Einfluss auf die Parteilinie identifiziert wird. Homophobe Positionen kommen in der CDU vor.

(Herr Leimbach, CDU: Hey!)

Sie haben sich davon distanziert. Sie dulden aber, dass ein Bundestagsabgeordneter als Kuratoriumsvertreter einen wegen seiner kruden Seminarangebote aus dem Paritätischen Wohlfahrtsverband ausgeschlossenen Verein verteidigt.

Sie akzeptieren, dass im Plenum deutsch-national ausgerichtete neu-rechte Zeitungen in den Reihen Ihrer Fraktion gelesen werden. Vielleicht sollte die CDU mit Blick auf die eigene Bandbreite, die ich deswegen noch nicht als extremistisch brandmarken würde, als Volkspartei an dieser Stelle etwas mehr Entspannung an den Tag legen.

(Zustimmung von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE, und bei der LINKEN)

Ihre Kampagne zum Thema Linksextremismus bestätigt in beeindruckender Weise die seit Jahren geübte Kritik an der sogenannten Extremismustheorie, ihrer fehlenden Wissenschaftlichkeit und ihrem ausschließlich politischen Gehalt. In den Sozialwissenschaften trifft das Konstrukt Extremismus - ich glaube, auch Herr Stahlknecht hat darauf verwiesen - inzwischen auf breiten Widerspruch.

Von einem Theoriegebäude will ich angesichts der Unterkomplexität des Hufeisenmodells der Herren Jesse oder Backes kaum noch sprechen. Die sogenannte Extremismustheorie ist ein Relikt des kalten Krieges.

(Zustimmung von Herrn Höhn, DIE LINKE)

Diese Theorie war und ist nicht in der Lage, die Bedrohung der Demokratie sinnvoll zu beschreiben,

(Zustimmung bei der LINKEN)

sondern sie taugt über ihre willkürliche Definition einer normalen gemäßigten gesellschaftlichen Mitte und extremen bis extremistischen Rändern lediglich als politisches Diffamierungsinstrument. Sie spielen auf dieser Klaviatur eine Wahlkampfpolka. Das ist unredlich.

(Zustimmung von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE, und bei der LINKEN)

Die Extremismustheorie schließt in undemokratischer Weise Menschen und Organisationen aus dem demokratischen Diskurs aus. Sie sollen als Extremisten gebrandmarkt und damit unhörbar gemacht werden. Eine notwendige inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Positionen unterbleibt.

(Herr Kolze, CDU: Ach ja!)

Diese Auseinandersetzung ist aber notwendig, weil gerade das, was von solchen Sektierern zum Teil gesagt wird, nicht akzeptiert werden kann. Wir müssen uns inhaltlich damit auseinandersetzen. Gewalt hingegen wäre eine sinnvollere Beschreibungslinie und damit auch ein Unterscheidungsmerkmal.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, nutzen die Extremismustheorie und schaden damit der Demokratie. Statt sich mit den Positionen einer AKL auseinanderzusetzen und gegebenenfalls im demokratischen Widerstreit deren kapitalismuskritische Thesen zu widerlegen, zeichnen Sie diese als extremistisch. Das wirkt unsouverän.

Warum strahlt Ihr Demokratiemodell eigentlich nur hell, wenn Sie es gegen extremistische Dunkelfelder stellen? Das müssen Sie uns einmal erklären.

(Herr Borgwardt, CDU: Das sagt doch gar keiner! - Zustimmung bei der LINKEN)

Mir fallen heute genügend Gründe dafür ein, Demokratie und Menschenrechte aus sich selbst heraus leuchten zu lassen. Ihr Ansatz der Gleichsetzung zwischen rechts und links im Extremismusmodell ist geradezu gefährlich und widerwärtig.

(Zustimmung von Herrn Mewes, DIE LINKE)

Sie wollen damit eine Art von Empörungs- und Ächtungstransfer von der rechten auf die linke Gewalt auslösen. die in den vergangenen Jahren gewachsene breite zivilgesellschaftliche Verurteilung von rechter Gewalt auch gegen linke Gewalt mobilisieren. Wären beide Gewalttaten gleich, gebe es dafür gegebenenfalls sogar Begründungen. Sie sind es aber nicht.

(Zuruf von Herrn Rosmeisl, CDU)

Sowohl in der Deliktstruktur als auch in der Struktur der Tatverdächtigen lassen sich - was in der kriminologischen und soziologischen Forschung übrigens unumstritten ist - große Unterschiede feststellen. Diese betreffen auch die Tatschwere, sodass eine moralische Gleichsetzung von linken und rechten Delikten nicht gerechtfertigt erscheint.

(Oh! bei der CDU)

Angesichts von mindestens 180 Todesopfern rechter Gewalt und tausenden Verletzten durch rassistische, antisemitische, homophobe, behinderten- oder obdachlosenfeindliche Angriffe in den vergangenen 24 Jahren spottet diese Gleichsetzung jeder Beschreibung. Sie ist, meine Damen und Herren, infam.

(Zustimmung von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE, und bei der LINKEN)

Ich bin, Herr Schröder und Herr Rosmeisl, nicht bereit, Ihnen durchgehen zu lassen, dass Sie eine

jahrelange Mord- und Terrorserie des NSU, dass Sie rassistische Pogrome in den 90er-Jahren und andauernde Straßengewalt gegen Andersaussehende, Andersliebende und Andersdenkende gleichsetzen mit Farbschmierereien an Ihrer Parteizentrale und einer Bedrohung.

(Herr Rosmeisl, CDU: Das ist eine Unterstellung, was Sie machen!)

Der CDU gehört manches ins Stammbuch geschrieben, auch, dass sie Grund- und Freiheitsrechte zu wenig achtet. Es geht aber gar nicht, ihr diese Dinge mit Farbe an die Wand zu malen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Ich gehe davon aus, dass die beiden Wortmeldungen den Wunsch bekunden, als Fraktionsvorsitzende oder als Fraktionsvorsitzender zu reden. - Gut, dann hat zunächst Abgeordnete Frau Budde und anschließend Abgeordneter Herr Schröder das Wort.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Debatte ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Ich habe mich aus einem anderen Grund gemeldet. Wenn zwei vom demokratischen Sozialismus reden, obwohl beide nicht das Urheberrecht dafür haben, dann finde ich die Debatte immer besonders schön.

(Zustimmung von Herrn Erben, SPD, und von Frau Niestädt, SPD)

Darum will ich als Sozialdemokratin und als Fraktionsvorsitzende wenigstens zu dem Punkt noch einmal etwas sagen. Ich will für diejenigen, die es vor dem Jahr 1989 nicht richtig gelesen oder sich nach dem Jahr 1989 nicht mehr damit beschäftigt haben, ein bisschen Aufklärung betreiben.

Der Begriff „demokratischer Sozialismus“ taucht wirklich schon im Jahr 1920 im Zusammenhang mit der Reformdiskussion in der Sozialdemokratie und als Abgrenzung zum Begriff des Marxismus-Leninismus auf. Da wird er zum ersten Mal in dieser Form verwendet. Seit dem Jahr 1959 hat die SPD den Begriff durchgehend im Godesberger Programm, und er bleibt auch darin.

(Zuruf von Herrn Hoffmann, DIE LINKE)

Wir haben im Jahr 2003 eine sehr intensive Diskussion darüber geführt. Die Partei hat sich aus guten Gründen entschlossen, den Begriff im Programm zu behalten.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Es war schon mal raus!)

Ich will auch einmal darüber aufklären, was demokratischer Sozialismus denn heißt. Wenn man sich das anhand der Definition des Politikwissenschaftlers Thomas Meyer anguckt, dann ist das ein egalitäres Gerechtigkeitskonzept und das Bejahen des demokratischen Rechtsstaates. Es geht um die sozialverträgliche Eingrenzung des Privateigentums. Nichts anderes machen wir zum Beispiel in der Daseinsvorsorge überall in der Bundesrepublik.

Es geht auch darum, den Wirtschaftssektor politisch zu regulieren. Da sind wir bei der heute Morgen geführten Debatte über das Betriebsverfassungsgesetz und bei vielen anderen Dingen aus dem Bereich der Umweltpolitik oder aus anderen Politikbereichen, mit denen wir den Wirtschaftssektor natürlich politisch regulieren. Ich kann daran nichts Negatives finden.

Allerdings hat sich die SED den demokratischen Sozialismus nicht zu Eigen gemacht, verehrter Kollege Schröder. In dem Papier über die Vereinigung von KPD und SPD in der damaligen DDR steht nämlich genau das Gegenteil drin. Dort steht zum demokratischen Sozialismus, dass die Erfahrungen des Klassenkampfes bestätigen, dass der demokratische Sozialismus eine illusionäre Gesellschaftsauffassung ist, untauglich, um grundlegende soziale und politische Veränderungen im Interesse der Arbeiterklasse durchzusetzen. Da ist das Gegenteil von dem, was Sie gesagt haben. Ich finde schon, dass ich das hier richtigstellen muss.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN)

Diese Abwertung des Begriffes und auch des Inhaltes des demokratischen Sozialismus ist nämlich von der SED bis in die 70er-Jahre hinein als Propagandatitel des kalten Krieges genutzt worden. Demokratische Sozialisten oder demokratische Kommunisten, wie sie sich genannt haben - erinnert sei an Havemann, Biermann und Bahro -, wurden aus der SED ausgeschlossen, eben weil sie den demokratischen Sozialismus vertreten haben.

Deshalb will ich einmal mit einem Politiker enden, der in dieser Diskussion unverdächtig ist, nämlich mit Wilhelm Liebknecht; das ist noch älter. Er sagte:

„Sozialismus und Demokratie sind zwar nicht dasselbe, aber sie sind nur ein verschiedener Ausdruck desselben Grundgedankens; sie gehören zueinander, ergänzen einander und können nie miteinander im Widerspruch stehen.“

Wenn wir auf die Erfahrungen in der DDR zurückblicken, könnte man sich fragen, ob sich Wilhelm Liebknecht geirrt hat - Nein, er hat sich nicht geirrt.

Denn die DDR war kein demokratischer Sozialismus, sondern eine politische Diktatur.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Deshalb will ich meine Rede auch mit einem Satz von Wilhelm Liebknecht beenden - ich zitiere -:

„Weil wir die Untrennbarkeit der Demokratie und des Sozialismus begriffen haben, nennen wir uns Sozialdemokraten.“

Dem ist, glaube ich, nichts hinzuzufügen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön. - Als nächster Redner spricht der Fraktionsvorsitzende Herr Schröder.

Herr Schröder (CDU):

Ich glaube, die Debatte zeigt, dass es richtig war, das Thema hier anzusprechen. Wir liegen damit richtig, dass wir das Thema angesprochen haben, weil es - Frau Birke Bull hat es sehr schön gezeigt - eine Gratwanderung ist.

(Frau Bull, DIE LINKE: Nö!)

Es war hier vorn heute zum Beispiel auch eine Gratwanderung für Frau Bull, einerseits Solidarität zu üben mit einer lebendigen, diskursfähigen Partei und mit dem breiten Spektrum innerhalb ihrer Partei und sich andererseits klar von linker Gewalt bzw. von der Ausübung von Gewalt für das Erreichen politischer Interessen zu distanzieren.

Ich bedanke mich bei Frau Bull dafür, dass diese Distanzierung von linker Gewalt hier heute stattgefunden hat.

(Unruhe bei der LINKEN - Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

Dazu hatte ich ausdrücklich eingeladen.

(Oh! bei der LINKEN)

Aber das zeigt eben auch die Gratwanderung der LINKEN. Man hinterfragt das System mit demokratischen Mitteln und stellt es infrage. Damit hätte man wirklich kein Alleinstellungsmerkmal. Aber die Infragestellung des Systems mit demokratischen Mitteln und eine gewollte Unschärfe zu radikalen und autonomen Strukturen, das bezeichnen wir als Doppelstrategie. Das haben Sie in Ihrer Rede als Pluralität bezeichnet. Erstaunlicherweise sind wir da gar nicht so weit auseinander.

Wir haben Ihr Motto „Kraft zur Differenzierung“ vernommen.

(Frau Bull, DIE LINKE: Das war Ihres!)

Dazu hatte ich in meiner Rede auch Anlass gegeben. Den Nachfragen nach zu urteilen haben

Sie diese Differenzierung selbst natürlich nicht geübt. Jetzt lasse ich einmal den Klamauk vom Heiligen Vater weg.

(Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

Aber die Behauptungen, Angst vor Wahlkampf oder die Themen kalter Krieg, rote Socken, Verächtungstransfer zwischen rechts und links, waren reine Ablenkungen von dem Thema.

Ein Machtwechsel ist normal, Herr Striegel. Wir reden heute in der Aktuellen Debatte über die Frage des Systemwechsels und nicht über die Frage des Machtwechsels. Es geht also um die Frage, ob man eine gestaltende Oppositionskraft innerhalb eines Parlaments mit den parlamentarischen Mitteln ist oder ob man in Opposition zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in diesem Land steht, also in Opposition zu einem repressiven Polizei- und Rechtsstaat, wie er in den Gliederungen Ihrer Partei auch immer wieder bezeichnet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Darum ging es, wenn man die vielen Ablenkungen weglässt. Man muss nicht Straftaten beklatschen, um für Autonome wählbar zu bleiben.

(Zurufe von Frau Bull, DIE LINKE, und von Frau Tiedge, DIE LINKE - Unruhe bei der LINKEN)

Ich möchte noch einmal aus dem Grundsatz-Programm der CDU Sachsen-Anhalt zitieren:

„Unsere Demokratie lebt von der Achtung der Menschenwürde und dem Respekt gegenüber Andersdenkenden. Jedwede Form von politischem und religiösem Extremismus stellt die Grundlage des Zusammenlebens infrage. Daher ist jeder Form von Radikalisierung und deren Verharmlosung mit Entschiedenheit und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenzutreten.“

So, meine Damen und Herren, sollten wir es halten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön. - Als nächster Redner spricht für die Fraktion Die LINKE noch einmal der Fraktionsvorsitzende Herr Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, man fühlt sich als Fraktionsvorsitzender wirklich genötigt, jetzt noch einmal an das Mikrofon heranzugehen. Ich kann das, was Frau Budde sozusagen als historische Replik vorgetragen hat, absolut akzeptieren.

Herr Schröder, wir haben zwar die Möglichkeit, als Fraktionsvorsitzende zu jeder Zeit an das Mikrofon

zu treten. Aber wissen Sie, ich finde es nicht in Ordnung, das jetzt so auszuweiten, dass man jedes Mal praktisch die Debatte noch einmal neu aufmacht und Sie den nächsten Diskussionsbeitrag liefern.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zuruf von Herrn Borgwardt, CDU)

Irgendwann werden uns die parlamentarischen Geschäftsführer diese Möglichkeit wegnehmen, wenn Sie so weitermachen. Ich sage Ihnen das.

Ich komme zum zweiten Punkt. - Es geht schon los. - Sie haben natürlich versucht, die Rede meiner Landesvorsitzenden zu charakterisieren bzw. Ihr Bild unbedingt als letztes Wort stehen zu lassen. Das werden wir Ihnen natürlich nicht durchgehen lassen.

(Herr Schröder, CDU: Zu spät!)

Dazu will ich aber auch gar nichts weiter sagen, Herr Schröder, weil Ihnen heute sowieso alles missglückt ist.

Nächster und letzter Punkt. Das will ich ganz klar sagen, eine Freiheit ist uns natürlich absolut wichtig, und das ist gerade in diesem Gebäude natürlich die Religionsfreiheit. Wenn meine Landesvorsitzende den Papst zitiert, dann ist das kein Klamauk. Dann ist das ehrlich gemeint, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, und zwar in voller Hochachtung.

(Zustimmung bei der LINKEN - Lachen bei der CDU)

Sie haben mich dazu veranlasst nachzugucken, was die AKL so aufgeschrieben hat. Ich habe jetzt nicht alle 15 Seiten gelesen. Was ich gelesen habe, ist das, was Frau Bull zitiert hat, die Erklärung des Papstes, die mit den Worten „Diese Wirtschaft tötet“ überschrieben ist.

(Frau Budde, SPD: Das tut sie auch!)

Er beschreibt, dass dieser Kapitalismus tötet. Gegen seine Analyse ist alles das, was ich bei der AKL gefunden habe, extrem weichgespült.

(Herr Schröder, CDU: Sie machen gerade den Papst zum Anwalt für Kommunisten!)

Ich sage es noch einmal ausdrücklich, Herr Schröder: Wenn Sie diese Dinge nicht ernst nehmen, die bereits weit und breit in der Gesellschaft diskutiert werden, und zwar aus gutem Grund, dann werden Sie den Extremismusbegriff ins Unendliche ausweiten.

Ich empfehle Ihnen Folgendes: In der katholischen Kirche hat der Papst noch viel mehr zu sagen als bei uns der Landesvorsitzende bzw. die Landesvorsitzende. Wenn Sie so weitermachen, dann müssen Sie aufpassen, dass Sie demnächst nicht

alle Katholiken aus Ihrer Partei ausschließen. - Danke.

(Beifall und Heiterkeit bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Damit ist Aussprache zur Aktuellen Debatte beendet. Gemäß § 46 der Geschäftsordnung des Landtages werden hierzu keine Beschlüsse gefasst. Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 23** auf:

Erste Beratung

Auf dem Weg zu mehr inklusiver Bildung in den Schulen Sachsen-Anhalts

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/2912**

Für die Einbringerin hat die Abgeordnete Frau Bull das Wort.

Frau Bull (DIE LINKE):

Sehr geehrte Damen und Herren! Inklusion wird gehasst und geliebt, so ist meine Erfahrung in vielen unterschiedlichen Zusammenhängen. Woher kommt das? - Zunächst will ich sagen, dass Inklusion grundlegende Prämissen des Zusammenlebens infrage stellt. Ich denke, es ist kein Zufall, dass die Debatte um Inklusion nicht aus konservativen bildungsstarken Milieus stammt, sondern dass sie aus Teilen der Wissenschaft angestoßen wurde, die sich sehr stark mit Bildungsungleichheiten beschäftigen.

Inklusion wird vor allem von denen thematisiert, die sich selbst als benachteiligt oder behindert erleben. Die Idee der Inklusion thematisiert Ausgrenzung und Stigmatisierung. Sie stellt Bildungsprivilegien infrage und - das ist interessant - thematisiert Inklusion nicht nur als bildungspolitische Forderung, sondern gibt ihr eine demokratische Dimension. Es geht um Mitbestimmung über das, was gelernt wird, und darüber, wie und mit wem gelernt wird.

Als wäre das doch nicht genug, meint Inklusion in der Tat nicht nur Gleichstellung, sondern sie zielt auf ein anderes Bild von Normalität ab. Vielfalt ist normal - so wird gemeinhin formuliert -, und zwar in der Person jedes und jeder Einzelnen. Sie sollen Wertschätzung und Mitbestimmung erfahren. Denn unterschiedliche Lebenslagen sind derzeit auch sehr stark mit Wertehierarchien, mit Ausgrenzung und mit Stigmatisierung verbunden.

Ich will es einmal ein bisschen polemisch formulieren. Es geht nicht allein um die - in Führungsstrichen - Zuführung von Menschen mit Behinderungen in das Regelschulsystem. Es ist weitaus mehr als der gemeinsame Unterricht, wenngleich

dies ein wichtiger und ein kleiner Baustein ist. Aber Betroffene von Inklusion sind wir alle.

Das klingt alles sehr abstrakt, hat aber sehr gravierende Auswirkungen auf alles das, was bisher ein Stückweit als gewiss und vertraut erschien. Mit anderen Worten: Inklusion bringt Sand ins Getriebe.

Der zweite Grund. Wandel - das wissen wir alle aus unseren persönlichen Zusammenhängen - birgt immer auch Ängste und Gefahren in sich, vor allem dann, wenn er von einer solch großen Tragweite ist. Politik, die darauf aus ist oder die zur Folge hat, dass öffentliche Kassen ausbluten, und die nur noch mit dem Tunnelblick von Schuldenabbau agiert, kommt mit solchen Visionen natürlich ganz unweigerlich in Kollision.

Inklusion ist nicht zum Nulltarif zu haben. Inklusion als Low-Budget-Modell ruiniert die Idee, meine Damen und Herren, entzieht ihr das Vertrauen und stärkt die Front der Ablehnung. Grundsätzliche, aber verbrämte Ablehnung einerseits und die berechtigte Sorge um das Gelingen andererseits führen an der Stelle zu heimlichen und unheimlichen Allianzen, in denen sich diese Motive miteinander kreuzen und gegenseitig stärken, und zwar die Motive, die genau genommen eben nicht das Gleiche wollen.

So sind die Debatten um die Frage der Inklusion oder, um es im kleineren Zusammenhang zu sehen, um inklusive Bildung in Schulen häufig emotional sehr aufgeladen.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ich gehöre - das dürfte bekannt sein - keineswegs zu denjenigen, die die Idee der Inklusion auf eine Ressourcenfrage beschränken, nach dem Motto: Erst die Ressourcen sicherstellen und dann können wir inklusive Bildung organisieren. Ich denke, das ist es nicht. Ich wiederhole meinen schon sehr oft formulierten Satz: Inklusion ist in erster Linie eine Frage der inneren Haltung, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der LINKEN - Herr Rotter, CDU: Umgang!)

- Richtig. - Begegne ich Kindern und Jugendlichen gleich welcher Herkunft mit Wertschätzung? Wie gehe ich selbstkritisch mit den eigenen Vorurteilen um? Denn ein vorurteilsfreies Leben ist ebenso wenig im Angebot wie eine vorurteilsfreie Erziehung. Es geht um eine kritische Selbstreflexion.

Aber ohne die nötigen Ressourcen ist wiederum Gefahr im Verzug. Das erleben die Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker aller Fraktionen, wenn sie in Diskussionen und in Streit mit Lehrerinnen und Lehrern geraten. Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich überfordert. Eltern fürchten um das Angenommenwerden ihrer Kinder in den Schulen. Die Schülerinnen und Schüler selbst, für die sich

auch eine Menge verändert, schwanken auch immer ein Stückweit zwischen Skepsis und Neugier.

Das alles hat bei Weitem nicht nur mit fehlenden Ressourcen zu tun. Aber ernst nehmen muss man es und handeln muss man, Schritt für Schritt und auch mit Bedacht. Natürlich besteht auch immer ein Stück weit die Option des Scheiterns bei einzelnen Vorhaben. Uns ist - ich glaube, das ist Konsens - immer das Gespräch vor Ort, mit denen, die es umsetzen müssen, wichtig.

Nun zu unserem Antrag selbst. Wir verbinden damit zweierlei Anliegen. Zum einen ist es einmal mehr der Versuch, den Tunnelblick, den ich am Anfang kritisiert und geschildert habe, zu weiten, eben weg vom Blick allein auf den gemeinsam Unterricht - steter Tropfen höhlt bekanntlich den Stein. Zum anderen geht es darum, Vorschläge zu machen und damit auch den Druck in Sachsen-Anhalt zu erhöhen; denn deutschlandweit, aber auch in Sachsen-Anhalt hinken wir der Entwicklung hinterher. Auch Sachsen-Anhalt ist keineswegs ein Vorreiter.

Ich will auf einige wenige Vorschläge eingehen, wenngleich ich der Auffassung bin, dass eine solche Diskussion über einzelne Vorschläge am besten in den Ausschüssen für Bildung und Kultur sowie für Arbeit und Soziales aufgehoben ist. Ich will damit sagen, dass wir gern eine Überweisung des Antrags in die Ausschüsse hätten.

Ich möchte ausdrücklich mit Punkt 3 unseres Antrags beginnen. Lehrerinnen und Lehrer, pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung, vor allem diejenigen, die sich in diese schwierige Aufgabe hineinbegeben haben.

(Zustimmung von Herrn Hoffmann, DIE LINKE, und von Frau Zoschke, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Es gibt die guten Schulen und es gibt erfolgreiche Entwicklungen. Das macht Mut. Es sind Erfolge, die die Aussagen, die man auch nicht zu knapp vernimmt, ad absurdum führen, nämlich dass das alles nicht zu machen sei und dass das doch gar nicht gehe.

Es ist und bleibt eine Herausforderung, aber, wie gesagt, eine, der sich viele Pädagoginnen und Pädagogen bereits stellen - ich möchte auch sagen: das ist ein Knochenjob -, dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Unter Punkt 4 machen wir konkretere Vorschläge. Ich denke, einer der Dreh- und Angelpunkte ist die Frage des Personals. Auch wenn Sie diesbezüglich zur Vernunft kommen sollten, werden die Ressourcen knapp bemessen sein. Davon, dass Sie ein Stück weit zur Vernunft gekommen sind, zeugt die am heutigen und am gestrigen Tag schon viel

diskutierte Entscheidung, den Einstellungskorridor für Lehrer zu erweitern. Darauf möchte ich jetzt nicht weiter eingehen. Deshalb wiederholen wir unseren Vorschlag, die Verteilung des Personals nicht mit der Gießkanne zu steuern, sondern es vor allem dorthin zu geben, wo es in der Tat gebraucht wird.

Das muss wahrscheinlich verbunden sein - das ist uns klar - mit einer vorsichtigen Konzentration derjenigen Kinder, die stärkere Hilfen brauchen. Ich möchte ausdrücklich einräumen, dass das nicht völlig ohne Risiken ist. Wir haben eine solche Strategie im Bereich der sogenannten integrativen Kindertagesstätten. Und nach 20 Jahren integrativer Tagesstätte muss man ein Stück weit selbstkritisch konstatieren, dass diese Einrichtungen auf eine bestimmte Art und Weise auch wieder Sondereinrichtungen geworden sind. Denn dort sind wir über den Anteil von 11 % nicht hinausgegangen. Ich kann auch nicht erkennen, dass wir an dieser Stelle auf dem Weg zu einem Durchbruch wären.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Das Prinzip ist nicht unbekannt. Ich erinnere an das Modell der Grundschulen mit den integrativen Klassen. Das einzige Argument, das ich bisher dagegen gehört habe und das bisher dagegen sprach, war das des fehlenden Personals, meine Damen und Herren. Das kann und das darf nicht sein.

Dabei rede ich nicht von Wunschträumen. Wir brauchen ein multiprofessionelles Team. Es geht zum Beispiel um die Frage der Integrationshelfer gemäß SGB XII. Diese müssen wir unkompliziert zur Verfügung stellen. Dabei geht es um pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; insbesondere im gemeinsamen Unterricht werden diese an Grundschulen und an Sekundarschulen gebraucht.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein weiteres Problem thematisieren. Das sind die Horte in den sogenannten Brennpunktgebieten. Was ist das Problem? - Das Problem ist Folgendes: Wir haben eine ganze Reihe Kinder, die vor allen Dingen in solchen Stadtteilen leben, die man gemeinhin als Brennpunkte bezeichnet, Kinder, die aus schwierigen Verhältnissen kommen und die oftmals von emotionalen und sozialen Problemen geprägt sind. Wir nennen das manchmal „Verhaltensoriginalität“. Ich möchte das Problem allerdings in keiner Weise verharmlosen.

Diese Kinder erhalten am Vormittag in ihrer Schule neben der präventiven Grundversorgung gegebenenfalls auch sonderpädagogische Förderung, und diese ist immer mit zusätzlichen Lehrerinnen-Stunden verbunden. Am Nachmittag, wenn die gleichen Kinder den Hort besuchen, sind sie allerdings keine Kinder mit Behinderungen im Sinne des SGB XII mehr. Ich füge hinzu: Das sollen sie

auch nicht werden; das ist überhaupt nicht unser Anliegen.

Das Problem ist nur: Dadurch, dass sie keine Grundanerkennung im Sinne des SGB XII bekommen, ist dort auch kein zusätzliches Betreuungspersonal für Bildungsangebote am Nachmittag für die Kinder vorhanden. Wir sind der Auffassung, dass das in Horten, die in Brennpunktgebieten arbeiten, ein riesiges Problem ist, das insbesondere zu Überlastungen führt. Hierfür braucht es Möglichkeiten im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes.

Ein letzter Punkt, den ich explizit aufgreifen möchte, weil er wenig bekannt ist, ist die Arbeit mit dem Index für Inklusion. Hierbei geht es sehr viel mehr um Schulentwicklung als um irgendeine Form von Zertifizierung. Der Index für Inklusion kommt aus dem englischsprachigen Raum. Er ist in Sachsen-Anhalt - schon vor einigen Jahren - von Andreas Hinz und Ines Boban an der Martin-Luther-Universität ins Deutsche übersetzt worden. Es gibt inzwischen mehrfache Überarbeitungen und es gibt auch einen Index für Inklusion beispielsweise für die Kitas, für Kommunen und vieles andere mehr.

Ich empfinde das als ein wunderbares Angebot, Schulentwicklung zu betreiben, nämlich den Diskurs vor Ort, in den Schulen, in den Kindertagesstätten, wo auch immer, zu organisieren und sich einer kritischen Debatte an der Institution selber zu nähern und zu schauen, was man erreicht hat.

Ich wiederhole: Dabei geht es in der Tat nicht nur um die sogenannte Zuführung von Kindern mit Behinderung, sondern es geht auch um die Frage: Wie gehen wir an der Schule miteinander um? Es geht darum: Welche Möglichkeiten demokratischer Teilhabe haben Schülerinnen und Schüler bei uns? Wie sieht bei uns das Lernumfeld aus? Und vieles andere mehr.

Ich finde an diesem Konzept des Index für Inklusion charmant, dass für jede Schule etwas dabei ist. Die Schule wird dort abgeholt, wo sie ist.

Es hat darüber hinaus einen großen Vorteil: Für das Kultusministerium hat das keinen Neuigkeitswert; denn es ist in der Tat so, dass es in Sachsen-Anhalt schon zehn Schulen gibt, die einen solchen Prozess initiiert haben. Eine Schule hat diesen Prozess leider abgebrochen, neun haben ihn zum Erfolg geführt. Ich finde, wir sollten ein solches Potenzial sehr viel stärker nutzen und bekannt machen.

Ich habe schon gesagt: Einen solchen Index für Inklusion gibt es mittlerweile auch in den Kindertagesstätten. Es wäre, wie ich finde, eine richtig gute Strategie, sich nunmehr der Verbesserung der Qualität in den Kindertagesstätten zu widmen.

Ich komme zum Schluss. Meine Damen und Herren, gemeinsam teilen wir das Bekenntnis zur

Inklusion, wenngleich die Leidenschaften dafür vielleicht unter uns unterschiedlich verteilt sind. Aber wir sind rechtlich gesehen in der Pflicht. Ich finde, das ist der kleinste gemeinsame Nenner und keine schlechte Basis, um miteinander auf diesem Gebiet etwas voranzubringen.

Ich wiederhole: Wir schlagen vor, den Antrag in die Ausschüsse für Bildung und für Kultur sowie für Arbeit und Soziales zu überweisen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Kollegin Bull. - Für die Landesregierung spricht Herr Kultusminister Dorgerloh.

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Bull, ich glaube, inhaltlich liegen wir nicht auseinander, was Inklusion angeht, was die Frage angeht, wie wichtig dieses Thema für unsere Schullandschaft ist, und auch in der Auffassung nicht, dass das ein Thema ist, das uns in den nächsten Jahren erhalten bleiben wird.

Es ist in der Tat so, dass das Thema Inklusion die Bildungslandschaft in den letzten Jahren schon erheblich geprägt hat und eine bildungspolitische Aufgabe von erheblicher Tragweite ist, auch von erheblicher Brisanz, glaube ich. Dass das noch einige Jahre so bleiben wird, ist auch klar. Es geht zum Glück nicht mehr um das Ob, es geht in der Regel um das Wie.

Wir erleben immer wieder, dass es gegen das Thema Inklusion nach wie vor Vorbehalte gibt. Ich glaube, Hubertus Hüppe - das war der frühere Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen - hat das wunderbar auf den Punkt gebracht. Er hat gesagt: Wer Inklusion will, sucht Wege, wer sie nicht will, sucht Begründungen.

Vielleicht muss man das nicht so stark zuspitzen. Aber es geht in unserem Diskurs tatsächlich darum, Einstellungen und Haltungen zu ändern, Stärken und Kompetenzen zu fördern und nicht nur die Belastungen zu betonen, damit Inklusion gelingt und ein Gewinn für alle wird.

Mir ist in dieser Debatte wichtig zu sagen, dass wir uns immer wieder klar machen: Inklusion ist nicht nur etwas für Schule und Kitas und auch nicht nur ein Privileg der Bildungsleute, sondern Inklusion ist tatsächlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Wenn das klar ist, wird es für Kitas und Schulen einfacher, diesen schwierigen, aber nötigen Prozess erfolgreich zu gestalten.

Schauen wir uns einmal die Ergebnisse der letzten Jahre in Sachsen-Anhalt an, dann ist das, was hier geschehen ist, durchaus ermutigend. Das ist auch eine gute Gelegenheit, all denen zu danken, die das seit Jahren umsetzen.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Es ist nicht einfach, sich auf diesen Weg zu machen. Viele haben das in ihrer Ausbildung nicht gehabt. Sie sind mit neuen Dingen konfrontiert; sie müssen ihr Denken ändern, ihren Blick auf Kinder ändern, ihr Verständnis von Schule ändern. Das ist an vielen Stellen im gemeinsamen Unterricht an Schulen erfolgreich gelungen. Dafür muss man, glaube ich, den pädagogischen Mitarbeitern, den Schulsozialarbeitern, aber vor allen Dingen den Lehrerinnen und Lehrern und den Fortbildnern ganz herzlich danken.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben nach intensiven Beratungen mit vielen Fachleuten Anfang 2013 erstmals ein Landeskonzept zum gemeinsamen Unterricht an allgemeinbildenden Schulen auf den Weg gebracht. Ziel dieses Konzeptes ist es, den gemeinsamen Unterricht Stück für Stück auszubauen und ihn inhaltlich und organisatorisch zu qualifizieren.

Das heißt im Umkehrschluss, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Unterricht steigen wird und dass die Zahl der Schüler an den Förderschulen, insbesondere im Lernbereich und im Sprachbereich, sinken wird.

Hierbei geht es nicht darum, Prozentsätzen nachzujagen, sondern darum, das wirklich behutsam und mit Augenmaß zu machen und dabei sowohl auf die Sorgen und die Ängste der Eltern wie auch der Lehrerinnen und Lehrer zu reagieren.

Es gibt dennoch einen kleinen Dissens zu der Rede von Frau Bull

(Frau Bull, DIE LINKE, unterhält sich mit Frau Budde, SPD)

- Frau Bull ist gerade beschäftigt -: Der Integrationsanteil liegt in Sachsen-Anhalt gegenwärtig bei 27,1 %. Vor zehn Jahren waren es nur 2 %. Wir hinken also nicht hinterher, sondern sind genau im Bundesdurchschnitt angekommen. Ich finde, das ist eine bemerkenswerte Entwicklung. Das sollte man zur Kenntnis nehmen.

In Zahlen ausgedrückt heißt das: Im Schuljahr 2013/2014 gibt es 4 089 Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf an den allgemeinbildenden Grundschulen. 83 % aller Grundschulen, 94 % der weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I und ca. 60 % der Gymnasien führen den gemeinsamen Unterricht durch.

Hierbei geht es jedoch nicht nur um Zahlen. Es geht vor allem um das Wohl der Kinder und Ju-

gendlichen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich an dieser Stelle deutlich machen, dass wir als Landesregierung uns schon mehrfach zur schrittweisen Einführung inklusiver Bildungsangebote an den Schulen Sachsen-Anhalts bekannt haben. Vieles von dem, worauf der Antrag abzielt, ist schon Praxis oder in Planung.

Ich möchte einige Beispiele aufzählen: die bedarfsgerechte präventive Grundversorgung, die Befähigung zur pädagogischen Diagnostik, die fachkompetente Unterstützung des gemeinsamen Unterrichts in allen Schulformen, die Entwicklung und Qualifizierung der Förderzentren zu Beratungs- und Unterstützungszentren, die Qualifizierung der Lehrkräfte, die Erarbeitung von Hinweisen für Schulträger zur sachgemäßen Schulausstattung. Das sind nur einige Punkte; diese Liste könnte fortgesetzt werden.

Wichtig ist: Für die Arbeit an den Grundschulen und für die individuelle Lernförderung in der Schuleingangsphase wurde jetzt Material zur pädagogischen Diagnostik als, wenn man so will, Grundbaustein des pädagogischen Arbeitens an den Grundschulen entwickelt. Das ist in Zusammenarbeit mit dem Landesschulamt und dem Lisa entstanden. Es ist des Weiteren ein Evaluierungsinstrument entstanden. Diese beiden Materialien, zum einen die individuelle Lernförderung und Diagnostik und zum anderen das Evaluierungsinstrument für die Schuleingangsphase, werden gegenwärtig implementiert.

Wir haben für dieses Schuljahr 19 Grundschulen und sechs Sekundarschulen bzw. Gemeinschaftsschulen als Schulen mit inklusivem Schulprofil zertifiziert. „Inklusive Schule“ ist eine Art Gütesiegel. Ziel dieser Zertifizierung ist die Anerkennung einer mehrjährigen Arbeitsphase hin zur inklusiven Schule. Die Schulen werden dabei von uns eng begleitet. Auch für das kommende Schulschuljahr können sich Schulen bewerben. Auch in dieser Hinsicht passiert einiges.

Ich bin mir mit meiner Vorrednerin darin einig, dass für das Gelingen ganz zentral die Frage der Ausbildung und der Qualifizierung entscheidend ist. Dazu haben wir uns in der Kultusministerkonferenz verständigt. Das muss Gegenstand der ersten und der zweiten Ausbildungsphase sein. Anders werden wir dabei nicht weiterkommen.

Grundsätzlich ist die Erweiterung von sonderpädagogischer und diagnostischer Kompetenz aber auch ein zentrales Thema für die Aus-, Fort- und Weiterbildung. Das wird als Zielvereinbarung in die Ausbildung aufgenommen.

Wir haben schon eine Tradition in diesem Bereich. Das Lisa wird die einjährigen Fortbildungsangebo-

te für den gemeinsamen Unterricht fortsetzen und auch die Teilnehmerzahlen erweitern. Ich möchte hinzufügen: Die Kurse für Grund- und Förderschullehrkräfte erfahren erheblichen Zuspruch.

Erfreulich ist, dass das auch für die Sekundar- und Förderschullehrkräfte gilt, die zunehmend nachgefragt werden und gegenwärtig ausgelastet sind. Eine Zahl: 350 Lehrerinnen und Lehrer nutzen jährlich diese Kursangebote. Und das ist nur ein Angebot. Es gibt daneben vieles, was zu mehr Inklusion führt.

Im Hinblick auf die personelle Ausstattung möchte ich nicht das wiederholen, über das wir schon heute Vormittag diskutiert haben. Ich möchte nur hinzufügen: Wir werden das in dem Konzept für die pädagogischen Mitarbeiter, das wir im Juni 2014 den Ausschüssen übersenden wollen, berücksichtigen.

Ein Ziel wird es sein, frei werdende Ressourcen an Förderschulen dorthin zu holen, wo der gemeinsame Unterricht stattfindet - das hatte der Kollege Harms heute früh gefragt -, und zwar an die Regelschule selbst. Auch hierbei gilt es die schulentwicklungsplanerischen Reserven zu erschließen.

Im Hinblick auf die Schulausstattung soll eine Arbeitsgruppe die für die Umsetzung inklusiver Beschulung notwendigen Rahmenbedingungen prüfen und dann auch entsprechende Empfehlungen vorlegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Längst sind in den Inklusionsprozess alle allgemeinbildenden Schulformen eingebunden. Gegenwärtig arbeiten wir sogar daran, dieses auch auf die berufliche Bildung auszuweiten und dafür zu qualifizieren. Es geht also Schritt für Schritt voran. Dennoch bleibt es eine große Herausforderung für Schule und Gesellschaft. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Minister. - Für die Fraktion der CDU spricht Frau Kollegin Koch-Kupfer.

Frau Koch-Kupfer (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist unbestritten: Die Kultiviertheit einer Kultur erweist sich erst durch den Umgang mit Schwächeren. So sieht es unter anderem bei dem Thema Inklusion auch die Netzgemeinde. Aber es scheiden sich wohl die Geister - so sagt der Volksmund - nicht grundsätzlich an der Frage, ob wir allen Menschen in unserer Gesellschaft eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen müssen, sondern am Wie. Der Minister hatte bereits darauf verwiesen.

Bildungsthema Nr. 1 in den deutschen Bundesländern ist seit dem Jahr 2009 das Thema Inklusion. Die aktuelle Ausgabe der „Zeit“

(Die Rednerin hält eine Zeitung hoch)

- heute wieder ganz druckfrisch in meinem Briefkasten - titelt unter anderem: „Woran scheitert die Inklusion?“ - Eine Streitfrage.

Wie sieht es fünf Jahre nach dem Start in die inklusive Schule in den deutschen Bundesländern aus? - Einige Bundesländer, darunter Bremen, Berlin und Hamburg, sind in der Hinsicht schon weit, andere sind nicht so schnell. Baden-Württemberg hat eher ein ruhiges Tempo vorgelegt. Probleme mit den sächlichen, den räumlichen und den personellen Rahmenbedingungen haben alle Bundesländer. Der Bildungsökonom Klaus Klemm beziffert den Personalbedarf auf 9 300 zusätzliche Lehrkräfte.

(Zustimmung von Herrn Daldrup, CDU, von Herrn Rotter, CDU, und von Herrn Thomas, CDU)

660 Millionen € im Jahr muss man für eine wirklich gute Inklusion in den Schulen aufwenden. Auch die GEW Sachsen-Anhalt sagt: Wir brauchen dafür 800 zusätzliche Lehrer, zusätzliche Umbauten, Schulungen und Integrationshelfer.

Die 370 Neueinstellungen mögen uns glücklich machen, sie würden diesen Bedarf jedoch nicht decken.

(Zustimmung von Frau Bull, DIE LINKE)

Ich meine, der Antrag hat ein durchaus kritisches Potenzial, vor allem hinsichtlich des bestehenden Miteinanders und der bestehenden Arbeit in den Schulen. Dass Inklusion dort überhaupt gut läuft und es durchaus gute Beispiele gibt, liegt vor allem an den motivierten Kolleginnen und Kollegen, die es dort gibt, die sich kaum schonen und mehr und mehr an ihre Grenzen stoßen.

(Zustimmung von Herrn Daldrup, CDU, von Herrn Rotter, CDU, und von Herrn Thomas, CDU)

Wir müssen auch einmal genauer hinschauen, wie wir sie vorbereitet haben. Sie brauchen solide Fortbildungen. Gut, es gab Fortbildungen. Anfangs müssen sie auch ein Coaching erfahren; denn Haltungsänderungen vollziehen sich eben leider nicht von heute auf morgen. Das ist ein schwerwiegender und schwieriger Prozess und manchmal auch schmerzlich. Schnellkurse reichen dafür eben nicht. Und fehlendes Wissen kann man nicht allein durch guten Willen ersetzen. Das liest man heute ebenfalls in dem erwähnten Zeitungsartikel.

(Zustimmung bei der CDU)

Das führt zu Ängsten, Zweifeln und Verunsicherung in den Schulen. Zudem baut das System lei-

der immer noch darauf auf, dass Menschen, die hier arbeiten, eben nicht nur engagiert, sondern überengagiert sind. Darüber werden sie oft krank. Wir reden sehr oft über den Krankenstand der Kollegen. Das dürfen wir auch nicht ausblenden. Letzten Endes haben wir als Arbeitgeber auch eine Fürsorgepflicht den Kollegen gegenüber.

Wenn wir immer vom guten Willen sprechen, dann müssen wir auch einmal sagen: Selbst die jungen Kolleginnen - wir reden oft über die älteren, die ihre Haltung nicht ändern können - sind nicht so gut auf das vorbereitet, was sie in der Schule erwartet.

Wenn wir über Inklusion reden, dann reden wir nicht nur über das geistig aufgeweckte Kind, das im Rollstuhl sitzt. Wir blenden die gesamte Problematik aus, wenn wir darüber hinwegsehen, dass es auch Kinder mit ganz schwerwiegenden Krankheiten gibt. Wenn Sie an die Diskussion um die fehlende Krankenschwester hier in Magdeburg in der Außenstelle der Förderschule am Fermersleber Weg denken, dann wissen Sie, wovon ich rede.

Es gibt eben nicht nur die einfach lernbehinderten Kinder, sondern es gibt auch Kinder, die emotional besonders bedürftig sind. Selbst sehr engagierte, kompetente Kollegen in den Schulen stoßen zum Beispiel bei verhaltensgestörten Schülern doch sehr häufig an ihre Grenzen.

In dieser Sache braucht es unbedingt noch ganz viel Engagement, auch von unserer Seite. Wir müssen die Lehrer dabei unterstützen, dass sie eine gute Arbeit leisten. Auch die Wissenschaft ist sich nicht ganz einig darüber, ob Geld und Haltung gegeneinander aufzuwiegen sind. Haltung allein reicht nicht und Haltungsänderungen brauchen Zeit.

Dafür wünsche ich uns mit den Lehrern in Bezug auf die Inklusion die nötige Geduld, aber auch Unterstützung. Ich freue mich jedenfalls auf eine rege Diskussion im Ausschuss und darauf, dass wir hoffentlich Lösungsansätze finden, die über das Einfordern von Daten hinausgehen.

Wir stimmen einer Überweisung des Antrages in die vorgeschlagenen Ausschüsse zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Danke, Kollegin Koch-Kupfer. - Als Nächste spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Professor Dr. Dalbert.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Inklusion ist uns allen ein Herzensanliegen. Aber wir haben unterschiedliche Vorstellungen davon, wie wir das Ziel am Ende erreichen werden.

Auch ich möchte meine Rede mit einem Dank an die Lehrer und pädagogischen Mitarbeiter beginnen, die in unseren Schulen bei der Inklusion eine großartige Arbeit leisten, und das unter zunehmend schlechter werdenden Arbeitsbedingungen. Über die Gesundheit der Lehrkräfte und den Unterrichtsausfall haben wir heute Morgen gesprochen. Wir haben im Hohen Haus mehrfach darüber gesprochen, dass die pädagogischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen laut Personalentwicklungskonzept eine aussterbende Spezies sind. Insofern werden die Bedingungen immer schwerer. Trotzdem lassen die Kolleginnen und Kollegen vor Ort bei ihrer wichtigen Arbeit nicht nach.

(Zustimmung von Herrn Wehrich, GRÜNE)

Wie gesagt, wir reden heute nicht das erste Mal über dieses Thema. Ich könnte es mir jetzt einfach machen und unseren Änderungsantrag vom 6. Juni 2012 vorlesen; denn darin sind alle Punkte, die uns wichtig sind, enthalten. Aber das möchte ich aus Respekt vor der Fraktion DIE LINKEN nicht tun. Vielmehr möchte ich gerne auf ihren Antrag im Einzelnen eingehen.

Es gibt Punkte, bei denen wir ganz klar sagen: Das ist zentral; das muss umgesetzt werden. Ich nenne die multiprofessionellen Teams, im Hinblick auf die ich schon mehrfach angemahnt habe, dass die Landesregierung doch Konzepte entwickeln soll. Dies sollte jetzt geschehen, da sie über die EU-Finanzierung der Schulsozialarbeit bis 2019 noch einmal ein Zeitfenster gewonnen hat, um zu spezifizieren, wie sie sich das vorstellt und wie das zukünftig im Landeshaushalt verankert sein soll.

Ich nenne als weitere Punkte die Lehrerbildung: Inklusionskompetenzen, didaktische Kompetenzen zum binnendifferenzierten Unterricht. Das ist klar. Dazu sagen wir: Ausrufezeichen! Das muss sein. Wir müssen uns nur überlegen, wie wir es dann im Detail umsetzen.

Auch über die Frage von Grundstücken und Anlagenausgestaltung - ich sehe einmal in Richtung Hendrik Lange - haben wir hier im Hohen Haus schon sehr spezifisch diskutiert. Auch in diesem Punkt sind wir ganz bei Ihnen. Dies gilt auch für die Frage, dass wir als Land Sachsen-Anhalt das am Ende alleine nur sehr schwer finanziell stemmen können und dass wir deswegen natürlich dazu ermuntern, alle Ressourcen auf EU- und Bundesebene zu mobilisieren, die uns bei der Umsetzung der Inklusion helfen können.

(Zustimmung von Herrn Wehrich, GRÜNE, und von Herrn Striegel, GRÜNE)

Besonders hervorheben möchte ich zwei Punkte, von denen ich denke, dass Ihr Antrag da einen neuen Akzent setzt, einen - wie ich finde - guten neuen Akzent, nämlich - Sie haben das in Ihrer Einbringungsrede ausgeführt, Frau Kollegin Bull -

einmal über präventive Grundversorgung in der Hortbetreuung nachzudenken.

Ich glaube, damit haben Sie wirklich den Finger in eine Wunde gelegt. Wenn wir die präventive Grundversorgung für einen guten Weg halten, um die Schule bei der Inklusionsarbeit zu unterstützen, dann müssen wir uns in der Tat die Frage stellen, wie wir das auch im Hort bewältigen können. Ich freue mich auf spannende Debatten dazu. Ich denke, damit haben Sie wirklich ein neues, wichtiges Problemfeld aufgemacht.

(Zustimmung von Herrn Wehrich, GRÜNE, und von Herrn Striegel, GRÜNE)

Ebenso positiv finde ich auch den Punkt, in dem Sie besonders betonen, dass die spezifische, inklusionsbezogene Fortbildung doch bitte nicht immer „nur“ für die Lehrer und Lehrerinnen da sein soll, sondern auch für die Schulbehörden, die Schulverwaltung und die Schulleitungen. Das ist, finde ich, auch ein ganz wichtiger Punkt. Bei dieser Forderung werden wir Sie gerne unterstützen.

Es gibt aber auch Punkte - das haben Sie sich von der Dramaturgie her schon so gedacht -, die mir weniger klar sind oder bei denen ich noch Diskussionsbedarf sehe. Das fängt beim Index Inklusion an. Ich habe ihn mir einmal angeschaut. Ich finde ihn prima, aber das ist im Prinzip eine reine Prozesssteuerung. Wenn Sie sagen würden, Sie wollen eine systematische Prozesssteuerung haben und der Index Inklusion könnte ein Hilfsmittel dafür sein, dann wäre ich ganz bei Ihnen. Aber so zufällig ein Instrument der Prozesssteuerung her auszugreifen, finde ich schwierig.

Sie wissen auch, dass ich immer sehr hellhörig werde, wenn ich so etwas lese wie: über die präventive Grundversorgung hinaus muss eine am konkreten Bedarf orientierte Zuweisung von Ressourcen erfolgen. Sie wissen, ich halte es für zentral, dass die Diagnostik und die Ressourcenzuweisung getrennt sind. Also, das müssen wir uns im Ausschuss noch einmal genau ansehen.

Vorletzter Punkt. Sie schreiben, dass der gemeinsame Unterricht ausgebaut werden soll. Das halte ich für eine schwierige Formulierung. Der gemeinsame Unterricht muss der Normalfall werden, und wir müssen uns überlegen, wie wir dahin kommen. Wenn Sie das damit meinen, dann bin ich ganz bei Ihnen.

Letzter und wirklich schwieriger Punkt - das meine ich sehr ernst - ist folgender: Sie machen ein neues Fass auf, indem Sie sagen, dass man auch einmal überlegen muss, wie das zum Beispiel mit dem Förderschwerpunkt Lernen ist. Wir wissen, in anderen Bundesländern werden manche Förderschwerpunkte gleich gestrichen und in die Regelschulen integriert.

Es ist doch genau die Frage: Wie lange und an welchen Stellen erlauben wir uns Doppel- und Dreifachsysteme? Oder wo nehmen wir von diesen Doppel- und Dreifachsystemen endlich Abschied? - Auch das wird eine ausgesprochen herausfordernde Debatte im Ausschuss, auf die ich mich sehr freue. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Kollegin Dalbert. - Als Nächste spricht für die Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Reinecke.

Frau Reinecke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Inklusion an Schulen, das ist in vielen Lehrerzimmern seit Monaten das Top-Gesprächsthema. Eigentlich ist es das schon viel länger; denn die UN-Konvention wurde - wie wir gehört haben - am 26. März vor fünf Jahren beschlossen.

Da sich die Profession der Lehrerinnen und Lehrer naturgemäß mit dem Thema beschäftigen musste, ist man dort schon ein Stück weiter als möglicherweise wir alle miteinander hier im Raum. Denn Inklusion ist nicht ausschließlich ein schulisches oder bildungspolitisches Thema; vielmehr soll sie zu einem gesellschaftlichen Thema werden.

Insofern können wir diesem Antrag zustimmen bzw. wir stimmen insofern überein, dass die formulierten Ziele und Teilziele unstrittig sind und dass wir gemeinsam für eine qualitativ hochwertige inklusive Bildung eintreten sollten.

In der Sache geht es aber insbesondere um die konkretere Benennung der Anforderungen für die Bereitstellung der notwendigen sächlichen, personellen und finanziellen Ausstattungen. Deshalb halte ich es für notwendig, insbesondere alle Finanzierungsfragen im konstruktiven Dialog aller beteiligten Ebenen zu lösen.

Bund und Länder müssen sich mit den wachsenden Anforderungen beschäftigen. Es wäre auch zu prüfen, ob das im Rahmen einer Enquete-Kommission „Inklusive Bildung“ des Bundestages geschehen kann, wie das in der Bonner Erklärung zur inklusiven Bildung in Deutschland vorgeschlagen wird, die von den Teilnehmenden des sogenannten Gipfels „Inklusion - Die Zukunft der Bildung“ am 20. März 2014, also aktuell, verabschiedet wurde.

Sachsen-Anhalt könnte sich im Bund in die fachlich-politische Diskussion einbringen, aber auch darüber nachdenken, wie in unserem Land die Diskussion um die Weiterentwicklung der inklusiven Bildung vorangetrieben werden kann. Gute Grund-

lagen dafür könnten die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur Entwicklung der inklusiven Bildung in Deutschland sein. Der Kultusminister hatte vorhin darauf verwiesen.

Aber diese Empfehlungen treffen auf Bundesländer mit unterschiedlichen schulpolitischen Traditionen und unterschiedlicher Finanzstärke. Eine Folge ist, dass das Tempo der Umsetzung differiert und insgesamt zu langsam ist.

Wir haben in den vorhergehenden Ausführungen zum Inklusionsanteil gehört, dass wir uns diesbezüglich in unserem Bundesland entwickelt haben, das Tempo aber noch zu verbessern ist.

Die Unterschiede bei den Förderquoten weisen darauf hin, dass unterschiedliche Kriterien bei der Diagnose eines sonderpädagogischen Förderbedarfs zugrunde gelegt werden. Insofern haben Ländervergleiche durchaus auch ihre Grenzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ist zu tun? - Es muss ein öffentliches Bewusstsein für inklusive Bildung geschaffen werden. Wir wissen, es gibt Vorurteile, denen durch Aufklärung begegnet werden kann. Wissensaustausch über inklusive Bildungspraxis muss gefördert werden.

Frau Koch-Kupfer hat den aktuellen Beitrag genannt. Wir haben seit fünf Jahren die UN-Konvention. Die aktuelle Bildungsmesse didacta in Stuttgart beschäftigt sich zeitgleich intensiv mit diesem Thema. Wir wissen, dass zum öffentlichen Bewusstsein noch viel Aufklärung gehören wird.

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass es besorgte Eltern gibt, dass Lehrer sich wiederum fragen, wie sie die hohen pädagogischen Anforderungen in einer Klasse bewältigen sollen.

Wir müssen diese Sorgen in der Tat ernst nehmen. Dennoch dürfen wir inklusive Bildung nicht infrage stellen. Ich vertraue einfach darauf, dass Erfahrung Akzeptanz schaffen wird.

Ich möchte mich auch dem bereits ausgesprochenen Dank an die Pädagoginnen und Pädagogen für die bisher geleistete Arbeit und ihren Anspruch anschließen.

(Zustimmung von Frau Schindler, SPD)

Es muss eine professionelle und zielgruppenorientierte Beratung zur Umsetzung von Inklusion in allen Bildungsbereichen für Lernende, Lehrende, Eltern und die Wirtschaft unter Nutzung zivilgesellschaftlicher Expertisen sichergestellt werden.

Es empfiehlt sich, verstärkt Forschungsthemen zu Fragen der inklusiven Bildung zu vergeben, um Grundlagenforschung, Implementationsforschung und Evaluation inklusiver Bildung sicherzustellen sowie den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis zu unterstützen. Ich glaube, hierbei gibt es in der Tat Nachholbedarf.

Es sind Bildungslehrpläne und Curricula sowie Leistungsbewertungen und Abschlüsse im Sinne der inklusiven Bildung zu gestalten. Wir gehen davon aus, dass die inklusive Bildung als Leitidee in der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller pädagogischen Berufe besser ausgestattet werden sollte und auf ein verändertes Professionalitätsverständnis der Fachkräfte in der Inklusion hinzuwirken ist. Inklusion braucht Vernetzung.

Es ist weiter daran zu arbeiten - -

Präsident Herr Gürth:

Liebe Kollegin, Sie haben die Redezeit schon überschritten. Ich muss Sie bitten, zum Ende Ihrer Rede zu kommen.

Frau Reinecke (SPD):

Ja. - Es sind in der Tat weitere Punkte, die wir noch auf der Agenda haben sollten. Es ist anzuregen, dass man für die Umsetzung bestimmte Aktionspläne im kommunalen, aber auch im nationalen Bereich auf den Weg bringt.

Ich gehe davon aus, dass wir in den Fachausschüssen über dieses Thema noch umfangreicher beraten können. Die Punkte, die ich jetzt nicht nennen kann, würde ich dann gern in die fachliche Debatte einbringen.

Abschließend möchte ich noch einmal bestätigen, dass wir diesen Antrag in beide Fachausschüsse überweisen wollen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Frau Kollegin Reinecke. - Zum Abschluss besteht die Möglichkeit für Frau Bull, noch einmal zu sprechen, wenn sie denn möchte. - Nicht. Dann schließe ich die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 23 ab und lasse abstimmen.

Wir treten ein das Abstimmungsverfahren zu der Drs. 6/2912 ein. Von allen Rednern ist die Überweisung in den Bildungsausschuss gewünscht worden. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? - Sehe ich auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Es wird noch eine Überweisung in den Ausschuss für Arbeit und Soziales gewünscht. Dann lasse ich noch darüber abstimmen, dass die Mitberatung beim Ausschuss für Arbeit und Soziales liegt. Die Federführung obliegt dann dem Ausschuss für Bildung und Kultur. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen und Stimmenthaltungen? - Sehe ich nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt 23 beendet.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, darf ich mitteilen, dass mir die parlamentarischen Geschäftsführer mitteilen, dass eine 60-minütige Mittagspause ausreichen würde. Wir würden uns dann um 14.10 Uhr wieder hier treffen.

Unterbrechung: 13.06 Uhr.

Wiederbeginn: 14.10 Uhr.

Präsident Herr Gürth:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist 14.10 Uhr. Wir hatten verabredet, um 14.10 Uhr die unterbrochene Sitzung fortzuführen.

(Herr Borgwardt, CDU: Die Besten sind doch da!)

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Erste Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Versorgungswerk der Steuerberaterinnen und Steuerberater und zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes Sachsen-Anhalt

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 6/2922**

Für die Landesregierung bringt Herr Minister Bullerjahn den Gesetzentwurf ein.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll zum einen das Gesetz über das Versorgungswerk der Steuerberaterinnen und Steuerberater geändert werden. Zum anderen soll eine von den Staatssekretären beschlossene, eilbedürftige Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes erfolgen.

Mit den Änderungen in Artikel 1 des Gesetzentwurfes zur Änderung des Gesetzes über das Versorgungswerk der Steuerberaterinnen und Steuerberater werden die vom Steuerberaterversorgungswerk vorgeschlagenen Anpassungen umgesetzt.

Schwerpunkt des Änderungsgesetzes ist die Anhebung der bisher gültigen Altersgrenze zur Begründung einer Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk vom 40. auf das 62. Lebensjahr. Damit sollen mit den Regeln des Europäischen Sozialrechts nicht vereinbare Migrationshemmnisse abgebaut und der Tatbestand der Altersdiskriminierung vermieden werden.

Es soll des Weiteren in der Satzung des Steuerberaterversorgungswerkes bestimmt werden können, dass Mitglieder der Steuerberaterkammer, die wegen der derzeit gültigen Altersgrenze von der Begründung einer Pflichtmitgliedschaft im Versor-

gungswerk ausgenommen sind, dem Versorgungswerk dann freiwillig auf Antrag als Mitglied beitreten können. Jedoch unterstütze ich den Vorschlag des Versorgungswerkes zur Begründung einer Pflichtmitgliedschaft durch Anhebung der Altersgrenze.

Es sollte berücksichtigt werden, dass Versorgungswerke eigenfinanzierte Selbstversorgungseinrichtungen sind. Es sollte daher der Spielraum beachtet werden, der den für die nähere Ausformung und Weiterentwicklung des berufsständischen Versorgungsrechts zuständigen Selbstverwaltungskörperschaften zusteht. Das spricht für den Vorschlag, dass bei einer kollektiven Altersversorgung grundsätzlich alle Berufsangehörigen zur Finanzierung beitragen sollten.

Um ältere neue Mitglieder nicht in eine Überversorgung zu drängen, soll mit der Anhebung der Altersgrenze ein weiterer Befreiungstatbestand aufgenommen werden.

Ein vom Versorgungswerk vorgelegtes versicherungsmathematisches Gutachten wurde vom zuständigen Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft geprüft. Es hat im Ergebnis bestätigt, dass die Erhöhung der Altersgrenze mit der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Versorgungswerkes als vereinbar angesehen werden kann.

Mit Artikel 2 wird der Beschluss der Staatssekretärskonferenz vom 10. Februar 2014 umgesetzt, der den Wunsch nach einer möglichst schnellen Klarstellung einer Auslegungsfrage zum Landespersonalvertretungsgesetz zum Ausdruck bringt.

Durch Korrektur der Zuordnung eines Regelungsgegenstandes zu der Thematik Versetzung und Abordnung wird im Ergebnis klargestellt, dass auch dann, wenn eine übergeordnete Dienststelle in Bezug auf einen Beschäftigten oder eine Beschäftigte einer nachgeordneten Behörde eine Versetzung oder Abordnung verfügt, der bei dieser Dienststelle gebildete Stufenpersonalrat zu beteiligen ist.

Technisch gesprochen, gilt auch hier der Normalfall des § 71 Abs. 1 des Landespersonalvertretungsgesetzes: Jede Dienststelle beteiligt immer ihren speziellen Personalrat.

Die Gewerkschaften begrüßen diese Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes.

Ich bitte Sie daher, über den Gesetzentwurf in der vorgelegten Fassung zu beraten.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank, Herr Minister. - Es wurde vereinbart, den Gesetzentwurf ohne Debatte zu überweisen. Ich schlage die Überweisung in den Finanzausschuss vor.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? - Ebenfalls nicht. Ist die Überweisung in einen weiteren Ausschuss erwünscht? - Nein. Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf in den Ausschuss für Finanzen überwiesen worden und der Tagesordnungspunkt 14 ist abgeschlossen.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Beratung

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2011

Antrag Ministerium der Finanzen - **Drs. 6/1732**

Jahresbericht 2012 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2011 - Teil 1

Unterrichtung Landesrechnungshof - **Drs. 6/1691**

Jahresbericht 2012 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2011 - Teil 2

Unterrichtung Landesrechnungshof - **Drs. 6/2249**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Finanzen - **Drs. 6/2915**

Berichterstatlerin ist Frau Feußner. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Frau Feußner, Berichterstatlerin des Ausschusses für Finanzen:

Herr Präsident! Liebe anwesende Kolleginnen und Kollegen! Ihnen liegt in der Drs. 6/2915 die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen zur Entlastung der Landesregierung, des Landesrechnungshofes sowie des Landtagspräsidenten für das Haushaltsjahr 2011 vor.

Grundlage für die Entlastung ist der Antrag des Ministeriums der Finanzen in der Drs. 6/1732. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss für Finanzen am 21. Dezember 2012 überwiesen.

Der Jahresbericht 2012 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2011 - Teil 1 - in der Drs. 6/1691 wurde an den Ausschuss für Finanzen am 11. Dezember 2012 überwiesen. Der Jahresbericht 2012 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2011 - Teil 2 - in der Drs. 6/2249 wurde dem Ausschuss für Finanzen am 4. Juli 2013 überwiesen.

Der Ausschuss für Finanzen hat den Unterausschuss Rechnungsprüfung mit der Erarbeitung einer Beschlussempfehlung beauftragt. Der Unterausschuss hat in sechs Sitzungen zwischen dem

27. Februar 2013 und dem 5. März 2014 über die genannten Unterlagen beraten und die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung erarbeitet, welche durch den übergeordneten Ausschuss für Finanzen in der 60. Sitzung am 12. März 2014 bei fünf Stimmenthaltungen übernommen wurde und Ihnen heute nunmehr zur Entscheidung vorliegt.

Als Schwerpunkt der Beratung kristallisierte sich das Thema „Erhebliche Defizite bei der Erhebung von Ausgleichsbeiträgen in Sanierungsgebieten im Rahmen der Städtebauförderung“ heraus. Nach mehrmaligen Diskussionen und der Vorlage von ausführlichen Berichten und Unterlagen der Landesregierung konnte der Punkt am Ende der Beratung doch für erledigt erklärt werden.

Die unter Nr. 4 der Beschlussempfehlung genannten Punkte konnten trotz mehrmaliger Berichterstattung der Landesregierung noch nicht für erledigt erklärt werden. In Bezug auf diese Punkte legten die Abgeordneten neue Berichtstermine fest. Über diese Punkte wird im Laufe des Jahres nach Vorlage weiterer Berichte der Landesregierung erneut beraten werden.

Schwerpunkte der noch nicht erledigten Themen in dem Teil 1 des Jahresberichtes, Abschnitt A, waren Mängel bei der öffentlichen Förderung sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung staatlicher Stiftungen des öffentlichen Rechts am Beispiel der „Stiftung Moritzburg - Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt“ der Haushaltsjahre 2004 bis 2010 sowie in Abschnitt B die Nr. 1 - Erhebliche finanzielle Mehrbelastung beim PPP-Projekt Justizvollzugsanstalt Burg.

Liebe Anwesende! Ich möchte an dieser Stelle eine Änderung der Ihnen vorliegenden Beschlussempfehlung anregen. Auf Seite 1 sollen in Nr. 1 nach den Worten „des Landes Sachsen-Anhalt“ folgende Worte eingefügt werden:

„mit Ausnahme Einzelplan 14 - Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr - Kapitel 14 05 - Allgemeine Aufgaben des Straßenbaus - Abschnitt B Nr. 14 - Ungenügende Belastbarkeit der Gesamtkosten und fehlende gesamtwirtschaftliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bei der Eisenbahnkreuzungsmaßnahme Ernst-Reuter-Allee der Landeshauptstadt Magdeburg.“

Nach den Worten „Entlastung erteilt“ wird folgender Satz eingefügt:

„Insoweit wird der von der Entlastung ausgenommene Teil zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen zurücküberwiesen.“

Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung liegt jetzt vor. Wir beraten darüber bereits am Mittwoch in der nächsten Woche. Hintergrund der Änderung ist aber das Einvernehmen des Unterausschusses

Rechnungsprüfung und des Ausschusses für Finanzen, das Thema zurückzuüberweisen und begründet erneut zu beraten.

Am Ende möchte ich noch etwas in eigener Sache zu Punkt 4 der Beschlussempfehlung, nämlich zur Entlastung des Landesrechnungshofes, sagen: Es ist schade, dass die Koalitionsfraktionen trotz Hinzuziehung eines externen Beraters, nämlich Herrn Dr. Schröder,

(Herr Borgwardt, CDU: Nur Herr Schröder!)

- Er ist nicht Doktor? Danke schön für den Hinweis. -, des ehemaligen Präsidenten des Landesrechnungshofes, die Empfehlung nicht aufgenommen haben und wir nun eine Entlastung für den Landesrechnungshof erteilen, ohne eine Prüfung vorgenommen zu haben. Ich mahne an dieser Stelle noch einmal an, zeitnah eine tragfähige Lösung für dieses Problem zu finden.

(Zustimmung von Minister Herrn Bischoff)

Der Ausschuss für Finanzen bittet um Zustimmung zu der Ihnen vorliegenden Beschlussempfehlung mit der soeben vorgetragenen Änderung. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU und von Minister Herrn Bischoff)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank für die Berichterstattung, Frau Kollegin Feußner. - Der Minister hat mir gerade zur Kenntnis gegeben, dass er gern erst den Fraktionen zuhören würde.

Wir treten jetzt in die vereinbarte Dreiminuten-debatte ein. Als Erste hat für die Fraktion DIE LINKE Frau Dr. Klein das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Danke, Herr Präsident. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich etwas dazu sagen, warum sich unsere Fraktion bei der Entlastung des Landeshaushalts 2011 der Stimme enthalten wird. Diesbezüglich gab es in diesem Jahr viel Ärger; vielleicht erinnern Sie sich.

Es gab 45 zusätzliche Stellen am Landeshaushalt vorbei. Es gab massive Kritik der EU am Umgang mit den EU-Geldern, und es gab einen Nachtrags-haushalt, der die Steuermehreinnahmen nachträglich großzügig verteilte, insbesondere auch im Kulturhaushalt, in den Stiftungen sowie im Landesamt für Denkmalschutz und Archäologie, und die Möglichkeiten zur Absenkung der Schulden nicht voll nutzte.

Aber ich werde nichts dazu sagen; denn seit zwei Tagen werde ich als Ausschussvorsitzende damit genervt, dass die Beschlussempfehlung für die

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2011 zurückzuziehen ist. Frau Feußner hat in ihrer Berichterstattung den strittigen Punkt genannt.

Ein Kollege - schön, dass sich noch einer für den Rechnungsprüfungsbericht interessiert - hat entdeckt, dass es einen Beschluss der beiden Ausschüsse gibt, der seiner Meinung nach nicht stimmt.

Nun liegt uns der Prüfbericht des Landesrechnungshofs seit dem Jahr 2012 vor. Wir haben sehr lange darüber diskutiert. Abschließend haben wir den Beschluss am 10. April 2013 gefasst. Gestern hieß es: April, April! - So können wir damit jedoch nicht umgehen.

Es ist auch schön, dass die Koalitionsfraktionen darüber geredet haben - schon vor eineinhalb Wochen. Es wäre schön gewesen, man hätte in dem Fall auch einmal der Opposition signalisiert: Leute, wir haben an dieser Stelle ein Problem.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ich bin nur als Ausschussvorsitzende gefragt worden. Als Ausschussvorsitzende sage ich: Na gut, dann machen wir das so. - Aber wir hätten natürlich auch fraktionsübergreifend sagen können, dass wir das noch einmal diskutieren. Das hätte ich darunter verstanden, wenn wir sagen, wir leben Demokratie wirklich. Aber nein, mir wurde gestern mitgeteilt: Wir ziehen den Beschluss jetzt zurück.

Wir haben noch versucht, eine Möglichkeit zu finden, nicht den ganzen Beschluss zurückziehen zu müssen, sondern nur einen Punkt, damit das Thema vom Tisch ist; denn sonst schleppen wir das Thema noch bis ins Jahr 2015, wenn es so weitergeht. Das muss nicht sein.

Wie gesagt, es wäre sehr schön, wenn zukünftig alle in die vorliegenden Prüfberichte schauen könnten, ob sie vielleicht den einen oder anderen Punkt finden, für den man sich in ihrer Fraktion interessieren könnte, den man gemeinsam in den beiden Ausschüssen diskutieren kann - möglicherweise auch im Fachausschuss, wenn er mehr dazu zu sagen hat -, und wir dann gemeinsam eine Regelung finden, wie wir mit solchen Dingen umgehen. - Danke schön.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Klein. - Für die SPD spricht jetzt der Abgeordnete Herr Graner. Bitte schön, Herr Kollege.

Herr Graner (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob Sie Artikel 97 der Landesverfassung kennen. Wahrscheinlich nicht. Das ist auch gar nicht so schlimm; denn natürlich sind

die ersten Artikel der Landesverfassung wichtiger als der Schluss. Aber in Artikel 97 Abs. 3 geht es um die Entlastung der Landesregierung. Dort steht - ich zitiere -:

„Der Landtag beschließt über die Entlastung der Landesregierung aufgrund der Haushaltsrechnung und der Berichte des Landesrechnungshofs.“

Genau das machen wir im Moment. Wir machen also genau das, was uns die Landesverfassung vorgibt, und ich denke, es ist an dieser Stelle wichtig, auch auf diesen Zusammenhang hinzuweisen.

Ich habe der Berichterstattung von Frau Feußner nichts hinzuzufügen, außer einem Dank an die Beteiligten, die sich an dem ganzen Prüfverfahren, an der Entlastung der Haushalte beteiligt haben. Insbesondere geht mein Dank an das Ausschusssekretariat, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums der Finanzen, aber auch der anderen Ministerien, selbstverständlich an den Landesrechnungshof.

Zudem - auch das ist mir wichtig - gilt mein Dank den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern auch in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen; denn ohne deren Steuerleistungen könnten wir solche Haushalte nicht beschließen und hier heute auch nicht entsprechend entlasten.

Ich möchte mich der Bitte von Frau Dr. Klein anschließen, die Kolleginnen und Kollegen noch einmal aufzufordern, auch die Berichte des Landesrechnungshofs ernst zu nehmen und zu lesen. Ich weiß, dass man wahrscheinlich nicht den Bericht in seiner Gänze lesen kann, aber zumindest die Bereiche, in denen es um die eigenen Themen geht, wo man als Fachpolitiker selbst betroffen ist, diese wirklich zur Kenntnis zu nehmen und auch durchzuarbeiten.

Es geht meines Erachtens nicht nur darum, bei der Vergabe von Fördermitteln, bei Projektförderungen und Ähnlichem immer an erster Stelle zu stehen und Gelder für die eigene Region zu requirieren, sondern zu prüfen, was mit den Geldern passiert, wie sie abgerechnet werden und wie das im Einzelnen läuft. Ich halte es für relativ wichtig, dass das geschieht.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Frau Dr. Klein, ich stimme Ihnen zu: Das Verfahren von gestern und heute war nicht optimal. Das hätte besser laufen können. Das kann ich hier auch selbstkritisch einräumen. Aber ich hoffe, dass wir am Mittwoch, in der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses, das Thema noch einmal adäquat behandeln können.

Was die Prüfung des Landesrechnungshofs angeht, werte Kolleginnen und Kollegen: Meines Er-

achtens ist es wichtig, dass Prüfer, die eine Einrichtung prüfen, vor allen Dingen zwei Dinge sind: nämlich kompetent und unabhängig. So wie die Prüfungen bisher abgelaufen sind, habe ich zumindest manchmal Zweifel daran, dass diese beiden Anforderungen wirklich in Gänze erfüllt sind. Auch deshalb finde ich es wichtig, dass wir das Thema noch einmal im Einzelnen diskutieren.

(Zustimmung von Minister Herrn Bischoff)

Meine Damen und Herren! Insgesamt ist der Landeshaushalt in wesentlich besserer Verfassung als ich im Moment.

Ich bitte Sie um Zustimmung zur Beschlussempfehlung. - Danke.

(Zustimmung bei der SPD und von Minister Herrn Bischoff)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank und gute Besserung. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt der Kollege Meister. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Herr Meister (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mich in meiner Rede mit der Haushaltsrechnung befassen und ein wenig den Finanzminister kritisieren, wie man das so macht.

Jetzt haben wir aufgrund der Änderungen, die es Bezug auf Nr. 14, Seite 80 der Drs. 6/2915, gegeben hat, eine etwas andere Situation.

Ich finde den Vorgang bemerkenswert. Der Ausschuss hat am 10. April 2013 die Dinge beschlossen. Jetzt, ein Jahr später, fällt ihm unmittelbar in der Sitzung des Landtags ein, dass man das anders haben möchte. Ich finde diese Art und Weise des Umgangs miteinander und die Art und Weise, wie man eine Beschlussfassung im Ausschuss herbeiführt, diskutiert und trägt, zumindest schwierig.

Ich komme zum Inhalt. Der Punkt 14 beinhaltet den berühmten Magdeburger Bahnhofstunnel. Ich möchte gar nicht auf die bauliche Geschichte eingehen. Dort wird eine Brücke untertunnelt. Das macht nicht sonderlich viel Sinn. Deswegen wird das Ganze auch gern hinterfragt.

Wir wollen ca. 6,5 Millionen € - um diese Summe geht es - zurückstellen und für diesen Tunnel ausgeben, obwohl wir als Land keinen Nutzen davon haben. Das ist etwas anderes, als es der Landesrechnungshof vorschlägt und auch etwas anderes, als es der Ausschuss beschlossen hat. Das entspricht in etwa dem Betrag, den wir im Rahmen der Haushaltsdebatte im Bereich der Kultur gekürzt haben. Draußen gab es dazu große

Demonstrationen und hier geht dieser Betrag so en passant mal weg. Das ärgert mich wirklich.

Wir werden uns dem bei der Haushaltsrechnung nicht verschließen und uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Diesen Punkt werden wir in der Debatte im Ausschuss begleiten.

Der Magdeburger Tunnel steht bereits am Mittwoch im Rechnungsprüfungsausschuss auf der Tagesordnung. Aber man muss sich das wirklich auf der Zunge zergehen lassen. Ist das die Priorität, die wir im Haushalt setzen? Das ist der Punkt. Von diesen Mehrausgaben in Höhe von 6,5 Millionen € hat das Land überhaupt nichts. Es gibt keinen Nutzen für das Land in irgendeiner Form.

Der Tunnel wird gebaut oder nicht. Einen Sinn hat er nicht sonderlich. Zumindest habe ich im Plenum bisher nicht gehört, dass sich jemand überzeugt hinter diesen Tunnel stellt. Niemand hat gesagt, lasst uns nicht noch diese Fördermittelsumme einsetzen. Aber gut, das werden wir dann im Ausschuss besprochen. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Meister. - Für die CDU-Fraktion

(Frau Feußner, CDU: Ich verzichte!)

verzichtet Frau Feußner auf ihren Redebeitrag. Dann spricht jetzt der Minister der Finanzen Herr Bullerjahn. Bitte schön.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Feußner, ich wollte dem Ausschuss erst einmal danke für die geleistete Arbeit sagen. Für uns schließt sich damit der Zyklus Haushaltsjahr 2011. Ich gehe fest davon aus, dass auch, wenn es diese Gründe nicht gegeben hätte, Frau Klein, DIE LINKE gesagt hätte, wir stimmen eh nicht zu.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Das stimmt nicht!)

Damit muss man aber auch umgehen, dass man eine unterschiedliche Sicht auf die Dinge hat. Darauf, dass Sie sich um die Gesamtverschuldung solche Sorgen machen, werde ich bei der Haushaltseinbringung im September noch einmal zurückkommen.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Das haben wir auch im letzten Jahr gemacht! Das ist eine blanke Lüge!)

Ich hoffe, dass Sie mir dann genauso zur Seite stehen.

Ich würde nur darum bitten, dass wir den Haushalt 2011 nicht mit der Stadtratssitzung in Magdeburg verwechseln. Der Tunnel ist eines von vielen Pro-

jekten, die im Rahmen dieses Landeshaushaltes umgesetzt werden. Darüber kann man fachlich streiten. Dieses Thema ist in Magdeburg nicht unumstritten. Es gab aber Gründe dafür, dass diese Maßnahme durch das Land unterstützt werden soll.

(Zustimmung von Minister Herrn Bischoff)

Ich bitte Sie aber, dieses Thema jetzt nicht zu sehr mit dem Jahresabschluss und der Entlastung der Landesregierung zu verflechten, so nach dem Motto: Ich enthalte mich, weil ich dies und jenes habe. Dann würde wahrscheinlich jede Fraktion Punkte finden, an die sie mit einem gewissen Unbehagen, ob nun fachpolitisch oder regionalpolitisch gesehen, herangeht und sich vielleicht sagt, Mensch, das ist für mich schwierig.

Ich bitte das große Ganze zu sehen. Das Jahr 2011 reiht sich ein in eine bestimmte strategische Diskussion, die wir mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 im September 2014 tiefergehend erläutern werden. Insofern nochmals danke an diejenigen, die sich damit beschäftigt haben. Zu allem anderen will ich mich nicht äußern, weil ich selbst im Ausschuss nicht anwesend war.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Minister. - Es stellt niemand den Antrag, die Debatte neu aufzumachen. Dann beenden wir diese hiermit und kommen zum Abstimmungsverfahren über die Drs. 6/2915. Frau Feußner hat die Änderungsanträge genannt. Ich lese sie jetzt noch einmal vor, damit man den Text noch einmal hört, und lasse darüber getrennt abstimmen.

Auf Seite 1 unter Punkt 1 soll nach den Worten „des Landes Sachsen-Anhalt“ die Passage „mit Ausnahme Einzelplan 14 - Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr - Kapitel 14 05 - Allgemeine Aufgaben des Straßenbaus - Abschnitt B Nr. 14 - Ungenügende Belastbarkeit der Gesamtkosten und fehlende gesamtwirtschaftliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bei der Eisenbahnkreuzungsmaßnahme Ernst-Reuter-Allee der Landeshauptstadt Magdeburg“ eingefügt werden.

Wer stimmt dieser Änderung zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE. Damit ist diese Änderung beschlossen worden.

Zweite Änderung. Nach den Worten „Entlastung erteilt“ wird der Satz „Insoweit wird der von der Entlastung ausgenommene Teil zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen zurück überwiesen.“ eingefügt.

Wer stimmt dieser Änderung zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch diese Änderung beschlossen worden.

Ich lasse nunmehr über die Punkte 1 bis 6 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen in der geänderten Fassung abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das ist niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist die Beschlussempfehlung in der geänderten Fassung angenommen worden und wir haben den Tagesordnungspunkt 15 abgearbeitet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 24** auf:

Beratung

Geheimhaltung beenden - Freihandelsabkommen (TTIP) stoppen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/2920**

Alternativantrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/2954**

Alternativantrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/2961**

Einbringer ist Herr Dr. Thiel. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Vorbereitung dieses Antrages und in Vorbereitung auf diese Rede bin ich beim Sichten des Materials immer wieder in Zweifel gekommen über die öffentlich propagierte Rolle von Politik in unserer globalisierten Welt. Das kulminiert sich für mich zu der Frage: Ist Politik ohnmächtig geworden gegenüber globalen Entwicklungen? Oder ist diese Ohnmacht verbunden mit der schleichenden Entmachtung der Politik, wie sie beispielsweise bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA zum Tragen kommt?

(Zustimmung von Herrn Czeke, DIE LINKE)

Berechtigerweise werden in der gegenwärtigen öffentlichen Debatte Beispiele für dieses Abkommen genannt, wie das Desinfizieren von Hühnerfleisch mit chlorhaltigen Chemikalien, die Verabreichung von Wachstumshormonen in der Fleischproduktion oder die Einfuhr gentechnisch veränderter Produkte, wie wir das bereits gestern in diesem Hohen Haus diskutiert haben. Damit werden unmittelbar Verbraucherinteressen angesprochen.

Aber, meine Damen und Herren, es geht eigentlich um etwas anderes, was die Entmachtung von Politik betrifft. Das ist vor allem die strikte Geheimhaltung der Details der Verhandlungen, die künftige Aushebelung von Standards, von Arbeitnehmerrechten, von sozialen und Umweltstandards und die Beseitigung von rechtsstaatlichen Prinzipien beim so genannten Investorenschutz.

Aber diese eventuelle Ohnmacht schützt die Politik nicht vor der Frage, wem eigentlich welche Vereinbarungen nützen, und zwar außerhalb der Hochglanzbroschüren, der Talkshows oder der Pressestatements.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Lohnt es sich, Brüssel dafür danke zu sagen, wie wir es vorgestern in diesem Hohen Haus gehört haben?

Die USA und die Europäische Union sind die weltweit am stärksten miteinander vernetzten Wirtschaftsregionen. Mit etwa 10 % der Weltbevölkerung erwirtschaften sie 50 % des Weltsozialprodukts. Im Jahr 2011 entfielen beispielsweise 4 % des weltweiten Warenhandels auf den transatlantischen Warenhandel. Beim Dienstleistungshandel betrug der Anteil mehr als 11 %.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben in den USA Investitionen in Höhe von etwa 1,6 Billionen \$ getätigt, die USA haben in Europa etwa 2,1 Billionen \$ investiert.

Wie ist es zu bewerten, wenn sich zwei starke Partner gleichzeitig stärker machen wollen und dann noch einer davon, nämlich die USA, mit weiteren Partnern im asiatischen Raum zugleich geheime Verhandlungen führt? - Die Staaten in der sogenannten dritten Welt, die dringend wirtschaftlicher Entwicklung bedürfen, werden außen vor gelassen oder abgekoppelt.

(Beifall bei der LINKEN)

Man muss sich wirklich nicht wundern, wenn führende Politiker Deutschlands dazu aufrufen, mangelnde Sicherheit mit militärischer Stärke herzustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, freier und fairer Handel zum Nutzen aller Beteiligten sieht anders aus.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Viel wichtiger wäre ein globales Abkommen im Rahmen der WTO-Verhandlungen. Leider ist in den letzten 20 Jahren relativ wenig passiert, was Wirtschafts- und Finanzentwicklungen in einer globalisierten Welt betrifft.

Denn die Hauptfrage der Debatte sollte nicht das „Chlorhühnchen“ sein, sondern die Frage, wie alle Länder, insbesondere die Entwicklungsländer, bes-

ser in den Welthandel einzubeziehen sind, damit sie an der propagierten These von Wertschöpfung und Wohlstand teilhaben können. In diesem Sinne ist eine Forderung nach dem Stopp der Verhandlungen eine logische und folgerichtige Konsequenz,

(Zustimmung bei der LINKEN)

insbesondere auch wegen der Geheimniskrämerei. Beteiligte werden zum Stillschweigen verpflichtet.

Vertraulich bedeutet aber auch im Sinne der Verhandler, dass in den USA die 700 größten US-Firmen, von denen die meisten auch in der EU tätig sind, einen direkten Zugriff auf TTIP-Verhandlungstexte und -Dokumente bekommen haben, damit diese Firmen konkrete Formulierungsvorschläge direkt an den Verhandlungsführer geben können. Wieso ist ihnen das erlaubt und uns als Politikern nicht?

Jedoch ist im Zeitalter von NSA und Wikileaks Vertraulichkeit offenbar ein unmögliches Verlangen. Öffentliche Proteste sind erst entstanden, als zielgerichtet Informationen über Verhandlungsgegenstände bekannt geworden sind. Die Proteste gibt es zu Recht, weil am Ende die Verbraucherinnen und Verbraucher die Betroffenen im Guten wie im Bösen sind.

Es trifft die alte Wahrheit zu, dass manche Politiker tatsächlich befürchten, dass es zu einem breiten Widerstand kommt, wenn alle Fakten auf den Tisch gelegt und abgewogen werden müssen. Der ehemalige US-Botschafter bei der EU, Stuart Eizenstat, hat die amerikanische Denkweise in diesen Prozessen in einem Fernsehinterview auf den Punkt gebracht. Er hat gesagt:

„Was für eine amerikanische Familie gutes Essen ist, sollte auch für eine europäische Familie gutes Essen sein.“

Wobei wir im Hinterkopf behalten sollten, dass in den USA der Verbraucher nachweisen muss, dass das Produkt für ihn schädlich ist, während in Europa die Produkthaftung beim Produzenten liegt; er hat den Nachweis zu führen. Dann ist natürlich klar, dass für die Amerikaner die Standards hier viel zu hoch sind.

Die Bundesregierung versichert in ihren Statements immer wieder, dass die hohen Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerstandards nicht gefährdet seien. Dann bestünde doch eigentlich auch in diesem Bereich keine Geheimhaltungspflicht. Was soll ansonsten verhandelt werden?

In der Broschüre der Bundesregierung „zehn gute Gründe für ein Freihandelsabkommen“ beschreibt sie als Beispiele für gegenseitige Anerkennung von Standards die Farbe der Blinker im Auto - rot in den USA und orange in der Europäischen Union - oder das Polster im Autodach.

Da sich Autofahrer in den USA ungern anschnallen - so können wir lesen -, müssen dort die Autodächer besonders gepolstert sein. Mal abgesehen davon, dass das schon Realsatire ist oder sich für die „Heute-Show“ eignet, ist es im Allgemeinen so, dass man bei einem Unfall entweder nach vorne oder nach hinten fliegt und weniger mit dem Kopf durch die Decke.

(Heiterkeit bei der LINKEN - Herr Borgwardt, CDU: Wand! - Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

Dann wäre es ehrlicher zu sagen, worauf es wirklich ankommt. Was will die Automobilindustrie? Was will die pharmazeutische Industrie oder der Agrarsektor in den USA erreichen? Welche Standards sollen hier abgesenkt werden?

Weiterhin gibt es auch ziemliche Zweifel an der Seriosität der damit verbundenen Studien, die in Auftrag gegeben worden sind, zum Beispiel die von Bertelsmann. Wachstum und Arbeitsplätze werden vorausgesagt. Das werden wir vielleicht noch in den Redebeiträgen hören.

Der erste Fakt ist: In den USA trägt der Außenhandel etwa zu 14 % zum Bruttoinlandsprodukt bei; davon entfällt ein Fünftel auf die Europäische Union. Also ist die Frage zu stellen, wie soll dieser Bereich mit einem Umfang von 3 % zu einem vorausgesagten Wachstum für die amerikanische Wirtschaft von 14 % beitragen?

Fakt zwei: Für das Land Sachsen-Anhalt wird ein Zuwachs von etwa 2 000 Arbeitsplätzen vorhergesagt mit einem Wertschöpfungszuwachs in Höhe von 72 Millionen €. Das entspricht bei unserem BIP in Höhe von etwa 50 Milliarden € einem Anteil 0,1 %. Frei nach Manfred Krug könnte man sagen: Worüber redest du eigentlich beim TTIP?, fragten die Bauern und lächelten finster.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren? Was sind die eigentlichen Knackpunkte, die die Intransparenz schützen soll? - Das sind zum einen die Fragen der regulatorischen Kooperation. Im durchgesickerten Verhandlungsmandat wird von einer schrittweisen Verwirklichung der Kompatibilität der Regulierungssysteme gesprochen.

Das bezieht sich aber keineswegs nur auf bestehende Handelshemmnisse, sondern es soll offensichtlich so weit gehen, dass die Art und Weise, wie zukünftig diesseits und jenseits des Atlantiks Gesetze und Regulierungen mit Einfluss auf Handels- oder Investitionsbedingungen erlassen werden, verändert wird. Die USA und EU-Lobbyverbände wie die American Chamber of Commerce oder Business Europe schreiben dazu, Interessengruppen würden mit Regulierern zusammen an einem Tisch sitzen, um gemeinsam Gesetze zu schreiben.

Auch wenn sich das formale Gesetzgebungsverfahren in der EU und den USA nicht ändert, besteht die Gefahr einer institutionalisierten frühzeitigen Einbindung von demokratisch nicht legitimierten Interessenverbänden.

Der zweite Knackpunkt ist das Investor-Staat-Klageverfahren. Ausländischen Investoren werden damit weitgehende Schutzrechte zugesichert, die vor ungerechtfertigter Behandlung, Diskriminierung, Einschränkung des Kapitalverkehrs sowie direkter oder indirekter Enteignung schützen sollen.

Ursprünglich war das für Staaten mit mangelhafter Gerichtsbarkeit eingeführt worden. Aber diese Schiedsverfahren haben in den letzten Jahren vor allem gezeigt, dass hier außerhalb jeglicher Mitsprache Vereinbarungen getroffen wurden, um Staaten zu belasten. Denn nur die Investoren können gegen den Staat klagen, aber umgekehrt funktioniert das nicht.

Bis Ende 2012 gab es weltweit 514 solcher Verfahren. In rund 30 % der Fälle gewinnen die Kläger, in 30 % aller Fälle wird ein Vergleich abgeschlossen und in 40 % der Fälle gewinnt der beklagte Staat. Das klingt gut. Aber wenn man eins und eins zusammenrechnet, heißt das, dass in 60 % der Fälle der Staat auf der Verliererstraße ist und die Steuerzahler die Investoren mit ihren Steuermitteln bezahlen müssen.

In Deutschland wird geklagt: Vattenfall gegen den deutschen Atomausstieg oder gegen zu hohe Umweltauflagen für das Kohlekraftwerk in Hamburg-Moorburg. Nach unserer Auffassung würde der geplante Investitionsschutz den demokratischen Rechtsstaat untergraben, da er Unternehmen die Möglichkeit bietet, über private Schiedsgerichte nationale Gesetze und Gerichte zu umgehen.

Nun hat der Bundesrat der Bundesregierung mehrheitlich empfohlen, in Gesprächen mit Brüssel darauf hinzuwirken, dass diese Vereinbarungen aus dem Verhandlungspapier gestrichen werden. Das sieht EU-Handelskommissar De Gucht jedoch anders.

Zwar soll klargestellt werden, dass Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzauflagen keine Benachteiligung ausländischer Konzerne oder indirekte Enteignungen darstellen. Aber darauf verzichten will Herr De Gucht dennoch nicht, da nach seiner Auffassung die nationalen Gerichte in den USA ausländischen Investoren oft keinen ausreichenden Schutz bieten. - Deshalb wäre es doch wesentlich zielführender, zuerst über Rechtsstaatlichkeit in den USA zu verhandeln und dann über die Dinge, die danach kommen sollen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Auf zwei Zielgruppen in den Verhandlungen möchte ich noch mal besonders hinweisen. Das ist einmal der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Hierzu finden wir gerade in den Statements aus der kommunalen Familie sehr viele Hinweise auf Gefahren, die mit der weiteren Liberalisierung von Dienstleistungen wie der Wasserversorgung, der Bildung und der Gesundheit einhergehen. Zahlreiche Belege zeigen, dass die profitorientierte Vermarktung dieser Dienstleistungen eben nicht mit Preissenkungen, sondern oftmals mit Preissteigerungen verbunden war, dass es Qualitätsverluste oder auch die Auszehrung der kommunalen Infrastruktur gab.

Die zweite Zielgruppe ist unser einheimischer Mittelstand, der zu 95 % unsere Wirtschaft prägt. Da ist die Frage zu stellen, was er eigentlich von diesem Freihandel hat. Ich bin auf die Ausführungen des zuständigen Ministers dazu sehr gespannt. Schließlich sind nicht alle Firmen in Sachsen-Anhalt Zulieferer von Automobilkonzernen, Pharma- oder Chemieunternehmen.

Unsere Wirtschaft würde im eigenen Heimatmarkt in direkter Konkurrenz zu exportstarken Unternehmen mit niedrigen Sozialstandards und damit mit niedrigerer Kostenstruktur stehen, ohne mit diesen am amerikanischen Markt konkurrieren zu können. Es gefährdet doch die Wirtschaftsentwicklung, wenn nicht alle Wettbewerber auf dem lokalen Markt auch den lokalen günstigen Standards unterworfen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wachstums- und Arbeitsplatzeffekte sind beim TTIP, wie es in der Fachsprache heißt, marginale Effekte, obwohl gerade diese für die Begründung herhalten müssen. Also muss es doch andere Prinzipien geben, deren Vereinbarung wesentlich wichtiger ist als diese einleuchtenden Argumente, die immer wieder als Totschlagargument gegen kritisches Denken vor sich hergetragen werden.

Wieso soll die Hauptfrage, wie wollen wir künftig leben, was wollen wir künftig konsumieren und unter welchen Bedingungen sollen unsere Produkte hergestellt werden, durch das TTIP nur noch auf die Definition marktfähiger Produkte und Dienstleistungen reduziert werden? Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden für uns das TTIP und die dazugehörigen Verhandlungen eines der zentralen Themen für die Europawahl am 25. Mai dieses Jahres sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Man kann allen Abgeordneten, die dafür kandidieren, die Frage stellen: Wie stehst du dazu? Wie wirst du dich dazu einbringen? Denn das Europäische Parlament hat nur die Möglichkeit, entweder Ja oder Ja zu einem ausverhandelten Abkommen zu sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere politische Forderung lautet deshalb, über den Freihandel alternativ zu verhandeln als ein globales

Konzept, bei dem es nicht viele Verlierer, sondern vor allem Gewinner gibt. Wir wollen eben weltweit Lohn-, Sozial- und Umweltdumping verhindern. Wir wollen hohe Qualitätsstandards für Konsumgüter und Dienstleistungen in den USA und in der Europäischen Union. Wir wollen Unternehmen für Verstöße gegen diese Standards auch weiterhin zur Rechenschaft ziehen können.

Deshalb sollte unsere Forderung nach einem Stopp der Geheimgespräche und nach einer Vereinbarung anderer Handlungsmandate verständlich sein. Ich hoffe, dass Sie deshalb unserem Antrag mit breiter Mehrheit zustimmen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Kollege Dr. Thiel, für die Einbringung. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Möllring. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Grundziel der transatlantischen Freihandelsabkommen ist es, durch die Schaffung einer Freihandelszone zwischen den USA und der Europäischen Union Arbeitsplätze garantieren, zu generieren und Wirtschaftswachstum zu fördern. Dieses Ziel soll durch den Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen sowie durch die Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung schutzwürdiger Standards verwirklicht werden.

Die Verhandlungen über die sogenannte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft - abgekürzt TTIP - werden aufseiten der EU von der Europäischen Kommission geführt. Die Grundlage dieser Verhandlungen ist ein vom Rat erteiltes Verhandlungsmandat.

Während der gesamten Verhandlungen hält die EU-Kommission die EU-Mitgliedsstaaten im Rat und das Europäische Parlament über die Entwicklung auf dem Laufenden. Vorgestern wurden die Leiter der Landesvertretungen in Brüssel informiert.

Die EU-Kommission und die Bundesregierung haben zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um Wirtschaftsverbände, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Vertreter anderer gesellschaftlicher Interessengruppen vor und während der Verhandlungen über das geplante Abkommen zu informieren, Einschätzungen zu erhalten und Positionen zu erfragen. Gestern ist auch eine entsprechende Internet-Seite eingerichtet worden.

So hat die EU-Kommission bereits im Vorfeld der Verhandlungen mehrere Konsultationen durchgeführt. Auch vor, während und nach jeder Verhand-

lungsrunde organisiert sie Anhörungen sowie Informationsveranstaltungen und veröffentlicht entsprechende Positionspapiere.

Allerdings vertritt die Bundesregierung auch die Position, dass die Verhandlungen auf der Basis von vertraulichen Unterlagen vertraulich geführt werden müssen; denn wenn die europäischen Verhandlungsstrategien und Rückfallpositionen vorab veröffentlicht werden würden, dann wären sie wertlos. Es macht jeder so, dass er bei Verhandlungen nicht gleich seine Grenzlinie aufschreibt.

Meine Damen und Herren! In mehreren Entschlüssen wurde die Bundesregierung vom Bundesrat aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesländerinteressen insbesondere dann, wenn Länderkompetenzen tangiert werden, in den Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen hinreichend berücksichtigt werden.

In einer weiteren Entschlüsselung forderte der Bundesrat die Bundesregierung zudem auf, dafür zu sorgen, dass auch die Bundesländer über die Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen umfassend und kontinuierlich informiert werden. Diese Forderung wird auch durch den vorliegenden Alternativantrag unterstützt. Das Gleiche findet übrigens in den USA statt. Die Mitgliedstaaten der USA verlangen das natürlich entsprechend auch. Inzwischen kommt die Bundesregierung diesem Ansinnen nach.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie wird auf der nächsten Wirtschaftsministerkonferenz über den aktuellen Stand des Freihandelsabkommens berichten. Anfang April findet darüber hinaus im Bundeswirtschaftsministerium ein Gespräch zum aktuellen Verhandlungsstand mit den Landwirtschaftsministerien statt.

Bisher haben vier Verhandlungsrunden zwischen der EU und den USA stattgefunden. Die letzte Verhandlungsrunde fand vor zwei Wochen in Brüssel statt, also vom 10. bis 14. März 2014. Die nächste Verhandlungsrunde sowie eine Bestandsaufnahme sind vor der Sommerpause 2014 vorgesehen. Der weitere Zeitplan hängt natürlich von den kommenden Verhandlungen ab.

In Bezug auf die Verhandlungspraxis können wir durchaus von Fortschritten sprechen. Das ist mit Blick auf die Krim-Krise auch nicht verwunderlich. Unabhängig davon bewegt sich die EU-Kommission inzwischen auf die Kritiker des Freihandelsabkommens zu. So will sie, um nur ein Beispiel zu nennen, den umstrittenen Investorenschutz eng begrenzen und vor allem auch transparenter gestalten. Auch die vielen Sorgen in Sachen Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz, die Sie gerade angesprochen haben, sollen berücksichtigt werden.

Ich darf aus einem Papier der Kommission zitieren:

„Über Standards und Regulierungen spricht die EU mit den USA allerdings nur unter einer strikten Bedingung: dass wir unsere in Europa erreichten Schutzmechanismen nicht aufgeben oder verwässern. Das gilt für Gesundheit und Umwelt genauso wie für den Verbraucherschutz; so ist beispielsweise Hormonfleisch in der EU nicht zugelassen, und daran wird sich auch mit dem geplanten Handelsabkommen nichts ändern. Rechtsangleichungen und gegenseitige Anerkennung werden nur dann möglich sein, wenn auch eine echte Übereinstimmung in den erforderlichen Sicherheits- und Umweltstandards garantiert ist.“

Das ist natürlich selbstverständlich; denn wir können zum Beispiel im Agrarbereich die Verbreitung nicht kennzeichnungskonformer Produkte oder die Behandlung mit umwelt- und gesundheitsgefährdenden Stoffen usw. durch dieses Handelsabkommen nicht akzeptieren. Das ist selbstverständlich. Darauf muss auch geachtet werden. Die EU hat das zugesagt. Ich hoffe, dass die Zusagen auch eingehalten werden; ansonsten könnte man dem nicht zustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Herr Minister, Frau Frederking würde Sie gern etwas fragen. - Bitte schön, Frau Frederking.

Frau Frederking (GRÜNE):

Herr Minister Möllring, welches Landesinteresse hat Sachsen-Anhalt denn an dem Freihandelsabkommen? Zweite Frage: Sind Ihnen Produkte bekannt, die Sachsen-Anhalt gern aufgrund des Freihandelsabkommens in die USA liefern würde?

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Zur ersten Frage. Die USA sind nach China das zweitwichtigste Exportland, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Auf Drängen der Bundesländer hat die EU-Kommission gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen entsprechende Verabredungen getroffen.

Es kann für uns nur gut sein, wenn wir weniger Restriktionen haben, weil gerade die kleinen und mittleren Unternehmen, die in Sachsen-Anhalt vorherrschend sind und die sich eben nicht mit großer Bürokratie befassen wollen, besser in die USA exportieren können.

Zu den einzelnen Produkten kann ich im Moment leider nichts sagen.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Herr Minister, Herr Dr. Thiel hat noch eine Frage.

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Herr Minister, im Juni des vorigen Jahres wurden im Bundesrat zwei Resolutionen zum TTIP verabschiedet. Das betrifft zum einen die allgemeinen Standards, die man auf Antrag einiger Länder setzen wollte. Die zweite Entschließung bezog auf das Herauslassen des audiovisuellen und kulturellen Bereichs.

Der zuletzt genannten Entschließung haben Sie als Regierung zugestimmt. Meine Frage lautet: Warum haben Sie sich der Stimme enthalten, als es darum ging, dafür zu sorgen oder der Bundesregierung mit auf den Weg zu gehen, dass hohe Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz einzuhalten sind? Warum haben Sie sich an dieser Stelle der Stimme enthalten?

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Das weiß ich nicht. Ich kenne das Abstimmungsverhalten der Landesregierung Mitte des letzten Jahres im Bundesrat nicht. Da ich nicht weiß, wie sie damals abgestimmt hat, kenne ich auch die Motive nicht. - Das tut mir wirklich Leid.

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Okay, danke.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank. - Dann treten wir jetzt in die vereinbarte Fünfminutendebatte ein. Zuerst spricht für die SPD-Fraktion Herr Tögel. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Herr Tögel (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank, Herr Dr. Thiel, dass Sie die Initiative für diese Debatte heute hier ergriffen haben. Wir hatten auch mit dem Gedanken gespielt, das Thema in Form eines Antrages auf die Tagesordnung zu setzen, haben es aber erst einmal zurückgestellt, weil als wichtiges EU-Thema die Regierungserklärung von Minister Robra vorgestern auf der Tagesordnung stand. Insofern bestand das Interesse, diese Debatte zu führen, auch auf unserer Seite.

Allerdings ist dies eine Debatte, die nicht auf wesentliche Kompetenzen des Landtages abstellt. Handelsfragen obliegen der alleinigen Zuständigkeit der EU, also der EU-Kommission und, was ich sehr gut finde, des Europäischen Parlaments. Wir haben auch im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung über die Demokratisierung und über die verstärkten Aufgaben, die das EP hat,

diskutiert. Auch der Europäische Rat hat Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen

Wir haben den Alternativantrag auch deshalb vorgelegt, weil wir Handels- und auch Freihandelsabkommen nicht per se als schädlich oder als nicht nützlich bezeichnen wollen. Wir sehen durchaus eine Chance, bestehende Handelshemmnisse zu verändern. Deswegen haben wir das in Punkt 1 unseres Alternativantrages aufgenommen.

Ich kann schon aus Zeitgründen nicht auf die vielen Argumente, die von Ihnen und auch von Minister Möllring genannt wurden, im Einzelnen eingehen. Wir haben im letzten Punkt unseres Alternativantrags die Landesregierung aufgefordert, uns im Wirtschaftsausschuss und im Europa-ausschuss zu informieren. Wir müssen einmal sehen, wie häufig und in welchen Abständen wir das behandeln, was dabei sinnvoll ist, möglicherweise dann, wenn neue Ergebnisse und Informationen vorliegen. Ich bitte um Verzeihung, dass ich nicht auf alle Argumente im Einzelnen eingehen will und kann.

Aber die öffentliche Debatte, die wir führen, ist auch aus einem anderen Grund nicht schlecht. Die Diskussionen, die in den vergangenen Jahren zu Acta geführt wurden, haben gezeigt: Wenn sich eine Protest- und Diskussionsbewegung zu bestimmten Themen in Europa aufbaut, dann sind das Europäische Parlament und auch die Europäische Kommission sehr vorsichtig, bestimmte Dinge so zu gestalten, wie es von einer großen Protestbewegung kritisiert wird.

Mit der Bewegung gegen Acta oder mit der europäischen Bürgerinitiative „Right to water“ haben wir einiges erreichen können. Auch deswegen halte ich die Diskussion, die wir heute führen, auch wenn wir keine Zuständigkeiten im Rahmen der Handelsabkommen haben, durchaus für sinnvoll. Über Einzelheiten sollten wir dann im Ausschuss diskutieren.

Unter Punkt 2 ist - etwas kryptisch - der Verweis auf die Entschließung des Bundesrats erwähnt. Sie und Minister Möllring haben daraus bereits einiges zitiert. In dieser Entschließung sind all die Punkte aufgeführt, die aus unserer Sicht kritisch zu betrachten sind, etwa Fragen der Tarife, der Daseinsvorsorge, der Kennzeichnungspflichten sowie der allgemeinen, sozialen und Umweltstandards usw. Wir haben unter Punkt 3 einen Hinweis auf das gegeben, was uns besonders wichtig ist.

Der letzte Satz unter Punkt 3 macht deutlich, dass wir es für sinnvoll und notwendig halten, im Rahmen des Abkommens auch über das Thema Datenschutz zu reden. Wenn sich die USA weigern, Europa und seine Regierungen, die schließlich befreundete Regierungen sind, entsprechende Zusagen im Hinblick auf den Datenschutz zu geben, dann ist aus meiner Sicht eine Basis für ein Han-

delsabkommen dieser Tragweite nicht gegeben. Wir sollten an dieser Stelle als Europa sehr deutlich gegenüber den USA auftreten und deutlich machen, dass weder eine politische Spionage noch - das ist nicht minder gefährlich - eine Wirtschaftsspionage adäquate Mittel unter befreundeten Ländern sind.

Bei Punkt 4 unseres Antrages sollte noch eine kleine Änderung vorgenommen werden: Es soll nicht „Investitionsvorschriften“, sondern „Investitionsschutzvorschriften“ heißen. Am Ende dieses Satzes ist das Wort „ist“ durch das Wort „sind“ zu ersetzen.

In diesem Punkt sind wir mit Ihnen einer Meinung: Wir halten ein Investitionsschutzabkommen zwischen Staaten mit entwickelten Rechtssystemen nicht für notwendig. Sie haben vorhin auf die Geschichte hingewiesen. Für Entwicklungsländer, die überhaupt an westliche Investitionen kommen wollen, ist das sicherlich ein probates Mittel, aber zwischen entwickelten Staaten wie den USA und Europa ist das aus meiner Sicht so überflüssig wie ein Kropf.

Punkt 5 unseres Alternativantrages nimmt Bezug auf die größtmögliche Transparenz. Auch hierfür treten wir ein. Der Minister hat in seiner Rede auf einige Punkte hingewiesen, die in diesem Bereich durchaus vorangehen. Ich stimme mit ihm auch darin überein, dass man nicht immer alle Punkte auf den Markt tragen kann, aber an dieser Stelle habe ich großes Vertrauen in das Europäische Parlament.

Unter Punkt 6 bitten wir die Landesregierung, uns zu informieren. Ich bitte Sie, unserem Alternativantrag zuzustimmen und die beiden Anträge abzulehnen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Tögel. Die Kollegin Frau Dr. Klein möchte Sie gern etwas fragen.

Herr Tögel (SPD):

Nun habe ich meine Rede bei 0,00 Sekunden verbleibender Redezeit beendet und Sie machen meinen Erfolg kaputt, Frau Klein.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Ich habe nur eine Verständnisfrage. Unter Punkt 3 Ihres Alternativantrages heißt es:

„In der Europäischen Union geltende Standards, wie in Punkt 2 aufgeführt ...“

Worauf bezieht sich das? Wo finde ich diesen Punkt 2? Unter Punkt 2 Ihres Alternativantrags ist das nicht enthalten.

Herr Tögel (SPD):

Man hätte das auch anders formulieren können. Mit Punkt 2 ist die Bundesratsentschließung gemeint. In der Entschließung des Bundesrats sind zehn Punkte enthalten und darauf bezieht sich das. Wir haben auf das verweisen wollen, was uns besonders wichtig ist. Wir wollten aber nicht die gesamte Bundesratsentschließung zitieren, dann wäre der Alternativantrag drei Seiten lang geworden.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Das ist irreführend!)

- Wie in Punkt 2 unseres Antrags, nicht der Bundesratsentschließung. Es bezieht sich tatsächlich auf Punkt 2 unseres Alternativantrags.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Als Nächster hat Herr Kollege Meister für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte, Herr Abgeordneter.

Herr Meister (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Über den Sinn oder Unsinn des Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaftsabkommens TTIP wird mit einiger Leidenschaft gestritten. Wir haben heute drei alternativ zueinander stehende Anträge zu behandeln, die die Bandbreite der politischen Positionierung abbilden. Das Spektrum der Alternativen reicht von der Forderung, die Verhandlungen auszusetzen, bis zu der Forderung, die Verhandlungen entschlossen voranzutreiben.

Wir Bündnisgrüne fordern eine Aussetzung der Verhandlungen und einen Neustart auf der Basis von neuen transparenten Regularien. Tatsächlich ist es so, dass sich der Abbau von Handelshemmnissen zwischen Ländern und Regionen positiv auf die Wirtschaft der Beteiligten auswirken kann.

Um ein bisschen Lokalkolorit in die stark bundes- und europapolitisch geprägte Diskussion einzubringen, sage ich: In unserer Region war zum Beispiel die Abschaffung der Elbzölle eine über Jahrzehnte geführte politische Diskussion, die nach vielen Mühen erst im Jahr 1870 zum Ziel kam. Dies war damals ein längst überfälliger und für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region wesentlicher Schritt.

Vor diesem Hintergrund möchte ich den Ausführungen im Antrag von CDU und SPD bezüglich des Segens der Beseitigung von Handelshemmnissen gar nicht generell entgegenreten. Sei es die Harmonisierung von industriellen Standards, einfachere Marktzugänge für kleine und mittelständische Unternehmen oder der Abbau von umweltschädlichen Subventionen - es gibt diverse Handlungsfelder, in denen eine verbesserte Zu-

sammenarbeit der am TTIP beteiligten Staaten tatsächlich sinnvoll wäre.

Der Abbau der sogenannten tarifären Handelshemmnisse, also der klassischen Zölle, spielt eine eher untergeordnete Rolle, da die gegenwärtigen Zölle im Ergebnis von seit 1948 eingegangenen Abkommen ohnehin bereits verhältnismäßig gering sind.

Freihandel ist ein wesentlicher Aspekt für friedliche internationale Zusammenarbeit und Wohlstand. Diese Funktion kann er aber nur dann erfüllen, wenn er fair ist, nämlich die spezifische Situation der beteiligten Partner berücksichtigt, wenn klare soziale und ökologische Regeln bestehen und wenn deren Einhaltung gewährleistet ist.

An dieser Stelle eröffnet sich das breite Feld an Kritikpunkten zu den derzeitigen Verhandlungen zum TTIP. Es besteht die ernstzunehmende Gefahr, dass Sozial-, Umwelt-, Lebensmittel- und Gesundheitsstandards unter die Räder geraten und dass die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern wesentliche Einschränkungen erfahren. Wir wollen vor dem Hintergrund der Erfahrungen der letzten Jahre keine Deregulierung der Finanzmärkte. Wir wollen bessere Datenschutzstandards, nicht schlechtere.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Man muss vermutlich kein großer Anhänger von Bioprodukten sein, um die Behandlung von Hühnern mit Chlor irgendwie merkwürdig zu finden. Wenn sich die Europäische Union entschlossen hat, Importverbote für bestimmte Chemikalien zu verhängen, dann spricht einiges dafür, dass es dafür wirklich gute Gründe gab und gibt und dass eine pauschale Aufhebung des Verbots kaum sachgerecht sein kann.

Viele sogenannte Regulierungen wurden eben nicht grundlos eingeführt, sondern sind das Ergebnis langer gesellschaftlicher Prozesse und Auseinandersetzungen beiderseits des Atlantiks. Sie stellen demokratisch errungene Standards dar, die unser Zusammenleben regeln.

Wir wollen die Entscheidungshoheit über diese Standards nicht an Investor-Staat-Schiedsgerichte verlieren.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es besteht die Sorge, dass auch aktuelle Debatten, wie zum Beispiel zum Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft oder zum Fracking, nicht mehr unter den Aspekten von Risikoabschätzungen oder gesellschaftlicher Akzeptanz geführt werden. Wir befürchten, dass es zur Aushöhlung demokratischer Prinzipien kommt. Ich könnte die inhaltlich problematischen Teilbereiche noch weiter ausführen, will es damit aber bewenden lassen. Die Problemlage dürfte umrissen sein.

Die eben genannten Sorgen werden nicht dadurch kleiner, dass man bisher nicht von einer transparenten Verhandlungspraxis sprechen kann. Weder war das Verhandlungsmandat öffentlich zugänglich noch war das Europäische Parlament angemessen beteiligt. Die Öffentlichkeit tappt weitgehend im Dunkeln und war bis jetzt auf geleakte Dokumente angewiesen. Angesichts der Bedeutung der Angelegenheit ist ein solches Vorgehen nicht hinnehmbar.

Wir meinen, dass angesichts dieser Situation die Verhandlungen jetzt ausgesetzt werden müssen. Einen Neustart streben wir mit neuen, transparenten Regularien an, die die benannten Bedenken aufnehmen. Insgesamt gesehen wird man bei solchen neuen Verhandlungen deutlich kleinere Brötchen backen müssen, als dies von den Verantwortlichen beabsichtigt war.

Noch einige Worte zu den anderen vorliegenden Anträgen. Der Antrag der LINKEN benennt die Probleme korrekt. Allerdings findet sich der Titel „TTIP stoppen“ im Text selbst nicht wieder, wodurch sich unser Alternativantrag erforderlich machte.

Der Alternativantrag von CDU und SPD hat eine andere Zielrichtung als unser Antrag, weist aber trotzdem einige Lichtblicke auf. So ist die unter Punkt 4 formulierte Ablehnung von Investor-Staat-Schiedsverfahren zu begrüßen. Darin sind wir uns einig. Gleiches gilt für die unter Punkt 5 genannte Transparenz. Insofern ist bei diesen Punkten ein gewisser Konsens im Hohen Hause festzustellen.

Trotzdem reagiert in der Gesamtschau der Antrag nicht ausreichend auf die Problemlage, sodass wir ihn ablehnen werden. Ich bitte deshalb um Zustimmung zum Alternativantrag der Bündnisgrünen-Landtagsfraktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Meister. - Für die CDU spricht jetzt der Kollege Herr Geisthardt. Bitte, Herr Kollege.

Herr Geisthardt (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Freihandelsabkommen ist für Europa, für Deutschland eine Riesenchance. Natürlich darf es keine Standardabsenkungen bei Löhnen, Kultur und sozialen Sicherungssystemen geben.

„Aber wir müssen die Debatte auch einmal von ein paar Vorurteilen befreien, und ich bin sehr dafür, dass wir die Chance nutzen, dieses Freihandelsabkommen zum Erfolg zu führen.“

So im Originalton Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel auf der SPD-Vorstandsklausur in Potsdam.

Hubertus Heil, SPD-Wirtschaftsexperte, meint:

„TTIP bietet zweifellos große wirtschaftliche Chancen. Wir sollten sie uns nicht vergeben.“

Wir als CDU-Fraktion wollen dieses transatlantische Abkommen, und wir wollen, dass es ein Erfolg wird. Ich bin froh, dass wir damit mit unserem Koalitionspartner auf einer Linie liegen.

Meine Damen und Herren! Sie alle wissen: Selbstversorgung birgt gewisse Probleme. Nehmen wir ein Beispiel: Der Weinbau ist in Skandinavien deutlich schwieriger zu realisieren als in Italien; deswegen ist es einfacher, den Wein aus Italien in Skandinavien einzuführen.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Dafür mache ich aber kein Freihandelsabkommen mit den USA!)

Es ist genauso ein Problem, wenn Sie ein Auto bauen wollen und kein Öl haben. Sie müssen es sich also irgendwo im Welthandel besorgen.

Freier Handel sorgt dafür, dass wir Produkte und Dienstleistungen bekommen, dass wir diesbezüglich nicht beschränkt sind, und freier Handel schafft natürlich auch Wohlstand und Beschäftigungschancen für eine größere Anzahl von Menschen. Wenn es recht und richtig gemacht wird, dann wird auch die sogenannte Dritte Welt davon profitieren.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Na ja!)

Sie wissen, dass man nach dem Zweiten Weltkrieg im Oktober 1947 das GATT-Abkommen, das mittlerweile in der WTO aufgegangen ist, geschaffen hat. Das Grundprinzip war dasselbe wie das der Europäischen Gemeinschaft. Wir haben eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit angestrebt, damit ein besserer wirtschaftlicher Aufbau möglich ist und damit wir insgesamt die Gefahr von Konflikten untereinander reduzieren.

Meine Damen und Herren! Mit einer Transatlantischen Freihandelszone entsteht der größte Wirtschaftsraum weltweit. Den brauchen wir auch. Schauen Sie sich die Schwellenländer an. Schauen Sie sich Russland, China und Indien an. Wir brauchen eine ordentliche Wirtschaftsmacht, um da gegenzuhalten. Wir als Deutschland sind sehr exportorientiert und das sollten wir natürlich auch nicht vergeben. Unnötige Doppelregulierungen und Investitionsbeschränkungen in möglichst vielen Wirtschaftsbereichen zu beseitigen sollte dabei ein Ziel sein.

Natürlich - darin gebe ich Ihnen Recht, Herr Thiel -, Kritiker befürchten, dass Unternehmen erfolgreich gegen nationale und europäische Standards kla-

gen könnten. Hier werden menschlich verständliche Vorbehalte deutlich gemacht. Aber die Erfahrung aus der NSA-Affäre wird auch mit der Debatte um das Freihandelsabkommen vermischt, und eine solche Vermischung ist nicht sehr sinnvoll.

Deswegen meine ich: Die klaren Worte des Bundeswirtschaftsministers sind wichtig gewesen. Klar ist - das wird in unserem Alternativantrag deutlich gesagt -, dass wir als Verhandlungsgrundlage unsere bewährten Verbraucherschutz- und Umweltschutzstandards bewahren wollen. Sie sind nicht verhandelbar. Wenn sich die Amerikaner nicht darauf einlassen, ist es nicht unser Problem, sondern deren Problem. Das muss man einmal ganz klar sagen.

(Beifall bei der CDU)

Die Bundesregierung, voran der Wirtschaftsminister und natürlich auch der Justizminister, der mittlerweile auch für Verbraucherschutz zuständig ist, muss sowohl gut verhandeln wie auch unbegründeten oder überzogenen Ängsten entgegentreten. Das, was der Kollege Meister und der Kollege Dr. Thiel heute zum Teil gesagt haben, kann man zusammenfassen unter dem eingeführten schönen Begriff der „German Angst“, der deutschen Ängste gegen alles, was irgendwann einmal kommt.

Meine Damen und Herren! Wir in der CDU sehen mehr die Chancen und weniger die Risiken, getreu dem alten Wahlspruch von Gneisenau: „Konservativ heißt, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.“

(Herr Schröder, CDU, lacht)

Insofern werden wir uns in den beiden Ausschüssen entsprechend informieren lassen. Wir werden das auf all den Ebenen, die uns zugänglich sind, kritisch begleiten. In diesem Sinne bitte ich Sie, unserem Alternativantrag zuzustimmen.

Ich habe noch 9 Sekunden Redezeit, Herr Präsident; ich denke, ich bin in der Zeit geblieben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Geisthardt. - Der Kollege Dr. Thiel kann jetzt die Debatte für die Einbringerin, die Fraktion DIE LINKE, beenden. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Herr Präsident! Lieber Kollege Geisthardt, dann will ich Ihnen einmal die „German Angst“ vor dem, was die LINKEN so vorhaben, nehmen.

(Zustimmung von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE)

Da Sie alle, alle drei Fraktionen, in freudiger Erregung unseren Antrag abgelehnt haben, möchte ich mich einmal auf Ihre Punkte konzentrieren.

Herr Geisthardt, ich fange mit der Aussage an: Wenn wir es richtig machen, dann wird die Dritte Welt auch etwas davon haben. - Das ist ein starkes Stück.

(Zustimmung bei der LINKEN - Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Ha, ha! - Zuruf von Herrn Czeke, DIE LINKE)

Ich möchte das nicht weiter bewerten. Wir können im Europaausschuss noch über bestimmte Denkweisen in kolonialen Strukturen nachdenken. Ich wollte das eigentlich mit der Dritten Welt gemeinsam machen. Das ist eigentlich das Ziel der ganzen Angelegenheit. Aber gut, es ist schwierig.

Zu Ihren Alternativanträgen. Zu dem ersten Alternativantrag, dem der Fraktionen der CDU und der SPD. Punkt 1: Hoffnung, Chancen, Arbeitsplätze, Wohlstand usw. usf. Meine Damen und Herren, hören Sie doch endlich auf, Märchen zu erzählen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wohlstand und Wachstum wachsen von Jahr zu Jahr, unabhängig davon, ob es ein Freihandelskommen gibt oder nicht. Das sind ganz normale wirtschaftliche Entwicklungen. Mal wird es ein bisschen weniger, wie jetzt in Sachsen-Anhalt, wo wir im Jahr 2013 wieder einmal die rote Laterne bei der Entwicklung des Wirtschaftswachstums haben.

Bundesregierung und Bertelsmann-Stiftung gehen von 200 000 bis 400 000 Arbeitsplätzen und einem Wirtschaftswachstum von 4,7 % aus. Ja, in einem Zeitraum von zehn Jahren. Der Autor dieser Studie Professor Felbermayr hat selber gesagt: Die Grundbotschaft unserer Studie ist: Es wird nicht negativer.

(Herr Czeke, DIE LINKE, lacht)

Aber es wird auch nicht zu positiv. Wir reden bei der Beschäftigung von etwa 0,4 %. Er sagt, gut, das Abkommen bringe wenig, aber es sei die Politik, also auch das Wirtschaftsministerium, also auch Herr Gabriel, die solche kleine Zahlen gerne als ein Jobwunder verkaufen wollten. Meine Damen und Herren! Da bringt ein milder Winter mehr Arbeitsplätze als ein kaltes Freihandelsabkommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oder noch besser: Deutschland wird im Jahr 2014 Fußballweltmeister - dann haben Sie sozusagen die Arbeitsplätze alle schon dabei.

(Herr Borgwardt, CDU: Dann sieht's aus wie bei Putin!)

- Ach, der Kollege Geisthardt hat Angst vor Putin: Die Chinesen kommen und die Russen kommen und alle überholen uns, also - -

Punkt 2 Ihres Antrages verstehe ich als einen Weckruf an die Landesregierung in dem Sinne: Guten Morgen, jetzt schläft mal endlich aus!

(Zustimmung bei der LINKEN)

Denn die Punkte 2 und 3, die Sie hier benannt haben, sind genau die Dinge, nach denen ich vorhin gefragt habe. Dazu hat sich die Landesregierung vor einem Jahr im Bundesrat noch der Stimme enthalten. Ich habe bisher keine Antwort auf die Frage gehört, warum man sich der Stimme überhaupt enthalten hatte. Also, vielen Dank für den Weckruf an die Landesregierung.

(Zustimmung von Frau Dr. Klein, DIE LINKE, und von Herrn Henke, DIE LINKE)

Zu Punkt 3. Um die aktuellen Standards - Sie haben es gesagt, Herr Minister Möllring - mache ich mir keine Sorgen; das wird so bleiben. Aber es geht um die künftigen. Es geht um die künftigen Gesetze und um die Frage: Wie werden die eigentlich gemacht? Da sollte man von vornherein bestimmten Dingen vorbeugen.

Die Punkte 4, 5 und 6 sind für uns akzeptabel; diesen würden wir zustimmen.

Wir haben nun die Situation, dass wir drei der sechs Punkte zustimmen würden und dreien nicht. Wir haben somit eine 50 : 50-Situation. Wenn ich mir Entscheidungen oder Empfehlungen des GBD in einer anderen Fachfrage zu Eigen mache, kann ich sagen: 50 : 50 heißt abgelehnt. Wir lehnen Ihren Alternativantrag also ab.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Zum Antrag der GRÜNEN. Dieser ist von den beiden Alternativen noch die vernünftigere; deswegen kann man diesem Alternativantrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Thiel. - Wir kommen jetzt von der Debatte zur Abstimmung. Ich werde nach unserer Geschäftsordnung verfahren und zuerst über den Ursprungsantrag der Fraktion DIE LINKE, dann über den etwas weiter gehenden Alternativantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und zum Schluss über den Alternativantrag der regierungstragenden Fraktionen abstimmen lassen.

Ich rufe den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 6/2920 auf. Wer stimmt diesem zu? - Das ist die Antragstellerin. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Antrag ist damit abgelehnt worden.

Ich komme zu dem Alternativantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drs. 6/2961. Wer

diesem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion DIE LINKE und ein Mitglied der SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind weitestgehend die Koalitionsfraktionen. Damit ist auch dieser Alternativantrag nicht angenommen worden.

Wir kommen nunmehr zu dem Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der SPD. Ich rufe in Erinnerung, dass darin unter Punkt 4 auf Seite 2 zwei redaktionelle Änderungen vorzunehmen sind. Anstelle von „Investitionsvorschriften“ soll es „Investitionsschutzvorschriften“ und anstelle von „nicht erforderlich ist“ soll es „nicht erforderlich sind“ heißen.

Wir stimmen über diesen Alternativantrag in der Drs. 6/2954 ab. Wer stimmt diesem zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Damit ist dieser Alternativantrag angenommen und beschlossen worden und der Tagesordnungspunkt 24 ist abgearbeitet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 26** auf:

Beratung

Weiterentwicklung des „Übergangssystems Schule/Ausbildung/Beruf“

Antrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/2928**

Einbringer ist Herr Keindorf von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Kollege.

Herr Keindorf (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Das Beste kommt wie so oft zum Schluss. Wir beraten heute zu einem Thema, dessen Bedeutung für das erfolgreiche Gelingen der Fachkräftesicherung in Sachsen-Anhalt in der Politik und in der Öffentlichkeit oft nicht ausreichend wahrgenommen wird bzw. unterschätzt wird.

Dies zu ändern ist eines der Ziele der Koalition. Deshalb möchte ich auch die Möglichkeit nutzen, gleich zu Beginn meiner Redezeit den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, namentlich Herrn Wanzek, für die konstruktiven Gespräche im Vorfeld der heutigen Beratung ausdrücklich zu danken.

(Frau Tiedge, DIE LINKE: Endlich haben wir Einigkeit in der Koalition!)

Die Bewältigung des demografischen Wandels hängt auch entscheidend davon ab, ob es gelingen wird, die Fachkräftesicherung hier im Land zum Erfolg zu führen. Dabei sehe ich und sieht die Wirt-

schaft noch ein Potenzial, das trotz vieler Bemühungen nicht vollständig ausgeschöpft wird.

Neben dem Bekenntnis zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung, neben der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen oder dem Ringen um das Senken von Studienabbruchquoten muss es einfach noch besser gelingen, die Maßnahmen im Übergang von der Schule in den Beruf strukturell und inhaltlich stärker auf die Anforderungen der Berufsausbildung auszurichten.

Benachteiligte Jugendliche müssen entsprechend ihrer jeweiligen Zielgruppe an eine voll qualifizierte Berufsausbildung herangeführt werden, um sie mit der Aussicht auf einen anerkannten vollwertigen Berufsabschluss zu motivieren, sie dabei bei ihrer weiteren Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen und ihnen damit reelle Chancen für den Arbeitsmarkt zu bieten.

Nahtlose Übergänge von der Schule ins Berufsleben sind heutzutage leider nicht mehr selbstverständlich. Stattdessen sehen wir uns mit einer Vielzahl von Jugendlichen konfrontiert, die ohne jeden Abschluss die Schule verlassen, die trotz Schulabschluss keine geeignete Lehrstelle finden oder die den Vertrag zu einer schon begonnenen Ausbildung vorzeitig lösen.

Der nahtlose Übergang von der Schule in die Berufsausbildung liegt also im Interesse der Jugendlichen und auch der Unternehmen unseres Landes. Mit Zuwanderung allein kann der Fachkräftengpass nicht beseitigt werden.

Dieses Übergangssystem bzw. Übergangsmanagement umfasst, wie es in unserem Antrag zu verstehen ist, alle Maßnahmen, Projekte und Förderprogramme zur Vorbereitung junger Menschen aller Zielgruppen auf eine voll qualifizierte Berufsausbildung nach der Schule.

Neben der Berufsorientierung im Schulunterricht stehen dabei insbesondere auch Angebote für Schüler aus den verschiedenen Zielgruppen im Mittelpunkt, um ihnen einen Einstieg in eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Weitere Instrumente zur Begleitung junger Menschen während der Berufsausbildung runden die Unterstützungsmaßnahmen im Übergangssystem Schule/Beruf ab.

Im Jahr 2012 nahmen bundesweit noch immer rund 260 000 Jugendliche eine Übergangsmaßnahme zwischen Schule und Berufsausbildung auf. Nach Schätzungen von Fachleuten des Bundesinstituts für Berufsbildung führt dies zu Kosten von jährlich bis zu 4 Milliarden €.

Trotz der demografischen Entwicklung wird in langfristigen Prognosen für das Jahr 2025 davon ausgegangen, dass ohne ein effektives Umsteuern noch immer ca. 238 000 Jugendliche mit einem jährlichen finanziellen Ressourcenaufwand von et-

wa 3,3 Milliarden € im Übergangssystem versorgt werden müssen. In Sachsen-Anhalt sind mindestens 15 % der Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf auf derartige Unterstützungsmaßnahmen angewiesen.

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht und habe versucht, alle Maßnahmen, Projekte und Programme im Übergangssystem Schule/Beruf, die ich in Sachsen-Anhalt finden konnte, unabhängig von der Zuständigkeit und der jeweiligen Zielgruppe, zusammenzutragen. Glauben Sie es mir, die richtigen Zahlen zu finden, war eine Herausforderung. Nach meinen Recherchen sind es derzeit zwischen 32 und 39 Maßnahmen oder Projekte, je nach Betrachtungsweise.

(Herr Güssau, CDU: Hört, hört!)

Darunter zu finden sind zum Beispiel die in Sachsen-Anhalt erfolgreichen Modelle der betrieblichen Einstiegsqualifizierung EQ und EQ plus sowie die Berufseinstiegsbegleitung von Jugendlichen.

Die Eingliederungsquoten der Teilnehmer, die eine Maßnahme im Übergangssystem durchlaufen haben, der Einsatz personeller und finanzieller Ressourcen pro Teilnehmer oder auch die Qualität der pädagogischen Fachkräfte sind wesentliche Qualitätsmerkmale bei der Überprüfung von Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der einzelnen Projekte und Maßnahmen.

Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, ausbildungsbegleitende Hilfen und assistierte Ausbildung, Werk-statt-Schule und Schulsozialarbeit - all diese Maßnahmen bereiten Jugendliche auf den Einstieg in eine Berufsausbildung vor bzw. begleiten sie während der Ausbildung. Neue ähnliche Projekte sind bereits in der Planung.

Hinzu kommen weitere Maßnahmen und Projekte in den Kommunen. Allein im Bereich der Stadt Halle gibt es 18 geförderte Einzelprojekte, die völlig unabhängig voneinander auf die Berufsorientierung und Berufsvorbereitung von Jugendlichen abzielen. Wenn man das auf das gesamte Land hochrechnet, kann man sich einen ungefähren Überblick über den Mitteleinsatz machen.

Angesichts der Vielzahl an Maßnahmen und Programmen, die - das empfinde ich als nachteilig - auch noch von unterschiedlichen Ministerien koordiniert werden, stellt sich zwangsläufig die Frage nach effizienten und transparenten Strukturen. Diese aber sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass möglichst alle Jugendlichen eine voll qualifizierte Berufsausbildung erfolgreich abschließen können.

(Zustimmung bei der CDU)

Das Übergangssystem Schul/Beruf muss, so meine ich, vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Ziel muss es sein, die Angebotsvielfalt zu sichten, zu

reduzieren, zu bündeln und besser aufeinander abzustimmen. Eine strukturelle Neuausrichtung erleichtert dabei die notwendigen Abstimmungsprozesse. Zudem schont der effiziente Einsatz der zur Verfügung stehenden Ressourcen eventuell die Nerven unseres Finanzministers - er ist leider nicht anwesend - und entlastet den Steuerzahler.

(Zustimmung bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin zuversichtlich, dass die Landesregierung bei ihrer Berichterstattung noch mehr Projekte auflisten und bewerten wird, als ich Ihnen hier heute benennen kann.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Das muss jetzt nicht sein!)

Unser Antrag, der Antrag der Koalitionsfraktionen, zielt vorrangig auf eine Evaluierung des Ist-Zustands ab. Schließlich bedeutet Weiterentwicklung, dass zunächst Klarheit über den Ist-Zustand bestehen oder, falls erforderlich, auch hergestellt werden muss. Nur mit dem notwendigen Durchblick können kluge politische Entscheidungen für die Zukunft getroffen werden, die zu mehr Effizienz im Übergangssystem Schule/Beruf führen.

Die CDU-Fraktion schlägt eine Strategie der systematischen Berufsorientierung an allen Schulformen vor; darüber haben wir gestern schon diskutiert. Die zielgruppenorientierte Berufsvorbereitung von Jugendlichen, auch eine kommunale Koordination sehen wir als mögliche Verbesserungsmaßnahmen an.

Doch zunächst müssen wir die Ergebnisse der Landesregierung abwarten. Unser Antrag, der Antrag der Koalitionsfraktionen, schafft dafür die notwendigen Grundlagen. - Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Keindorf. Der Kollege Hoffmann würde Sie gern etwas fragen. Sie wollen auch antworten. Dann bekommen wir das jetzt hin.

Herr Hoffmann (DIE LINKE):

Vielen Dank für die Möglichkeit, Ihnen eine Frage zu stellen. - Ich möchte nur nachfragen, ob dieser Antrag so zu verstehen ist, dass er auch Projekte einschließt wie zum Beispiel die Erstausbildung für Alleinerziehende bis 27 Jahre; sie sind dann also schon etwas älter. Sind also solche Projekte wie EfA und BRITTA - ich kenne sie alle - mit einbezogen oder geht es wirklich nur um den Übergang von der Schule zum Beruf?

Herr Keindorf (CDU):

Ich kenne die Projekte. Auch wenn die Teilnehmer an diesen Projekten schon etwas älter sind, dienen

die Projekte dem Einstieg ins Berufsleben und sind mit einbezogen.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dorgerloh. Bitte schön, Herr Minister.

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beobachten, dass sich der Lehrstellenmarkt grundlegend verändert. Nach Jahren der Stellenknappheit werden nun Bewerberinnen und Bewerber je nach Region und Branche mitunter händeringend gesucht. Immer öfter ist von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen zu hören, mit denen Unternehmen potenzielle Auszubildende umwerben.

Was aus Bewerbersicht nach einer Entspannung der Situation und verbesserten Chancen klingt, darf uns nicht übersehen lassen, dass nach wie vor insbesondere schwächere und benachteiligte junge Menschen Schwierigkeiten haben, ihren Weg in das berufliche Leben zu finden.

Unser Ziel besteht darin, das Potenzial unserer Schülerinnen und Schüler vollständig auszuschöpfen. Das ist ein anspruchsvolles Ziel, das selbst bei einer zu verzeichnenden Verringerung der Schulabbrecherquote noch Hausaufgaben lässt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt daher auf der Hand, dass dieses Ziel nur mit viel Unterstützung zu erreichen ist. Der uns vorliegende Antrag greift das auf.

Seine Wirkung erstreckt sich praktisch über das gesamte Bildungssystem. Er berücksichtigt die Unterstützung betrieblicher Ausbildungsstrukturen mit der assistierten Ausbildung ebenso wie die Gestaltung des Übergangs von Schule in Ausbildung über EQ und EQ Plus oder über das schulische Berufsvorbereitungsjahr.

Von herausragender und grundsätzlicher Bedeutung ist in diesem Kontext eine erfolgreiche und verbindliche berufliche Orientierung, die an allen Sekundarschulen und im Sekundar-I-Bereich der Gymnasien erfolgt, und das in einem überaus komplexen Maße.

Im schulspezifischen Kontext zur Berufswahlvorbereitung sind alle Maßnahmen enthalten, die die Entwicklung der Berufswahlkompetenz unterstützen. Dazu gehören curriculare Abstimmungen zwischen den einzelnen Fächern der Stundentafel, die Durchführung praxisorientierter Unterrichtsformen, die Zusammenarbeit mit den Berufspartnern der Agentur für Arbeit usw. usw.

Darüber hinaus können die Schüler ab der 7. Klasse zusätzlich Praxistage durchführen. Weit mehr

als die Hälfte aller Sekundarschulen nutzt diese Möglichkeit bereits mit steigender Tendenz. Wir haben das Schülerbetriebspraktikum. Wir haben BRAFO in den Sekundarschulen als festen Bestandteil des praxisbezogenen Unterrichts. Im Rahmen dieses Projektes können sich Schülerinnen und Schüler im 7. Schuljahrgang durch Schnupperpraktika in verschiedenen Berufsfeldern ausprobieren.

All das kann man in den entsprechenden Leitlinien für einen nachhaltigen Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf nachlesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die dem Schulabschluss folgende Phase des Übergangs in den Beruf ist nicht nur von einer Vielzahl an Maßnahmen und Aktivitäten geprägt. Sie ist auch ein Handlungsraum für eine Fülle von Akteuren: Ministerien, Berufsschulen, Betriebe, Regionaldirektionen, freie Träger etc. Sie alle arbeiten eng zusammen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle erwähnen, dass das Kultusministerium momentan daran arbeitet, die weiteren schulischen Bildungsgänge, die dem Übergangssystem Schule und Beruf zuzurechnen sind, zu optimieren und zu vereinheitlichen. Dabei steht im Vordergrund, die Angebote nach qualitativen Maßstäben zusammenzufassen, auszubauen und in Abstimmung mit den Kammern eine Anrechnung der berufsbezogenen schulischen Leistungen auf eine duale Ausbildung zu ermöglichen.

Der Übergang von der Schule in den Beruf orientiert sich dabei an den Grundsätzen des KMK-Beschlusses vom Oktober zur Optimierung und Vereinheitlichung der schulischen Angebote im Übergangssystem.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade weil jeder junge Mensch ein Anrecht auf einen erfolgreichen Weg in sein Berufsleben hat, sollte es in unserem gemeinsamen Interesse sein, Wirksamkeit und Effizienz der ihn begleitenden Maßnahmen zu überprüfen.

Der Antrag der regierungstragenden Fraktionen bietet nun Anlass, diesem Erkenntnisinteresse nachzugehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir treten jetzt in die Debatte ein. Es spricht für die Fraktion DIE LINKE Frau Thiel-Rogée. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Frau Thiel-Rogée (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Keindorf, ich finde, Sie haben eine gute Analyse gegeben. Das muss man auch nicht wiederholen.

Ich finde, das sind genau die wesentlichen Punkte. Ich weiß ja, dass Sie diesbezüglich sehr viel Erfahrung haben. Deswegen lasse ich nun einiges weg.

Eine erhebliche Zahl von Programmen des Bundes, der Länder, der Europäischen Union sowie regionale Initiativen sind auf das Ziel einer erfolgreichen beruflichen Ausbildung und den Übergang in den Beruf gerichtet.

Schon seit Jahren besteht bei Expertinnen und Experten die Auffassung, dass hierbei vieles nicht richtig zusammenläuft, die Koordinierung mangelhaft ist und so wertvolle Potenziale verschenkt werden.

Wir haben uns in diesem Kontext immer für die Bündelung auf regionaler Ebene eingesetzt. Sogenannte regionale Bildungslandschaften können unter anderem geeignete Plattformen sein.

Wenn vom Übergangssystem die Rede ist, müssen auch die Defizite und ihre Ursachen, die zur mangelnden Ausbildungsreife führen, benannt werden. Nach wie vor ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen, mit klar über 10 % zu hoch.

Hinzu tritt jene Gruppe von Hauptschulabsolventinnen und -absolventen, denen es an einer Reihe wichtiger Kompetenzen mangelt, um erfolgreich einen Beruf zu erlernen.

Selbst über Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern mit höheren Abschlüssen wird vonseiten der Berufsausbildung geklagt. Wenn auch hin und wieder nicht auszuschließen ist, dass hierbei schlicht ein Stück Verantwortung abgeschoben wird, müssen wir diese Signale ernst nehmen.

Heute ist nicht die Zeit, um die gesamte Schulpolitik zu erörtern. Die Themen Inklusion, differenzierte individuelle Förderung, Verständnis von Heterogenität als Bereicherung gehören jedoch unter anderem in den Blick, genauso wie der hohe Rang sozialpädagogischer Arbeit an den Schulen.

An dieser Stelle muss auch Kritik sein: Viele Schulsozialarbeitsprojekte - es sind mehr als 200 -, die bisher in der Verantwortung der Kommunen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes finanziert wurden, gehen einer unsicheren Zukunft entgegen. Bisher eiert die Landesregierung bei diesem Thema nur herum.

Ein weiterer Umstand scheint mir noch erwähnenswert: In allen schulpolitischen Konzepten, die meine Fraktion bisher vorgelegt hat, spielten polytechnische Bildungsangebote in allen Schulformen eine wichtige Rolle. Hierbei gibt es noch viele Möglichkeiten, Berufsorientierung und -vorbereitung nicht nur zu verbessern, sondern auch aus anderen Kontexten, wie dem Bücherwissen, Lernimpul-

se zu geben, Interesse zu wecken und Gelegenheiten zu schaffen, damit sich Schülerinnen und Schülern an konkreten Projekten ausprobieren, Erfolge erleben, aber auch Misserfolge verarbeiten können.

Die Maßnahmen des Übergangssystems sind seit Langem in der Kritik. Ursachen dafür gibt es viele.

Schon im Juni 2008 wandten sich der Deutsche Gewerkschaftsbund Sachsen-Anhalt, die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, der Gesamtverband Handwerk e. V. und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt mit dem Appell „Ausbildungsfähigkeit benachteiligter Jugendlicher dringend verbessern“ an die Öffentlichkeit. Leider habe ich bisher nichts mehr darüber gehört.

(Herr Scheurell, CDU: Was?)

Die dort erhobenen Forderungen sind immer noch interessant. Es ging um Betriebsnähe während der gesamten Ausbildungsvorbereitung, um die Qualifizierung und Vertiefung von Grundkonzepten im sozialen, sprachlichen, mathematischen, naturwissenschaftlich-technischen Bereich, die professionelle sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung der Berufsvorbereitung. Zu ergänzen ist noch die gendersensible Ausbildung aller Ausbildungselemente.

Meine Fraktion hatte diese Forderungen in einem Antrag im Frühherbst 2009 in den Landtag eingebracht und ein Konzept von der Landesregierung gefordert, das in der Lage ist, die zahlreichen Maßnahmeninstrumente zu bündeln und wirksamer anzuwenden. Nach der Ausschussberatung wurde daraus ein Landtagsbeschluss mit einer Aufforderung zur Berichterstattung über die Maßnahmen und einer Analyse ihrer entfalteten Wirksamkeit.

Noch im Dezember 2010 legte die Landesregierung einen 85 Seiten langen Bericht vor, der durchaus eine Reihe Probleme benannte und eine Unzahl von Initiativen auflistete.

Lässt man das Ganze einmal Revue passieren, drängt sich angesichts anhaltender Probleme, die auch in diesem Antrag wieder benannt werden, die Frage auf: Was ist bisher eigentlich geschehen? Reicht das, um das in der Begründung des Antrages formulierte Ziel zu erreichen? - Lediglich wieder als erster Schritt wurde eine Evaluierung gefordert.

Meine Damen und Herren! Die Lippen wurden genug gespitzt. Nun muss endlich auch gepfiffen werden. Dennoch unterstützen wir den Antrag der Koalition und stimmen ihm zu.

(Zustimmung bei der LINKEN, von Frau Koch-Kupfer, CDU, und von Herrn Gürth, CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Kollegin Thiel-Rogée. - Jetzt spricht für die SPD der Kollege Wanzek. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Herr Wanzek (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Thiel-Rogée, ich erspare mir jetzt das Pfeifen, aber vorweg sei gesagt: Ja, für uns ist das nur der erste Schritt. Wir wollen im vierten Quartal 2014 - mir schwebt Oktober 2014 vor; das schon einmal in Richtung der Regierungsbank - im Ausschuss den Bericht des Ist-Standes vorliegen haben, eine Analyse durchführen und mit allen Parteien gemeinsam sowie den Wirtschaftspartnern, den Sozialpartnern und den Personen vor Ort darüber diskutieren, was wir ändern wollen, wie wir den Übergang von Schule in Ausbildung und von Ausbildung in Beruf verbessern können und wo wir noch Optimierungsbedarf haben.

Sie haben angesprochen, dass noch immer rund 10 % der Schüler in unserem Land keinen Abschluss haben. - Ja. Deswegen haben wir das ESF-Programm „Schulentwicklung sichern“. Zudem soll in der nächsten Förderperiode die Anzahl der Schulsozialarbeiter von derzeit 200 auf jeden Fall auf 250 erhöht werden; denn wir sehen, dass wir an dieser Stelle noch Bedarf haben.

Sie haben die polytechnische Ausbildung angesprochen. Wir sehen das nicht explizit unter dieser Bezeichnung vor, vielmehr sagen wir: Die MINT-Fächer müssen gestärkt werden. Dafür haben wir Programme.

In den Schulen wird darauf jetzt auch mehr Wert gelegt. Es gibt in einigen Schulen ein praktisches Lernen als Angebot für diejenigen, die eher praktisch veranlagt sind. Auch über dieses Programm soll man einen Abschluss erreichen können.

Kollege Keindorf hat schon gesagt: Das Beste kommt zum Schluss. Ich wollte eigentlich mit der Frage beginnen, ob der Zeitpunkt der Behandlung und die Positionierung dieses Antrages auf der Tagesordnung ein Ausdruck des Stellenwertes dieses Themas sind. - Aber nein. Für uns ist dieses Thema wichtig. Wir wollen hierbei endlich vorankommen.

Kollege Keindorf hat die Beweggründe schon dargestellt. Wir haben das „Problem“, dass es einen Dschungel von Maßnahmen, Projekten und Programmen über verschiedene Ministerien und die Bundesagentur für Arbeit gibt. Wir haben Bundes- und Landesprojekte. Vor diesem Hintergrund wollen wir eine umfängliche Analyse des Ist-Zustandes von den einzelnen Ministerien erarbeitet haben, um zu sehen, wie wirksam diese Projekte sind.

Wenn dann das Argument kommt, wir haben noch gar keine Kriterien, um die Wirksamkeit zu beziffern, dann müssen wir Kriterien entwickeln, um dies feststellen zu können.

Gestern haben wir über das Thema Berufsorientierung an den Gymnasien und Sekundarschulen diskutiert. Dazu gibt es die verschiedensten Projekte. Sie wurden schon erwähnt. Auch hierbei haben wir wieder von Schule zu Schule eine unterschiedliche Qualität zu verzeichnen.

Wenn auch der Berufsbildungsbericht jedes Jahr besagt, dass die Top Ten der Berufsfelder, die von den Schülerinnen und Schülern gewählt werden, noch immer die gleichen sind, sich nur in der Reihenfolge etwas ändert, und wir noch immer Berufsfelder haben, in denen wir mehr Bewerber als Plätze haben, und umgedreht wiederum Berufsfelder haben, in denen wir mehr Stellen zu vergeben haben als Bewerber, muss die Frage gestellt sein: Wir wirksam ist die Berufsorientierung in den Schulen bzw. sind die entsprechenden Programme?

Wir finden es sinnvoll, dass wir hierbei Veränderungen vornehmen. Wir brauchen eine Berufsorientierung, die nicht nur auf den individuellen Stärken und Neigungen der Schülerinnen und Schüler aufbaut, sondern die auch das Wissen über die Vielfalt der Angebote sowie über individuell chancenreiche Berufe und über die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den Berufen vermittelt.

Es wurde ebenfalls ausgeführt, dass wir in dem Bereich für die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler, die Übergangsmaßnahmen in Anspruch nehmen müssen, verschiedene Programme, wie zum Beispiel EQ Plus, haben. In diesem Zusammenhang muss ebenfalls geschaut werden, ob noch Optimierungsbedarf besteht; denn auch in diesem Bereich schaffen es trotz Berufseinstiegsbegleitung nicht alle in eine Ausbildung.

Wie gesagt, mithilfe dieses Antrags soll der Ist-Zustand des gegenwärtigen Dschungels an Maßnahmen, Projekten und Programmen analysiert werden. Wir wollen dann gemeinsam mit Ihnen schauen, was wir ändern können und wo wir Optimierungsbedarf haben. Zum Beispiel könnten auf der Grundlage eines Landesprogramms für Berufs- und Studienorientierung verbindliche Lehrpläne erarbeitet werden. Oder es könnte eine Koordinierungsstelle geschaffen werden, die alle Projekte zusammenfasst und gemeinsam koordiniert, oder wie in Hamburg und demnächst in Schleswig-Holstein eine Jugendagentur als Anlaufpunkt für die Jugendlichen eingerichtet werden. - Das alles wollen wir als zweiten Schritt diskutieren.

Ich verspreche Ihnen, wir halten an diesem Thema fest, Kollegin Thiel-Rogée. Wir werden das nicht schleifen lassen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und von Minister Herrn Bischoff)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Kollege Wanzek. - Jetzt spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Frau Latta. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Frau Latta (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema des Übergangsmanagements Schule/Ausbildung/Beruf liegt der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehr am Herzen. Das sehen Sie an dem aktuellen Antrag zur Berufs- und Studienorientierung an Gymnasien.

Dringender Handlungsbedarf ist schon jetzt geboten, auch ohne den Bericht seitens der Landesregierung, der mit diesem Antrag eingefordert werden soll. Da aber dringender Handlungsbedarf besteht, werden wir dem vorliegenden Antrag der SPD und der CDU zustimmen.

Auch im Rahmen unseres vormaligen Antrages zu den Kompetenzagenturen war das grüne Anliegen, ein freibezogenes und rechtskreisübergreifendes Übergangsmanagement im Land zu sichern.

Schon damals betonte meine Kollegin Frau Lüdemann, dass wir die Pläne der Landesregierung zur Schaffung eines regionalen Übergangsmanagements sehr begrüßen. Ein solches wird in dem aktuellen Berufsbildungsbericht vorgestellt.

Auch ist im Landesjugendhilfeausschuss kurz diskutiert worden, dass ein Berufsbildungsbericht dort beim Übergangsmanagement Abhilfe bzw. eine Möglichkeit darstellen kann.

In der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zu dem Thema „Kompetenzagenturen und zweite Chance in Sachsen-Anhalt“ heißt es dazu vonseiten der Landesregierung:

„Die Förderung des Aufbaus regionaler Übergangsmanagementstrukturen ist im Rahmen der neuen ESF-Förderperiode voraussichtlich ab dem zweiten Quartal 2015 vorgesehen.“

Hierzu Genaueres zu erfahren ist sicherlich spannend und sinnvoll.

Zu betonen ist die Wichtigkeit der Ausbildungsbegleitung. Diese Begleitung sollte beide Akteure umfassen: Begleitung der Betriebe und Begleitung der jungen Menschen in den Betrieben. In beiden Fällen geht es darum, für die Ausbildung zu befähigen.

Das zentrale Ziel sollte die deutliche Senkung der Lösungsquote bzw. der Abbrecherquote sein. Diese habe ich bereits in der Aktuellen Debatte heute Vormittag beschrieben. Ich möchte aber darauf jetzt noch einmal näher eingehen.

Sie erinnern sich: Die Lösungsquote bzw. Abbrecherquote stieg von 22,8 % im Jahr 2005 auf 31 % im Jahr 2011. Der Wert von 31 % ist der höchste Wert seit 1998. Diese Zahlen finden sich in dem Präventionsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt zur Verringerung von Ausbildungsabbrüchen. Das Programm stammt aus dem Jahr 2006. Wie der Name schon sagt, werden in diesem Programm Maßnahmen erarbeitet, um die Lösungsquote zu senken. Das hat anscheinend nicht geklappt. Ich hoffe aber sehr, bei der Evaluation der bestehenden Programme wird auch das Präventionsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt zur Verringerung von Ausbildungsabbrüchen geprüft.

Es ist wirklich dringender Handlungsbedarf gegeben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Kollegin Latta. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt noch einmal der Herr Kollege Keindorf die Möglichkeit zu sprechen. - Er möchte diese aber nicht nutzen.

Anträge auf Überweisung habe ich nicht gehört. Dann stimmen wir jetzt über den Antrag in der Drs. 6/2928 ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Nein. Damit ist der Antrag angenommen worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der 32. Sitzungsperiode des Landtages angelangt. Ich berufe den Landtag zu seiner 33. Sitzungsperiode für den 15. und 16. Mai 2014 ein.

Ich wünsche Ihnen und uns allen ein frühlingshaftes Wochenende. Die Sitzung ist damit geschlossen.

Schluss der Sitzung: 15.53 Uhr.

